

Amtliche Bekanntmachungen

der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)



27. Jahrgang

23. September 2021

Nr. 4

INHALT:

Seite

Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Ordnungen der Juristischen Fakultät

Studien- und Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) für den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“, Neufassung vom 26.05.2021	2
Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Bachelor of German and Polish Law vom 26.05.2021	57
Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Master of German and Polish Law vom 26.05.2021	74

ISSN 0948-1516

Herausgeber: Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- Die Präsidentin -
Große Scharmstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder)
Verantwortlich: Justizariat - Tel. (0335) 5534-4577, just@europa-uni.de

Aufgrund von § 19 Absatz 2 Satz 1, § 22 Absatz 2 Satz 1, § 28 Absatz 2 Satz 5 und § 72 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 28.04.2014 (GVBl. I/14, Nr. 18), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.06.2019 (GVBl. I/19, Nr. 20, S. 3) in Verbindung mit § 13 Absatz 5 Nr. 1 der Grundordnung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 04.09.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr.02/2020, S. 1), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 06.11.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Nr. 02/2020, S. 14) erlässt der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) folgende:¹

**Studien- und Prüfungsordnung
der Juristischen Fakultät
der Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder) für den gemeinsam
mit der Fakultät für Recht und Verwaltung
der Adam-Mickiewicz-Universität
Poznań betriebenen deutsch-polni-
schen Studiengang „Magister des
Rechts“**

Neufassung vom 26. Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

- § 1 Grundlage und Ziel des Studiengangs
- § 2 Akademischer Grad
- § 3 Geltungsbereich
- § 4 Studienvoraussetzungen
- § 5 Studiendauer
- § 6 Gliederung des Studiums
- § 7 Bestehen und Nichtbestehen

II. Prüfungsorgane und Prüfungsverfahren

- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Beschlussverfahren
- § 10 Prüfer und Prüferinnen, Gutachter und Gutachterinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen
- § 11 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten
- § 12 Prüfungsformen, Organisation von Prüfungen
- § 13 Studienbegleitende Klausuren
- § 14 Studienbegleitende mündliche Prüfungen
- § 15 Häusliche Anfertigung der Prüfungsleistung
- § 16 Abschlussarbeit und Beendigung des Studiums

- § 17 Nachteilsausgleich und Chancengleichheit
- § 18 Rücktritt und Versäumnis
- § 19 Täuschung und Ordnungsverstoß
- § 20 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 21 Bewertung von Prüfungen
- § 22 Mitteilung der Prüfungsergebnisse
- § 23 Bestehen, Nichtbestehen und Wiederholung von Prüfungen
- § 24 Berechnung der Gesamtnote
- § 25 Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und weiteren Unterlagen

III. Schlussvorschriften

- § 26 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 27 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 28 Inkrafttreten

Anlage 1: Modulplan

Anlage 2: Studienverlaufsplan

Anlage 3: Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań vom 29.6.2019

I. Allgemeines

§ 1

Grundlage und Ziel des Studiengangs

(1) Die Juristische Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) betreibt gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań (AMU) aufgrund der Vereinbarung zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań vom 25.5.2021 über die Durchführung des gemeinsamen, einheitlichen, fünfjährigen juristischen Magisterstudiengangs (gemeinsames Jurastudium) ein gemeinsames Jurastudium.

(2) Gegenstand des gemeinsamen Jurastudiums ist eine juristische Ausbildung, die zu einem gemeinsam verliehenen berufsqualifizierenden Abschluss führt, Kenntnisse des deutschen und des polnischen Rechts auf besondere Weise verknüpft sowie ein vertieftes Verständnis der Europäisierung und Globalisierung von Rechtsordnungen ermöglicht.

§ 2

Akademischer Grad

Absolventen und Absolventinnen des gemeinsamen Jurastudiums erhalten den polnischen akademischen Grad „magister prawa“ (dt. „Magister des Rechts“), der die Bewerbung um die Aufnahme eines Referendariats in Polen (pl. aplikacja) ermöglicht.

¹ Die Präsidentin hat mit Verfügung vom 16.09.2021 ihre Genehmigung erteilt.

§ 3 Geltungsbereich

(1) ¹Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für alle von der Juristischen Fakultät der EUV verantworteten Lehrveranstaltungen. ²Für die von der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU verantworteten Lehrveranstaltungen gilt stattdessen die allgemeine Studienordnung der AMU (im Folgenden bezeichnet als Studienordnung der AMU) in der jeweils geltenden Fassung², deren aktuelle Fassung mit deutscher Übersetzung als Anlage 3 zu dieser Ordnung abgedruckt ist. ³Die beiden Fakultäten erkennen die Entscheidungen in Prüfungsverfahren der jeweils anderen Fakultät an.

(2) ¹Lehrveranstaltungen zum deutschen Recht, Europarecht, Völkerrecht, Grundlagenseminare, Rechtsvergleichende Seminare sowie Strukturvergleiche werden von der Juristischen Fakultät der EUV angeboten. ²Dies gilt auch für die Juristische Fachsprache (Deutsch oder Polnisch) und Grundlagenfächer, Schlüsselqualifikationen sowie Wahlpflichtveranstaltungen mit dem jeweiligen Zusatz DE.

(3) ¹Lehrveranstaltungen zum polnischen Recht sowie im Fach „Arbeitsschutz und Arbeitshygiene“ werden von der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU angeboten. ²Dies gilt auch für Magistrandenseminare und Grundlagenfächer, Schlüsselqualifikationen sowie Wahlpflichtveranstaltungen mit dem jeweiligen Zusatz PL.

§ 4 Studienvoraussetzungen

(1) ¹Bewerber oder Bewerberinnen für den gemeinsamen Masterstudiengang werden aufgrund der jeweils für sie geltenden hochschulrechtlichen Regelungen immatrikuliert. ²Voraussetzung für die Zulassung zum Studium ist die gleichzeitige Immatrikulation an beiden Universitäten und die Erfüllung der im deutschen und polnischen Recht festgeschriebenen Voraussetzungen.

(2) Studierende, deren Muttersprache nicht die deutsche Sprache ist, müssen hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen (DSH-Prüfung).

(3) ¹Studierende, deren Muttersprache nicht die polnische Sprache ist, müssen hinreichende Kenntnisse der polnischen Sprache nachweisen.

²Die Zuständigkeit für die Überprüfung der polnischen Sprachkenntnisse obliegt der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU.³

§ 5 Studiendauer

(1) Das Studium kann nur mit dem Wintersemester aufgenommen werden.

(2) Das Studium wird mit einer Magisterprüfung, die sich aus einer Magisterarbeit und einer mündlichen Magisterprüfung zusammensetzt, abgeschlossen.

(3) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Zeit für die Magisterarbeit und des Ablegens der mündlichen Magisterprüfung zehn Fachsemester.

(4) Der Studiengang ist wegen der erforderlichen engen Zusammenarbeit mit der AMU aus objektiven Gründen nicht teilzeitgeeignet.

§ 6 Gliederung des Studiums

(1) ¹Das Studium umfasst 23 Module. ²Diese werden mit studienbegleitenden Prüfungsleistungen abgeschlossen. ³Mit dem Magisterabschluss sind 300 ECTS-Punkte zu erbringen. ⁴Grundsätzlich finden die Veranstaltungen zum deutschen Recht in deutscher Sprache und an der EUV in Frankfurt (Oder) statt, die Veranstaltungen zum polnischen Recht in polnischer Sprache und im Collegium Polonicum (CP) in Ślubice.

(2) ¹Das Studienprogramm besteht aus Pflicht- und Wahlpflichtteilen.

²Zum Pflichtteil gehören die Module 1 (mit Ausnahme vom Grundlagenfach DE) bis 18 sowie das Modul 23 mit den folgenden Inhalten:

- polnische Grundlagenfächer,
- Grundlagen des deutschen und polnischen Privat-, Straf- und Öffentlichen Rechts,
- Völkerrecht und Europarecht,
- vertiefende Lehrveranstaltungen zum deutschen und polnischen Zivil- und Öffentlichen Recht sowie Vertiefung zum polnischen Strafrecht,
- Strukturvergleiche des deutschen und polnischen Zivilrechts, Strafrechts und Öffentlichen Rechts.

³Zum Wahlpflichtteil gehören Grundlagenfächer (DE) im Modul 1 sowie die Module 19 bis 22 mit folgenden Inhalten:

² https://amu.edu.pl/_data/assets/pdf_file/0020/74531/Regulamin-studiuw_2019.pdf, Anlage 3 beinhaltet die aktuell geltende Fassung samt deutscher Übersetzung.

³ Derzeit erfolgt die Überprüfung der polnischen Sprachkenntnisse aufgrund des Gesetzes vom 20.7.2018 über das Recht des Hochschulwesens und der Wissenschaft (konsolidierte Fassung: Dz.U.

von 2020, Pos. 85) unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 7.7.2017 über Nationale Behörde für Akademischen Austausch (konsolidierte Fassung: Dz.U. von 2019, Pos. 1582).

- Grundlagenseminare,
- Rechtsvergleichende Seminare,
- Individuelle Vertiefung im polnischen und deutschen Recht.

⁴Im Wahlpflichtteil wird der fachliche Anteil des Studiums um praxisrelevante Bestandteile in Form von außerfachlichen und überfachlichen Qualifikationen ergänzt.

(3) ¹Der Inhalt der Module und die ECTS-Punkte sind im Modulplan (Anlage 1) aufgeführt. ²Der Studienverlauf ist im Studienverlaufsplan wiedergegeben (Anlage 2). ³Die im jeweiligen Semester zu erbringenden Prüfungsleistungen ergeben sich aus den Modulbeschreibungen.

(4) ¹In den Modulen 19 (Grundlagenseminar) und 20 (Rechtsvergleichendes Seminar) muss jeweils eine von drei Lehrveranstaltungen gewählt und mit einer Seminararbeit und einem Vortrag absolviert werden. ²Im Rahmen der beiden Module werden Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens zur Vorbereitung auf die Magisterarbeit vermittelt.

(5) ¹Das Modul 21 (Individuelle Vertiefung) ermöglicht den Studierenden eine interessengerechte Spezialisierung. ²Die Juristische Fakultät der EUV und die Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU bieten weitere vertiefende Lehrveranstaltungen zum deutschen, polnischen und internationalen Zivil-, Straf- und Öffentliches Recht an. ³Die konkreten Angebote werden zu Beginn des jeweiligen Semesters bekanntgegeben. ⁴Die Studierenden müssen jeweils zwei deutsche und zwei polnische Wahlpflichtveranstaltungen ihrer Wahl absolvieren.

(6) ¹Das Modul 22 (Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen) setzt sich aus den Modulen 22 a bis c zusammen.

a) Modul 22 a (Juristische Fachsprache – Deutsch oder Polnisch):

Studierende mit polnischer Hochschulzugangsberechtigung sollen den Kurs „Juristische Fachsprache Deutsch“, Studierende mit der deutschen Hochschulzugangsberechtigung den Kurs „Juristische Fachsprache Polnisch“ absolvieren.

b) Modul 22 b (Schlüsselqualifikationen/Fremdsprache):

Studierende können entweder zwei polnische und zwei deutsche Schlüsselqualifikationen oder zwei Schlüsselqualifikationen (PL und DE) und eine Fremdsprache (kein Polnisch und kein Deutsch)

auf dem Niveau B 2 GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen) absolvieren.

c) Modul 22 c (Praktikum):

¹Das Praktikum soll innerhalb von sechs Wochen absolviert werden und einen zeitlichen Umfang von 240 Stunden haben. ²Für die Durchführung und Anerkennung von Praktika erlässt der Prüfungsausschuss eine Richtlinie.

²Die bei den außerfachlichen und überfachlichen Qualifikationen im Modul 22 absolvierten Studienleistungen werden als Studienleistung mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

§ 7

Bestehen und Nichtbestehen

Hinsichtlich des Bestehens oder Nichtbestehens des Magisterstudiengangs gelten die Regelungen der Studienordnung der AMU.⁴

II. Prüfungsorgane und Prüfungsverfahren

§ 8

Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und die Durchführung der Prüfungen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, wird ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Dem Prüfungsausschuss gehören drei Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen der Juristischen Fakultät der EUV, ein akademischer Mitarbeiter oder eine akademische Mitarbeiterin sowie jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals an. ³Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses können Stellvertreter oder Stellvertreterinnen gewählt werden. ⁴Dem Prüfungsausschuss gehört darüber hinaus der oder die von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU ernannte Leiter oder Leiterin des gemeinsamen Jurastudiums an. ⁵Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses können auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die dienstlich mit Prüfungsangelegenheiten des Studiengangs befasst sind, insbesondere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Dekanats, des Prüfungsamtes sowie des Collegium Polonicum hinzugezogen werden.

(2) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen werden vom Fakultätsrat für zwei Jahre bestellt. ²Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr. ³Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die rest-

⁴ https://amu.edu.pl/data/assets/pdf_file/0020/74531/Regulamin-studiow_2019.pdf. Anlage 3 beinhaltet die aktuell geltende Fassung samt deutscher Übersetzung.

liche Amtszeit gewählt. ⁴Die Mitglieder des Prüfungsausschusses bestimmen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und einen stellvertretenden Vorsitzenden oder eine stellvertretende Vorsitzende, die beide Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sein müssen.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. ²Mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung trifft er alle anfallenden Entscheidungen im Prüfungsverfahren, soweit nicht in gesetzlichen Vorschriften etwas anderes bestimmt ist.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung des Studiengangs. ²Der Prüfungsausschuss gibt darüber hinaus Anregungen zur Reform dieser Ordnung. ³Er entscheidet insbesondere über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie in Zweifelsfällen über die Zulassung zu den Prüfungen.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen teilzunehmen.

(6) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen sowie nach Abs. 1 Satz 5 hinzugezogene Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuss bedient sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben der Verwaltungshilfe des Prüfungsamtes.

§ 9

Beschlussverfahren

(1) ¹Alle Entscheidungen im Prüfungsverfahren sind unverzüglich zu treffen. ²Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich, per Telefax oder per elektronischer Post unter Einhaltung einer Ladungsfrist von drei Arbeitstagen geladen und die Mehrzahl der Mitglieder, von denen mindestens die Hälfte der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen angehören müssen, anwesend und stimmberechtigt sind. ³Der Ausschuss tritt in der Regel mindestens einmal im Semester zusammen. ⁴Er beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen grundsätzlich in Sitzungen, einschließlich mindestens der Hälfte der abgegebenen Stimmen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen. ⁵Alternativ kommt in geeigneten Fällen, insbesondere wenn die zu beant-

wortende Frage mit Ja oder Nein beantwortet werden kann, ein Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren in Betracht. ⁶Stimmrechtsübertragung ist nicht zulässig. ⁷Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁸Über die Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten muss. ⁹Eine Kopie des Protokolls beziehungsweise des Beschlusses im Umlaufverfahren ist an das Prüfungsamt weiterzuleiten.

(2) Der oder die Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein; auf Antrag von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Prüfungsausschusses hat dies innerhalb von zehn Arbeitstagen zu erfolgen.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss Zuständigkeiten für Entscheidungen in unaufschiebbaren Angelegenheiten auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen (Eilkompetenz). ²Eine Entscheidung ist unaufschiebbar, wenn eine rechtzeitige Ladung der Ausschussmitglieder nicht mehr möglich ist. ³Der oder die Vorsitzende berichtet dem Prüfungsausschuss über die getroffenen Eilentscheidungen. ⁴Nach Ablauf der Amtszeit ist der Beschluss der Zuständigkeiten für Eilentscheidungen vom jeweils neu zusammentretenden Prüfungsausschuss förmlich neu festzustellen.

(4) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.

§ 10

Prüfer und Prüferinnen, Gutachter und Gutachterinnen, Beisitzer und Beisitzerinnen

(1) ¹Zur Abnahme von Prüfungen sind das an der EUV hauptberuflich tätige wissenschaftliche Personal, Lehrbeauftragte und in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen befugt. ²Prüfungen sollen nur von Personen abgenommen werden, die Lehraufgaben erfüllen. ³Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ⁴Für die Prüfer und Prüferinnen oder Gutachter und Gutachterinnen gilt § 8 Absatz 6 (Amtsverschwiegenheit) entsprechend.

(2) Ein Rechtsanspruch der Studierenden auf Abnahme der Prüfung durch einen bestimmten Prüfer oder eine bestimmte Prüferin besteht nicht.

(3) ¹Beisitzer und Beisitzerinnen müssen zum wissenschaftlichen Personal der EUV gehören und

selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Nicht hochschulangehörige Beisitzer und Beisitzerinnen müssen selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen und sind auf Vorschlag des oder der jeweiligen Prüfenden vom Prüfungsausschuss zu bestellen. ³Für die Beisitzer und Beisitzerinnen gilt § 8 Absatz 6 (Amtsverschwiegenheit) entsprechend. ⁴Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss, die Zuständigkeit für die Bestellung der Beisitzer und Beisitzerinnen auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen.

§ 11

Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten

(1) ¹Über die Anerkennung der Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss die Zuständigkeit hierfür auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen. ³Für Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines organisierten beziehungsweise selbstorganisierten Auslandsaufenthaltes im Rahmen eines Studiengangs erbracht werden, kann der Prüfungsausschuss ein vereinfachtes Verfahren festlegen.

2) ¹Die Anerkennung von Leistungen eines vorangegangenen Studiums bei einem Hochschul- oder Studiengangwechsel ist zu erteilen, sofern sich die Leistungen nicht wesentlich unterscheiden. ²Ein wesentlicher Unterschied ist insbesondere dann gegeben, wenn bei Anerkennung der Leistung der Studienerfolg gefährdet ist, weil die Leistung, für die eine Anerkennung begehrt wird, nicht eine für den Studienerfolg erforderliche Kompetenz umfasst. ³Wesentliches Kriterium für die Anerkennung sind die Erfordernisse sowie die Qualifikationsziele dieses Magisterstudiums. ⁴Die antragstellende Person hat die erforderlichen Informationen über die Leistung, deren Anerkennung begehrt wird, beizubringen.

(3) Die Anerkennung und Anrechnung kann im Einzelfall im Ergebnis einer Prüfung der von der antragstellenden Person beigebrachten Unterlagen, pauschal für homogene Bewerbergruppen oder im Ergebnis einer erfolgreich bestandenen Anerkennungsprüfung erfolgen.

(4) ¹Die Noten der im Ausland erbrachten Leistungen werden aufgrund eines Beschlusses des Prüfungsausschusses umgerechnet und gehen auf diese Weise in die Bildung der Durchschnittsnote ein. ²Die diesem Beschluss zugrundeliegende Äquivalenztabelle wird hochschulintern veröffentlicht.

(5) Im Prüfungszeugnis kann vermerkt werden, welche der dort aufgeführten Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt wurden.

(6) ¹Entscheidungen zu Ungunsten der Betroffenen sind zu begründen. ²Lehnt der Prüfungsausschuss die Anerkennung von Leistungen nach Absatz 2 Satz 1 ab, wird auf schriftlichen Antrag der oder des betreffenden Studierenden an den Prüfungsausschuss eine Anerkennungsprüfung durchgeführt, sofern die oder der Studierende im Antrag glaubhaft macht, die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten anderweitig erworben zu haben.

(7) ¹Die Anerkennungsprüfung ist eine Hochschulprüfung nach § 21 BbgHG. ²Absatz 6 gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind. ³Die Anerkennungsprüfung wird von einem prüfungsberechtigten Hochschullehrer oder einer prüfungsberechtigten Hochschullehrerin der Juristischen Fakultät im Sinne des § 10 Abs. 1 durchgeführt. ⁴Die Bestellung des Prüfers oder der Prüferin erfolgt durch den Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann. ⁵Die Prüfungsform wird vom Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen kann, in Absprache mit dem Prüfer oder der Prüferin unter Berücksichtigung der entsprechenden Qualifikationsziele festgelegt. ⁶Für die Prüfungsformen gelten die Bestimmungen in den § 13 (Klausur), § 14 (mündliche Prüfung) und § 15 (häusliche Arbeit) entsprechend. ⁷Bei Bestehen der Prüfung mit mindestens „ausreichend“ gilt die Leistung als anerkannt.

(8) Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten werden auf Antrag bis zu 50 Prozent auf das Studium angerechnet, wenn sie nach Inhalt und Niveau dem Teil des Studiums gleichwertig sind, der ersetzt werden

soll, und soweit die einschlägigen Bestimmungen der Studienordnung der AMU⁵ dies zulassen.

§ 12

Prüfungsformen, Organisation von Prüfungen

(1) ¹Die Prüfungsformen werden in den Modulbeschreibungen festgelegt. ²Die Prüfungen können in schriftlicher, mündlicher, praktischer oder sonstiger Form abgehalten werden. ³Schriftliche Prüfungen sind Klausuren oder sonstige schriftliche Leistungen in Form der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung. ⁴Prüfungen können in einer Fremdsprache abgehalten werden, sofern die Lehrenden zustimmen oder dies in den Modulbeschreibungen vermerkt ist.

(2) ¹Für schriftliche oder mündliche Prüfungen kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit dem oder der Lehrenden bestimmen, dass sie in digitaler Form (online bzw. elektronisch) erbracht werden. ²Er kann diese Kompetenz auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen. ³Für die Durchführung von Online-Prüfungen gilt die einschlägige Rahmenordnung der EUV in der jeweils geltenden Fassung.⁶

(3) Für Prüfungen, die als Klausur oder mündliche Prüfung stattfinden, sind Ort und Zeitpunkt der Prüfung sowie der konkrete Anmeldezeitraum rechtzeitig bekanntzugeben und durch Aushang oder geeignete elektronische Systeme zu veröffentlichen.

(4) ¹Für jede Prüfung ist eine Anmeldung erforderlich. ²Für die Anmeldung zu den Vorlesungsabschlussklausuren in den Grundkursen zum deutschen Recht gelten ergänzend die einschlägigen Regelungen der Studien- und Prüfungsordnung der Juristischen Fakultät für den Studiengang Rechtswissenschaft in der jeweils geltenden Fassung. ³Die Studierenden können sich nur dann erfolgreich zu einer Prüfung anmelden, wenn sie die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. ⁴Bei fehlender Anmeldung ist eine Teilnahme an der betreffenden Prüfung ausgeschlossen; eine trotzdem erbrachte Prüfungsleistung wird nicht bewertet. ⁵Im Fall der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung erfolgt die Anmeldung regelmäßig mit der Themenvergabe durch den Prüfer oder die Prüferin.

(5) ¹Nach erfolgreicher Anmeldung gelten die Studierenden zu den von ihnen gewählten Prüfungen auch ohne schriftlichen Bescheid als zugelassen. ²Bei einer elektronischen Anmeldung haben sie sich zum späteren Nachweis eine Anmeldebescheinigung aufzubewahren. ³Können sie sich nicht zu Prüfungen anmelden, erhalten sie auf

Verlangen einen schriftlichen Nachweis über die Nichtanmeldung.

(6) Die Studierenden müssen sich bei den Prüfungen, die nicht in Form der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung erfolgen, durch Vorlage des Studierendenausweises in Verbindung mit einem amtlichen Ausweis mit Lichtbild ausweisen können.

(7) ¹Die zugelassenen Hilfsmittel bestimmt der oder die jeweilige Prüfende. ²Sie sind rechtzeitig und angemessen bekanntzugeben.

§ 13

Studienbegleitende Klausuren

(1) Die Dauer von Klausuren soll 90 Minuten nicht unterschreiten.

(2) ¹Klausuren nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind zulässig. ²Studierende haben dabei in Aufsichtsarbeiten schriftlich gestellte Fragen zu beantworten, indem sie angeben, welche der mit den Fragen vorgelegten Antworten sie für zutreffend halten. ³Die Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁴Bei der Aufstellung der Aufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden, und die Bestehensgrenze zu bestimmen. ⁵Stellt sich bei der Auswertung der Prüfung heraus, dass bei einzelnen Aufgaben kein zuverlässiges Prüfungsergebnis ermittelt werden kann, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. ⁶Die Bestehensgrenze mindert sich entsprechend; die Minderung darf sich nicht zum Nachteil von Studierenden auswirken. ⁷Die Prüfung gilt als bestanden, wenn Studierende insgesamt mindestens den vor der Prüfung bekannt gegebenen Prozentwert der möglichen Punkte erreicht haben (Bestehensgrenze). ⁸Punktabzüge aufgrund nichtzutreffender Antworten der Studierenden sind bei der Bewertung der Prüfung nicht möglich. ⁹Die Auswertung von Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren kann automatisiert erfolgen. ¹⁰Wird die Prüfung nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt, gelten die Vorschriften dieses Absatzes für diesen Teil entsprechend.

(3) ¹Erscheinen Studierende verspätet zu einer Klausur, so haben Sie kein Anrecht darauf, die versäumte Zeit nachzuholen. ²Das Verlassen des Prüfungsraums ist nur mit Erlaubnis des oder der Aufsichtführenden zulässig. ³Uhrzeit und Dauer der Abwesenheit sollen von der aufsichtführenden Person vermerkt werden.

⁵ https://amu.edu.pl/_data/assets/pdf_file/0020/74531/Regulamin-studiow_2019.pdf. Anlage 3 beinhaltet die aktuell geltende Fassung samt deutscher Übersetzung.

⁶ Derzeit Rahmenordnung zur Erprobung von Online-Prüfungen vom 27.01.2021

(4) Gab es in der Klausur Vorkommnisse, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sind, insbesondere Vorkommnisse gemäß § 19 Absätze 1 und 9, so sind diese in einer Niederschrift festzuhalten und von der aufsichtführenden Person zu unterzeichnen.

§ 14

Studienbegleitende mündliche Prüfungen

(1) Die Mindestdauer von mündlichen Prüfungen soll 15 Minuten je Studierenden und Fach nicht unterschreiten.

(2) Mündliche Prüfungen sind mindestens von einem Prüfer oder einer Prüferin, in der Regel in Gegenwart von einem sachkundigen Beisitzer oder einer sachkundigen Beisitzerin, durchzuführen.

(3) ¹Die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung sind von einer sachkundigen Person in einem Protokoll festzuhalten und von dem Prüfer oder der Prüferin beziehungsweise von den Prüfenden zu unterzeichnen. ²Gab es in der mündlichen Prüfung Vorkommnisse, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sind, insbesondere Vorkommnisse gemäß § 19 Absätze 1 und 9, so sind diese ebenfalls im Protokoll festzuhalten.

§ 15

Häusliche Anfertigung der Prüfungsleistung

(1) Bei der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung handelt es sich regelmäßig um Seminararbeiten oder Hausarbeiten.

(2) Die Bearbeitungszeit der Prüfungsleistung wird vom Prüfenden festgelegt.

(3) Sofern die Prüfungsleistung in Form einer Gruppenarbeit erbracht wird, muss die individuelle Leistung jedes Studierenden dabei eindeutig zu erkennen sein.

(4) ¹Bei der häuslichen Anfertigung der Prüfungsleistung sind die verwendete Literatur sowie sonstige Hilfsquellen vollständig anzugeben. ²Wörtlich oder dem Sinne nach dem Schrifttum entnommene Stellen sind unter Angabe der Quelle kenntlich zu machen. ³Verlangt der Prüfer oder die Prüferin eine elektronische Version der Prüfungsleistung, so muss sie auf Plagiat überprüfbar sein. ⁴Bei der Abgabe der Prüfungsleistung haben Studierende in schriftlicher Form zu versichern, dass sie ihre Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Arbeit bisher oder gleichzei-

tig keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt haben. ⁵Fehlt diese schriftliche Versicherung oder ist sie zwar vorhanden, entspricht sie jedoch nicht der Wahrheit, so kann die Prüfungsleistung von dem oder der Prüfenden mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) bewertet werden. ⁶§ 19 Absatz 1 und 9 gelten entsprechend.

§ 16

Abschlussarbeit und Beendigung des Studiums

(1) Die Beendigung des Studiums richtet sich nach den entsprechenden Regelungen der Studienordnung der AMU in der jeweils geltenden Fassung⁷ (Anlage 3) und beinhaltet als Abschlussleistungen eine Magisterarbeit sowie eine mündliche Magisterprüfung.

(2) ¹Für die Anfertigung sowie die Einreichung der Magisterarbeit gilt die Studienordnung der AMU.⁸ ²Die Magisterarbeit wird ab dem 8. bis zum 10. Fachsemester im Rahmen des Magistrandenseminars vorbereitet und abgegeben. ³In der Magisterarbeit weisen die Studierenden nach, dass sie zur eigenständigen Anwendung wissenschaftlicher Methoden sowie zur Abfassung eines wissenschaftlichen Anforderungen genügenden Textes in ihrem Studienfach in der Lage sind.

(3) Die Zulassung zu und die Durchführung der mündlichen Magisterprüfung erfolgen nach der Studienordnung der AMU.⁹

§ 17

Nachteilsausgleich und Chancengleichheit

(1) Durch Inanspruchnahme der gesetzlichen Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes, der Elternzeit und der Wahrnehmung von Pflegepflichten entstehen keine Nachteile.

(2) ¹Studierende, die Kinder und/oder nahe Angehörige betreuen oder pflegen, werden unterstützt, indem ihrem individuellen Bedarf bei der Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen Rechnung getragen wird. ²Der Prüfungsausschuss entscheidet über die konkrete Form des Nachteilsausgleiches, sobald die besondere Situation glaubhaft gemacht wurde. ³Studierende sind verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen

(3) Bei der Gestaltung des Studienablaufs sowie bei der Erbringung von Leistungsnachweisen wird versucht, den spezifischen Belangen von Studierenden mit Behinderung und chronischen Erkrankungen im Einzelfall Rechnung zu tragen.

⁷ https://amu.edu.pl/data/assets/pdf_file/0020/74531/Regulamin-studiow_2019.pdf, Anlage 3 beinhaltet die aktuell geltende Fassung samt deutscher Übersetzung.

⁸ Derzeit in §§ 57 ff. der Studienordnung der AMU geregelt.

⁹ Derzeit in §§ 62 ff. der Studienordnung der AMU geregelt.

(4) ¹In den schriftlichen Prüfungen i. S. v. § 12 Abs. 1 S. 3 kann der Prüfungsausschuss eine Verlängerung der Bearbeitungszeit bis zu einem Viertel der normalen Bearbeitungszeit gewähren. ²In Fällen besonders weitgehender Prüfungsbeeinträchtigung kann er auf Antrag der Studierenden die Bearbeitungszeit um bis zur Hälfte der normalen Bearbeitungszeit verlängern.

(5) Der Prüfungsausschuss kann neben oder anstelle einer Verlängerung der Bearbeitungszeit ein Nachteilsausgleich in anderer Form gewähren.

(6) ¹Für mündliche Prüfungen können auf Antrag der Studierenden angemessene Erleichterungen gewährt werden. ²Abs. 5 gilt entsprechend.

(7) ¹Anträge auf Prüfungsvergünstigungen sind spätestens sechs Wochen vor dem Prüfungstermin beim Prüfungsausschuss einzureichen. ²Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Prüfungsvergünstigung erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, so ist der Antrag unverzüglich zu stellen. ³Der Nachweis der Prüfungsbeeinträchtigung ist durch ein fachärztliches Attest zu führen. ⁴Der Prüfungsausschuss kann darüber hinaus die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. ⁵Die Studierenden sind verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen.

(8) ¹Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag eine Bescheinigung ausstellen, die befristet oder unbefristet die zu gewährenden Prüfungsvergünstigungen festlegt; diese Entscheidung gilt dann für alle Studien- und Prüfungsleistungen in der Verantwortung der Juristischen Fakultät der EUV. ²Wer durch den Prüfungsausschuss gewährte Prüfungsvergünstigungen in Anspruch nehmen möchte, muss dies mindestens zwei Wochen vorher oder - falls das nicht möglich ist - so bald wie möglich vor jeder Prüfung dem jeweiligen Aufgabensteller oder der jeweiligen Aufgabenstellerin unter Vorlage der schriftlichen Entscheidung des Prüfungsausschusses anzeigen.

§ 18 Rücktritt und Versäumnis

(1) ¹Studierende können von den Prüfungen, die als Klausur oder mündliche Prüfung stattfinden, innerhalb der festgesetzten Frist durch schriftliche Erklärung, insbesondere unter Benutzung des zentral bereitgestellten IT-Systems, ohne Angabe von Gründen zurücktreten. ²Die festgesetzten Fristen sind durch Aushang oder geeignete elektronische Systeme bekanntzugeben.

(2) ¹Treten Studierende nach dem Ablauf dieser Frist ohne triftige Gründe zurück oder versäumen

sie die Prüfung ohne triftige Gründe, so gilt die jeweilige Prüfung, zu der sie zugelassen worden sind, insgesamt als abgelegt und als mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) bewertet. ²Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(3) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich unter Verwendung des dafür vorgesehenen Formulars angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Prüfungsunfähigkeit kann nur durch ein ärztliches Attest, das diese ausweist, glaubhaft gemacht werden. ³Der Prüfungsausschuss kann darüber hinaus die Vorlage eines fachärztlichen Attestes oder eines amtsärztlichen Attestes verlangen. ⁴Werden die Gründe vom Prüfungsausschuss anerkannt, gilt die betreffende Prüfungsleistung als nicht versucht. ⁵Die Prüfungsleistung kann im nächsten ordentlichen Prüfungstermin nachgeholt werden. ⁶Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind anzurechnen. ⁷Der Prüfungsausschuss kann durch Beschluss die Zuständigkeiten nach diesem Absatz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin übertragen.

(4) ¹Studierende, die eine schriftliche Prüfungsleistung abgeben, können sich nicht auf eine Prüfungsverhinderung berufen, wenn diese nicht bei der Abgabe geltend gemacht wurde. ²Die Geltendmachung darf keine Bedingungen enthalten.

§ 19 Täuschung und Ordnungsverstoß

(1) Versuchen Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, insbesondere Plagiat, Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässige Hilfe anderer Personen oder durch unzulässiges Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragte Personen zu beeinflussen, so ist diese Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (0 Punkte) zu bewerten.

(2) ¹Für den Fall der Täuschung bei der häuslichen Anfertigung einer Prüfungsleistung (Plagiat), darunter Abschlussarbeiten, sind zur Beurteilung dieser Frage insbesondere die von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) erlassenen Richtlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens in der jeweils geltenden Fassung heranzuziehen. ²Es handelt sich regelmäßig um ein Plagiat, wenn in einer schriftlichen Arbeit bei der Übernahme des Wortlauts oder des wesentlichen Sinns eines Dokuments die entsprechende

Quelle nicht zitiert wird. ³Ein Plagiat liegt ebenfalls vor, wenn die Arbeit eines anderen ganz oder teilweise als eigene ausgegeben wird, eine Arbeit ganz oder teilweise aus dem Internet oder von einem elektronischen Datenträger heruntergeladen und als eigene ausgegeben wird oder eine fremdsprachige Arbeit ganz oder teilweise übersetzt und als eigene ausgegeben wird.

(3) Über das Vorliegen von Täuschungsversuchen entscheidet der Prüfungsausschuss, der diese Zuständigkeit auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann, nach Feststellung der jeweiligen Prüfenden.

(4) Im ersten Fall kann der Prüfungsausschuss zunächst eine schriftliche Verwarnung mit der Androhung des Verlusts des Prüfungsanspruchs im Wiederholungsfalle aussprechen.

(5) In minder schweren Fällen kann von der Verhängung einer Sanktion abgesehen werden.

(6) ¹In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss Studierende von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen in diesem Studiengang ausschließen. ²Als schwerwiegende Fälle gelten in der Regel: ein wiederholter Täuschungsversuch oder Bestechung oder Bedrohung der Prüfenden oder Aufsichtsführenden.

(7) Vor den Entscheidungen nach Abs. 1, 4 und 6 erhalten die Studierenden die Gelegenheit zur Stellungnahme.

(8) Belastende Entscheidungen sind den betroffenen Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(9) ¹Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören bzw. unzulässig auf Prüfer oder Prüferinnen sowie Aufsichtsführende einwirken, können von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. ²In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) bewertet.

§ 20 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) ¹Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines oder einer betroffenen Studierenden oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem oder einer bestimmten oder von allen betroffenen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden. ²Die Mängel müssen unverzüglich bei dem oder der Vorsitzenden des zuständigen Prü-

fungsausschusses oder bei dem oder der Modulverantwortlichen oder bei dem Prüfer oder der Prüferin geltend gemacht werden.

(2) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 21 Bewertung von Prüfungen

(1) ¹Der Prüfungsbewertung dürfen nur individuelle Leistungen der Studierenden zugrunde gelegt werden. ²Bei einer in Form einer Gruppenarbeit erbrachten Prüfungsleistung muss der Beitrag des oder der einzelnen Studierenden deutlich erkennbar und bewertbar sein.

(2) Bei Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

18-16 Punkte	sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung
15-13 Punkte	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
12-10 Punkte	vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
9-7 Punkte	befriedigend	eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen in jeder Hinsicht entspricht
6-4 Punkte	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch durchschnittlichen Anforderungen genügt
3 oder weniger Punkte	nicht ausreichend	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung

(3) Polnische Benotungen von Prüfungsleistungen werden wie folgt umgerechnet:

Polnische Note	Deutsche Note
(5) bardzo dobry mit Zusatz "celujący" (ausgezeichnet)	sehr gut (18 Punkte)
(5) bardzo dobry	sehr gut (17 Punkte)
(4+) dobry plus	gut (14 Punkte)
(4) dobry	vollbefriedigend (11 Punkte)

(3+) dostateczny plus	befriedigend (8 Punkte)
(3) dostateczny	ausreichend (5 Punkte)
(2) niedostateczny	nicht ausreichend (0 Punkte)

(4) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen sind in der Regel durch einen Prüfer oder eine Prüferin zu bewerten. ²Prüfungsleistungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist (letzte Wiederholungsmöglichkeit), sind in der Regel von mindestens zwei Prüfenden zu bewerten. ³Weichen die Bewertungen von schriftlichen Prüfungsleistungen durch zwei Prüfende voneinander ab, so haben die Prüfenden darüber mit dem Ziel zu beraten, eine Einigung oder eine Annäherung der Bewertung herbeizuführen. ⁴Verbleibt danach eine Abweichung von nicht mehr als drei Punkten, so gilt der Mittelwert. ⁵Bei Abweichungen von mehr als drei Punkten oder bei nur einer Bewertung der Prüfungsleistung mit weniger als 4 Punkten, über die keine Einigung nach Satz 3 erzielt werden konnte, entscheidet ein von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmender Dritprüfer oder eine Dritprüferin (Stichentscheid).

(5) ¹Mündliche Prüfungsleistungen werden von dem Prüfer oder der Prüferin, bei mehreren Prüfenden von allen bewertet. ²Prüfungsleistungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist (letzte Wiederholungsmöglichkeit), sind in der Regel von mindestens zwei Prüfenden zu bewerten. ³Weichen bei mündlichen Prüfungsleistungen, die von zwei oder mehr Prüfenden bewertet werden, die Punktzahlen voneinander ab, so entscheidet die Mehrheit der Prüfenden. ⁴Findet sich keine Mehrheit, gilt die für den Kandidaten oder die Kandidatin günstigste Note. ⁵Das Prüfungsergebnis ist den geprüften Studierenden unmittelbar im Anschluss an die Prüfung bekanntzugeben.

§ 22

Mitteilung der Prüfungsergebnisse

(1) ¹Die Prüfungsergebnisse werden an die geprüften Studierenden unverzüglich, in der Regel über elektronische Einrichtungen, bekanntgegeben. ²Gesonderte schriftliche Bescheide betreffend die einzelne Prüfungsleistung werden darüber hinaus nicht versendet.

(2) Die Studierenden sind verpflichtet, sich regelmäßig über ihre erworbenen ECTS-Credits sowie über ihre Noten mit Hilfe des verwendeten elektronischen Systems zu informieren.

§ 23

Bestehen, Nichtbestehen und Wiederholung von Prüfungen

(1) Eine Prüfung gilt als bestanden, wenn sie mit mindestens "ausreichend" (4,0) oder „bestanden“ bewertet wird.

(2) Bestandene Prüfungen dürfen nicht wiederholt werden.

(3) Nicht bestandene Prüfungen oder als nicht bestanden geltende Prüfungen können wiederholt werden, soweit das mit den Regelungen der Studienordnung der AMU vereinbar ist.¹⁰

§ 24

Berechnung der Gesamtnote

Die Berechnung der Gesamtnote liegt in der Verantwortung der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU.¹¹

§ 25

Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und weiteren Unterlagen

Liegen die für die erfolgreiche Beendigung des Studiums vorgesehenen Voraussetzungen vor, werden die Urkunde, das Zeugnis sowie die sonstigen Unterlagen von der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU nach deren Bestimmungen ausgestellt.

III. Schlussvorschriften

§ 26

Einsicht in die Prüfungsakten

¹Für jede schriftliche Prüfungsleistung ist innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe der Ergebnisse ein Termin für die Einsicht in die korrigierten Arbeiten festzulegen. ²Die Einsichtnahme kann ersetzt werden durch die Rückgabe der Arbeiten an die betreffenden Studierenden.

¹⁰ Derzeit in §§ 31 der Studienordnung der AMU geregelt (Anlage 3).

¹¹ Derzeit wird die Berechnung der Gesamtnote gemäß § 69 ff. der Studienordnung der AMU (Anlage 3) vorgenommen.

§ 27

Ungültigkeit von Prüfungen

(1) ¹Haben Studierende bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der zuständige Prüfungsausschuss nachträglich diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Studierenden getäuscht haben, für nicht bestanden erklären. ²Eine Wiederholung dieser für nicht bestanden erklärten Prüfung ist in schwerwiegenden Fällen der Täuschung gemäß § 19 Absatz 9 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) nicht mehr möglich.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die geprüften Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Den betroffenen Studierenden ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Abschlusszeugnisses ausgeschlossen.

§ 28

Inkrafttreten

(1) Diese Neufassung der Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) in Kraft und gilt mit Wirkung vom 01.10.2021 für Studierende, die ihr Studium ab diesem Tag aufgenommen haben.

(2) ¹Die Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ vom 1. Juni 2016 tritt am 30.09.2026 außer Kraft. ²Studierende, die bis zu diesem Zeitpunkt ihr Magisterstudium nicht abgeschlossen haben, setzen deren Studium nach der vorliegenden Studien- und Prüfungsordnung fort.

Anlage 1: Modulplan für den Studiengang Magister des Rechts
Załącznik 1: Plan modułów dla kierunku magister prawa

Modul 1: Grundlagen der Rechtswissenschaft / Podstawy prawoznawstwa

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Einführung in die Rechtswissenschaft (PL) <i>Wprowadzenie do prawoznawstwa</i>	1	30	60	90	3	Prüfung
Grundlagenfach PL (Römisches Recht und Tradition des Europäischen Privatrechts) <i>Zajęcia propedeutyczne PL (Prawo rzymskie i tradycja europejskiego prawa prywatnego)</i>	2	30	90	120	4	Prüfung
Grundlagenfach PL (Geschichte der Staatsform und des polnischen Rechts) <i>Zajęcia propedeutyczne PL (Historia ustroju i prawa polskiego)</i>	2	30	90	120	4	Prüfung
Grundlagenfach DE ¹² <i>Zajęcia propedeutyczne DE</i>	2/3	30	60	90	3	Klausur
Insgesamt		120	300	420	14	3 Prüfungen und 1 Klausur

Modul 2: Grundlagen des deutschen Zivilrechts I / Podstawy niemieckiego prawa cywilnego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Deutsches Zivilrecht: GK I <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy I</i>	1	90	240	360	12	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK I (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	1	30	-	-	*	
Deutsches Zivilrecht: GK II <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy II</i>	2	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK II (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	2	30	-	-	*	
Insgesamt		210	420	630	21	2 Klausuren

¹² Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl, z.B.: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtstheorie. Abrechnung des deutschen Grundlagenfachs an der UAM erfolgt somit nach dem 2. Studienjahr. / *Alternatywnie w 2. lub 3. semestrze do wyboru: Niemiecka lub Europejska Historia Prawa, Prawne podstawy integracji europejskiej, Filozofia prawa, Socjologia prawa, Teoria prawa. Rozliczenie zajęć propedeutycznych DE na UAM następuje po 2. Roku.*

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium. / *Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.*

Modul 3: Grundlagen des deutschen Zivilrechts II / Podstawy niemieckiego prawa cywilnego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Deutsches Zivilrecht: GK III <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy III</i>	3	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK III (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy III (Ćwiczenia)</i>	3	30	-	-	*	
Insgesamt		90	180	270	9	1 Klausur

Modul 4: Vertiefung im deutschen Zivilrecht / Pogłębienie niemieckiego prawa cywilnego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Deutsches Gesellschaftsrecht <i>Niemieckie prawo spółek</i>	7	30	150	180	6	Klausur
Insgesamt		30	150	180	6	1 Klausur

Modul 5: Grundlagen des polnischen Zivilrechts I / Podstawy polskiego prawa cywilnego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil <i>Polskie prawo cywilne I: część ogólna</i>	3	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne I (konwersatorium)</i>	3	30	-	-	*	Leistungskontrolle ¹³
Polnisches Zivilrecht I: Schuldrecht <i>Polskie prawo cywilne I: prawo zobowiązań</i>	4	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne I (konwersatorium)</i>	4	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		120	240	360	12	2 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium. / *Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.*

¹³ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung. / *Zaliczenie jest wymogiem podejścia do egzaminu zaliczającego modul.*

Modul 6: Grundlagen des polnischen Zivilrechts II / Podstawy polskiego prawa cywilnego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Polnisches Zivilrecht II: Sachenrecht <i>Polskie prawo cywilne II: prawo rzeczowe</i>	5	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne II (konwersatorium)</i>	5	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Polnisches Zivilrecht II: Erb- und Familienrecht <i>Polskie prawo cywilne II: prawo spadkowe i rodzinne</i>	6	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne II (konwersatorium)</i>	6	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		120	240	360	12	2 Prüfungen

Modul 7: Vertiefung im polnischen Zivilrecht I / Pogłębienie polskiego prawa cywilnego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Polnisches Arbeits- und Sozialrecht <i>Polskie prawo pracy i socjalne</i>	7	30	120	150	5	Prüfung
Polnisches Gesellschaftsrecht <i>Polskie prawo spółek</i>	7	30	120	150	5	Prüfung
Insgesamt		60	240	300	10	2 Prüfungen

Modul 8: Vertiefung im polnischen Zivilrecht II / Pogłębienie polskiego prawa cywilnego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Polnisches Zivilprozessrecht <i>Polskie postępowanie cywilne</i>	7/8	60	120	210	7	Prüfung
Polnisches Zivilprozessrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie cywilne (konwersatorium)</i>	8	30	-	-	*	Leistungskontrolle ¹⁴
Insgesamt		90	120	210	7	1 Prüfung

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium. / Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.

¹⁴ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung. / Zaliczenie jest wymogiem podejścia do egzaminu zaliczającego modul.

Modul 9: Grundlagen des deutschen Strafrechts / Podstawy niemieckiego prawa karnego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Deutsches Strafrecht: GK I <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy I</i>	1	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Strafrecht: GK I (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	1	30	-	-	*	
Deutsches Strafrecht: GK II <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy II</i>	2	30	120	180	6	Klausur
Deutsches Strafrecht: GK II (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	2	30	-	-	*	
Insgesamt		150	300	450	15	2 Klausuren

Modul 10: Grundlagen des polnischen Strafrechts / Podstawy polskiego prawa karnego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Strafrecht <i>Polskie prawo karne</i>	3/4	60	120	240	8	Prüfung
Polnisches Strafrecht (Konversatorium) <i>Polskie prawo karne (konwersatorium)</i>	3/4	60	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		120	120	240	8	1 Prüfung

Modul 11: Vertiefung im polnischen Strafrecht / Pogłębienie polskiego prawa karnego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Strafprozessrecht <i>Polskie postępowanie karne</i>	8	45	105	180	6	Prüfung
Polnisches Strafprozessrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie karne (konwersatorium)</i>	8	30	-	-	*	Leistungskontrolle ¹⁵
Insgesamt		75	105	180	6	1 Prüfung

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium. / *Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.*

¹⁵ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung. / *Zaliczenie jest wymogiem podejścia do egzaminu zaliczającego modul.*

Modul 12: Grundlagen des deutschen Öffentlichen Rechts I / Podstawy niemieckiego prawa publicznego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Deutsches Öffentliches Recht: GK I <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy I</i>	3	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK I (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	3	30	-	-	*	
Deutsches Öffentliches Recht: GK II <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy II</i>	4	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK II (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	4	30	-	-	*	
Insgesamt		180	360	540	18	2 Klausuren

Modul 13: Grundlagen des deutschen Öffentlichen Rechts II / Podstawy niemieckiego prawa publicznego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Deutsches Öffentliches Recht: GK III <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy III</i>	5	30	120	180	6	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK III (Arbeitsgemeinschaft) <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy III (Ćwiczenia)</i>	5	30	-	-	*	
Insgesamt		60	120	180	6	1 Klausur

Modul 14: Grundlagen des polnischen Öffentlichen Rechts I / Podstawy polskiego prawa publicznego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Polnisches Verfassungsrecht <i>Polskie prawo konstytucyjne</i>	1	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Verfassungsrecht (Konwersatorium) <i>Polskie prawo konstytucyjne (Konwersatorium)</i>	1	30	-	-	*	Leistungskontrolle ¹⁶
Insgesamt		60	120	180	6	1 Prüfung

* Zu den AGen und Konwersatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konwersatorium. / *Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.*

¹⁶ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konwersatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung. / *Zaliczenie jest wymogiem podejścia do egzaminu zaliczającego modul.*

Modul 15: Grundlagen des polnischen Öffentlichen Rechts II / Podstawy polskiego prawa publicznego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Verwaltungsrecht <i>Polskie prawo administracyjne</i>	5	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Verwaltungsrecht (Konversatorium) <i>Polskie prawo administracyjne (konwersatorium)</i>	5	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		60	120	180	6	1 Prüfung

Modul 16: Vertiefung im polnischen Öffentlichen Recht I / Pogłębienie polskiego prawa publicznego I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht <i>Polskie postępowanie administracyjne</i>	6	45	105	180	6	Prüfung
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie administracyjne (konwersatorium)</i>	6	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		75	105	180	6	1 Prüfung

Modul 17: Vertiefung im polnischen Öffentlichen Recht II / Pogłębienie polskiego prawa publicznego II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Polnisches Wirtschaftsrecht <i>Polskie prawo gospodarcze</i>	6	30	120	150	5	Prüfung
Polnisches Finanzrecht <i>Polskie prawo finansowe</i>	8	30	120	150	5	Prüfung
Insgesamt		60	240	300	10	2 Prüfungen

Modul 18: Internationales Recht / Prawo międzynarodowe

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfung
Völkerrecht (DE) <i>Prawo międzynarodowe publiczne (DE)</i>	3	30	60	90	3	Klausur
Europarecht (DE) <i>Prawo europejskie (DE)</i>	5	60	180	270	9	Klausur
Europarecht (Arbeitsgemeinschaft) (DE) <i>Prawo europejskie (Ćwiczenia) (DE)</i>	5	30	-	-	*	
Insgesamt		120	240	360	12	2 Klausuren

Modul 19: Grundlagenseminar¹⁷ / Seminarium propedeutyczne

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Grundlagenseminar Öffentliches Recht <i>Seminarium propedeutyczne: Prawo publiczne</i>	4	30	240	270	9	Seminar
Grundlagenseminar Zivilrecht <i>Seminarium propedeutyczne: Prawo cywilne</i>	4	30	240	270	9	Seminar
Grundlagenseminar Strafrecht <i>Seminarium propedeutyczne: Prawo karne</i>	4	30	240	270	9	Seminar
Insgesamt		30	240	270	9	Seminararbeit und Vortrag

Modul 20: Rechtsvergleichendes Seminar¹⁸ / Seminarium prawnoporównawcze

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Rechtsvergleichendes Seminar Öffentliches Recht <i>Seminarium prawnoporównawcze: Prawo publiczne</i>	6	30	330	360	12	Seminar
Rechtsvergleichendes Seminar Zivilrecht <i>Seminarium prawnoporównawcze: Prawo cywilne</i>	6	30	330	360	12	Seminar
Rechtsvergleichendes Seminar Strafrecht <i>Seminarium prawnoporównawcze: Prawo karne</i>	6	30	330	360	12	Seminar
Insgesamt		30	330	360	12	Seminararbeit und Vortrag

Modul 21: Individuelle Vertiefung / Indywidualne pogłębienie

Modul 21a: Individuelle Vertiefung im polnischen Recht / Indywidualne pogłębienie prawa polskiego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Wahlpflichtveranstaltung (PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (PL)</i>	7, 8, 9	30	150	180	6	Prüfung
Wahlpflichtveranstaltung (PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (PL)</i>	7, 8, 9	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	300	360	12	2 Prüfungen

¹⁷ Eins der drei Grundlagenseminare muss absolviert werden. / *Należy zaliczyć jedno z trzech seminariów propedeutycznych.*

¹⁸ Eins der drei rechtsvergleichenden Seminare muss absolviert werden. / *Należy zaliczyć jedno z trzech seminariów prawnoporównawczych.*

Modul 21 b: Individuelle Vertiefung im deutschen Recht / Indywidualne pogłębienie prawa niemieckiego

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Wahlpflichtveranstaltung (DE) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE)</i>	7, 8, 9	30	150	180	6	Prüfung
Wahlpflichtveranstaltung (DE) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE)</i>	7, 8, 9	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	300	360	12	2 Prüfungen

Modul 22: Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen / Kwalifikacje poza- i ponadfachowe

Modul 22 a: Juristische Fachsprache (Deutsch oder Polnisch) / Prawniczy język fachowy (niemiecki lub polski)

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Juristische Fachsprache Deutsch <i>Prawniczy język fachowy Niemiecki</i>	1	30	60	90	3	Prüfung
Juristische Fachsprache Polnisch <i>Prawniczy język fachowy Polski</i>	1	30	60	90	3	Prüfung
Insgesamt		30	60	90	3	1 Prüfung

Modul 22 b: Schlüsselqualifikationen/Fremdsprache / Kwalifikacje kluczowe/Język obcy

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Schlüsselqualifikation PL (Sprache der Gesetzgebung und der Rechtsprechung) <i>Kwalifikacje kluczowe PL (Język legislacji i orzecznictwa)</i>	4	30	60	90	3	Prüfung
Schlüsselqualifikation DE <i>Kwalifikacje kluczowe DE</i>	6	30	60	90	3	Prüfung
Schlüsselqualifikation PL (Mediation im polnischen Zivil- und Strafrecht) <i>Kwalifikacje kluczowe PL (Mediacja w polskim prawie cywilnym i karnym)</i>	10	30	60	90	3	Prüfung
Schlüsselqualifikation DE <i>Kwalifikacje kluczowe DE</i>	10	30	60	90	3	Prüfung
Fremdsprache B2 ¹⁹ <i>Język obcy B2</i>	10	60	120	180	6	Prüfung
Insgesamt		120	240	360	12	3 bis 4 Prüfungen

¹⁹ Die Studierenden haben die Möglichkeit anstatt 2 in früheren Semestern angebotenen Schlüsselqualifikationen einen Fremdsprachenkurs B2 (60 h) bis zum 10. FS zu bestehen. / *Studujący mają możliwość zaliczenia do końca 10. semestru kursu języka obcego na poziomie B2 w wymiarze 60 godzin w miejsce 60 godzin kwalifikacji kluczowych.*

Modul 22 c: Praktikum / Praktyki

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Praktikum / <i>Praktyki</i>	7	90	0	90	3	
Praktikum / <i>Praktyki</i>	8	90	0	90	3	
Praktikum / <i>Praktyki</i>	9	60	0	60	2	
Insgesamt		240	0	240	8	

Modul 23: Rechtsvergleichung / Strukturalne porównanie prawa

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Öffentliches Recht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo publiczne</i>	9	30	150	180	6	Prüfung
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Zivilrecht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo cywilne</i>	9	30	150	180	6	Prüfung
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Strafrecht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo karne</i>	9	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		90	450	540	18	3 Prüfungen

Magisterabschluss / Ukończenie studiów magisterskich

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenzstunden	Selbststudium	Arbeitsbelastung	ECTS-Credits	Angebote Prüfungen
Magistrandenseminar I <i>Seminarium magisterskie I</i>	8	30	270	300	10	
Magistrandenseminar II <i>Seminarium magisterskie II</i>	9	30	270	300	10	
Magistrandenseminar III <i>Seminarium magisterskie III</i>	10	30	270	300	10	
Insgesamt		90	810	900	30	Magisterprüfung

Insgesamt		2554	6450	9004²⁰	300	
------------------	--	-------------	-------------	--------------------------	------------	--

²⁰ Die 4 extra Stunden stammen aus dem Kurs „Arbeitsschutz und Arbeitshygiene“, der vom polnischen Hochschulrecht vorausgesetzt ist, der aber keine ECTS-Punkte gibt. / *Nadwyżkowe 4 godziny pochodzą z wymaganego przez polskie Prawo o szkolnictwie wyższym i nauce „Szkolenia BHP”, do którego nie są przypisane żadne punkty ECTS.*

Anlage 2: Studienverlaufsplan für den Studiengang Magister des Rechts
Załącznik 2: Plan przebiegu studiów na kierunku magister prawa

I. STUDIENJAHR / I. ROK:

1. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Einführung in die Rechtswissenschaft (PL) <i>Wprowadzenie do prawoznawstwa</i>	30	3	+
Juristische Fachsprache (Deutsch oder Polnisch) <i>Prawniczy język fachowy (Niemiecki lub Polski)</i>	30	3	+
Polnisches Verfassungsrecht <i>Polskie prawo konstytucyjne</i>	30	6	+
Polnisches Verfassungsrecht (Konwersatorium) <i>Polskie prawo konstytucyjne (Konwersatorium)</i>	30	*	
Deutsches Zivilrecht: GK I <i>Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I</i>	90	12	+
Deutsches Zivilrecht: GK I (AG) <i>Niemieckie prawo cywilne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Deutsches Strafrecht: GK I <i>Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I</i>	60	9	+
Deutsches Strafrecht: GK I (AG) <i>Niemieckie prawo karne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Arbeitsschutz und Arbeitshygiene <i>Szkolenie BHP</i>	4	0	
Insgesamt / Łącznie:	334	33	5 Prüfungen

2. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Grundlagenfach PL (Römisches Recht und Tradition des Europäischen Privatrechts) <i>Zajęcia propedeutyczne PL (Prawo rzymskie i tradycja europejskiego prawa prywatnego)</i>	30	4	+
Grundlagenfach PL (Geschichte der Staatsform und des polnischen Rechts) <i>Zajęcia propedeutyczne PL (Historia ustroju i prawa polskiego)</i>	30	4	+
Grundlagenfach DE ²¹ <i>Zajęcia propedeutyczne DE</i>	30	3	+
Deutsches Zivilrecht: GK II <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy II</i>	60	9	+
Deutsches Zivilrecht: GK II (AG) <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Deutsches Strafrecht: GK II <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy II</i>	30	6	+
Deutsches Strafrecht: GK II (AG) <i>Niemieckie Prawo Karne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Insgesamt / Łącznie:	210/240	23/26	4 oder 5 Prüfungen

* Zu den AGen und Konwersatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konwersatorium.

Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.

²¹ Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl, z.B.: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtstheorie. Abrechnung des deutschen Grundlagenfachs an der UAM erfolgt somit nach dem 2. Studienjahr. Alternatywnie w 2. lub 3. semestrze do wyboru: Niemiecka lub Europejska Historia Prawa, Prawne podstawy integracji europejskiej, Filozofia prawa, Socjologia prawa, Teoria prawa. Rozliczenie zajęć propedeutycznych DE na UAM następuje po 2. roku.

II. STUDIENJAHR / II. ROK:

3. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen /Egzaminy
Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil <i>Polskie prawo cywilne I: część ogólna</i>	30	6	+
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne I (konwersatorium)</i>	30	*	
Deutsches Öffentliches Recht: GK I <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy I</i>	60	9	+
Deutsches Öffentliches Recht: GK I (AG) <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy I (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Deutsches Zivilrecht: GK III <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy III</i>	60	9	+
Deutsches Zivilrecht: GK III (AG) <i>Niemieckie Prawo Cywilne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Polnisches Strafrecht <i>Polskie prawo karne</i>	30	0	im SoSe
Polnisches Strafrecht (Konversatorium) <i>Polskie prawo karne (konwersatorium)</i>	30	*	
Völkerrecht (DE) <i>Prawo międzynarodowe publiczne (DE)</i>	30	3	+
Grundlagenfach DE ²² <i>Zajęcia propedeutyczne DE</i>	30	3	+
Insgesamt / Łącznie:	330/360	27/30	4 oder 5 Prüfungen

4. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen /Egzaminy
Polnisches Zivilrecht I: Schuldrecht <i>Polskie prawo cywilne I: prawo zobowiązań</i>	30	6	+
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne I (konwersatorium)</i>	30	*	
Polnisches Strafrecht <i>Polskie prawo karne</i>	30	8	+
Polnisches Strafrecht (Konversatorium) <i>Polskie prawo karne (konwersatorium)</i>	30	*	
Deutsches Öffentliches Recht: GK II <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy II</i>	60	9	+
Deutsches Öffentliches Recht: GK II (AG) <i>Niemieckie Prawo Publiczne: Kurs podstawowy II (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Grundlagenseminar Zivilrecht/Strafrecht/Öffentliches Recht ²³ <i>Seminarium propedeutyczne: pr. cywilne/karne/publiczne</i>	30	9	+
Schlüsselqualifikation PL (Sprache der Gesetzgebung und der Rechtsprechung) <i>Kwalifikacje kluczowe PL (Język legislacji i orzecznictwa)</i>	30	3	+
Insgesamt / Łącznie:	270	35	5 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.

²² Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie (falls angeboten), Rechtstheorie. Abrechnung des deutschen Grundlagenfachs erfolgt nach dem 2. Studienjahr/4. Fachsemester.

Alternatywnie w 2. lub 3. semestrze do wyboru: Niemiecka lub Europejska Historia Prawa, Prawne podstawy integracji europejskiej, Filozofia prawa, Socjologia prawa, Teoria prawa. Rozliczenie zajęć propedeutycznych DE na UAM następuje po 2. roku.

²³ Eins von drei Grundlagenseminaren muss erfolgreich absolviert werden.

Należy zaliczyć jedno z trzech seminariów propedeutycznych.

III. STUDIENJAHR / III. ROK:

5. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen /Egzaminy
Polnisches Zivilrecht II: Sachenrecht <i>Polskie prawo cywilne II: prawo rzeczowe</i>	30	6	+
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne II (konwersatorium)</i>	30	*	
Polnisches Verwaltungsrecht <i>Polskie prawo administracyjne</i>	30	6	+
Polnisches Verwaltungsrecht (Konversatorium) <i>Polskie prawo administracyjne (konwersatorium)</i>	30	*	
Deutsches Öffentliches Recht: GK III <i>Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy III</i>	30	6	+
Deutsches Öffentliches Recht: GK III (AG) <i>Niemieckie prawo publiczne: Kurs podstawowy III (Ćwiczenia)</i>	30	*	
Europarecht (DE) <i>Prawo europejskie (DE)</i>	60	9	+
Europarecht (AG) (DE) <i>Prawo europejskie (Ćwiczenia) (DE)</i>	30	*	
Insgesamt / Łącznie:	270	27	4 Prüfungen

6. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen /Egzaminy
Polnisches Zivilrecht II: Erb- und Familienrecht <i>Polskie prawo cywilne II: prawo spadkowe i rodzinne</i>	30	6	+
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium) <i>Polskie prawo cywilne II (konwersatorium)</i>	30	*	
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht <i>Polskie postępowanie administracyjne</i>	45	6	+
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie administracyjne (konwersatorium)</i>	30	*	
Polnisches Wirtschaftsrecht <i>Polskie prawo gospodarcze</i>	30	5	+
Rechtsvergleichendes Seminar: Öffentliches Recht/Zivilrecht/Strafrecht ²⁴ <i>Seminarium prawnoporównawcze: Prawo cywilne/karne/publiczne</i>	30	12	+
Schlüsselqualifikation DE <i>Kwalifikacje kluczowe DE</i>	30	3	+
Insgesamt / Łącznie:	225	32	5 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

Do Arbeitsgemeinschaften oraz Konwersatoriów nie zostały przypisane punkty ECTS, gdyż stanowią one zajęcia towarzyszące do wykładów. Punkty przewidziane dla wykładów otrzymuje się dopiero wraz z zaliczeniem obu zajęć. Z uwagi na to całe obciążenie godzinowe jest sumą godzin wykładu i Arbeitsgemeinschaften/ Konwersatoriów oraz godzin nauki samodzielnej.

²⁴ Eins von drei rechtsvergleichenden Seminaren muss erfolgreich absolviert werden. Należy zaliczyć jedno z trzech seminariów prawnoporównawczych.

IV. STUDIENJAHR / IV. ROK:

7. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Polnisches Zivilprozessrecht <i>Polskie postępowanie cywilne</i>	30	0	im SoSe
Polnisches Arbeits- und Sozialrecht <i>Polskie prawo pracy i socjalne</i>	30	5	+
Polnisches Gesellschaftsrecht <i>Polskie prawo spółek</i>	30	5	+
Deutsches Gesellschaftsrecht <i>Niemieckie prawo spółek</i>	30	6	+
Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE albo PL)</i>	30	6	+
Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE albo PL)</i>	30	6	+
Praktikum <i>Praktyki</i>	90	3	
Insgesamt/ Łącznie:	270	31	5 Prüfungen

8. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Polnisches Zivilprozessrecht <i>Polskie postępowanie cywilne</i>	30	7	+
Polnisches Zivilprozessrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie cywilne (konwersatorium)</i>	30	*	
Polnisches Finanzrecht <i>Polskie prawo finansowe</i>	30	5	+
Polnisches Strafprozessrecht <i>Polskie postępowanie karne</i>	45	6	+
Polnisches Strafprozessrecht (Konversatorium) <i>Polskie postępowanie karne (konwersatorium)</i>	30	*	
Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE albo PL)</i>	30	6	+
Magistrandenseminar I <i>Seminarium magisterskie I</i>	30	10 ²⁵	
Praktikum <i>Praktyki</i>	90	3	
Insgesamt / Łącznie:	315	37	4 Prüfungen

²⁵ Die ECTS-Punkte für diese Lehrveranstaltung werden erst im 10. FS nach dem erfolgreichen Absolvieren der Magisterprüfung vergeben.
Punkty ECTS za te zajęcia przyznawane są dopiero w 10. Semestrze po zdaniu egzaminu magisterskiego.

V. STUDIENJAHR / V. ROK:

9. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Magistrandenseminar II <i>Seminarium magisterskie II</i>	30	10 ²⁶	
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Öffentliches Recht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo publiczne</i>	30	6	+
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Zivilrecht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo cywilne</i>	30	6	+
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Strafrecht <i>Strukturalne porównanie prawa niemieckiego i polskiego – prawo karne</i>	30	6	+
Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL) <i>Wykład pogłębiający do wyboru (DE albo PL)</i>	30	6	+
Praktikum <i>Praktyki</i>	60	2	
Insgesamt / Łącznie:	210	36	4 Prüfungen

10. Semester / Semestr

Bezeichnung der Lehrveranstaltung/ Nazwa przedmiotu	Zahl der Stunden / Liczba godzin	ECTS- Credits	Prüfungen / Egzaminy
Magistrandenseminar III <i>Seminarium magisterskie III</i>	30	10	
Schlüsselqualifikation DE <i>Kwalifikacje kluczowe DE</i>	30	3	+
Schlüsselqualifikation PL (Mediation im polnischen Zivil- und Strafrecht) <i>Kwalifikacje kluczowe PL (Mediacja w polskim prawie cywilnym i karnym)</i>	30	3	+
Fremdsprache B2 <i>Język obcy B2</i>	60	6 ²⁷	+
Magisterprüfung <i>Egzamin magisterski</i>			+
Insgesamt / Łącznie:	90	16	3 Prüfungen

Insgesamt / Łącznie: 2554 Stunden, 300 ECTS

²⁶ Die ECTS-Punkte für diese Lehrveranstaltung werden erst im 10. FS nach dem erfolgreichen Absolvieren der Magisterprüfung vergeben. Punkty ECTS za te zajęcia przyznawane są dopiero w 10. Semestrze po zdaniu egzaminu magisterskiego.

²⁷ Die Studierenden haben die Möglichkeit anstatt 2 in früheren Semestern angebotenen Schlüsselqualifikationen einen Fremdsprachenkurs B2 (60 h) bis zum 10. FS zu bestehen. Studujący mają możliwość zaliczenia do końca 10. semestru kursu języka obcego na poziomie B2 w wymiarze 60 godzin w miejsce 60 godzin kwalifikacji kluczowych.

Załącznik 3

Regulamin studiów Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu

(tekst ujednolicony na podstawie Uchwały nr 222/2018/2019 Senatu UAM z dnia 29 kwietnia 2019 r. oraz Uchwały nr 296/2018/2019 Senatu UAM z dnia 29 czerwca 2019 r.)

I. Zakres i zasady stosowania regulaminu

§ 1

Regulamin studiów, zwany dalej Regulaminem, określa organizację studiów oraz związane z nimi prawa i obowiązki studenta Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, zwanego dalej Uniwersytetem.

§ 2

1. Regulamin stosuje się do osoby korzystającej z praw studenta Uniwersytetu.
2. Prawa studenta nabywa się z chwilą złożenia ślubowania o treści wskazanej w statucie Uniwersytetu.
3. Prawa studenta traci się z chwilą:
 - 1) złożenia egzaminu dyplomowego z oceną pozytywną, z wyjątkiem osób, które ukończyły studia pierwszego stopnia i zachowują prawa do 31 października roku, w którym ukończyły te studia, z wyłączeniem prawa do następujących świadczeń: stypendium socjalnego, stypendium dla osób niepełnosprawnych, zapomogi oraz stypendium rektora;
 - 2) przeniesienia się do innej uczelni;
 - 3) skreślenia z listy studentów.

II. Organizacja studiów

1. Zasady ogólne

§ 3

Rok akademicki trwa od dnia 1 października do dnia 30 września następnego roku kalendarzowego i dzieli się na 2 semestry.

§ 4

Do dnia 30 kwietnia rektor Uniwersytetu określa terminy rozpoczęcia i zakończenia zajęć oraz terminy rozpoczęcia i zakończenia sesji egzaminacyjnej w ramach semestru zimowego i semestru letniego następnego roku akademickiego. Rektor Uniwersytetu określa również planowane dni wolne od zajęć dydaktycznych.

§ 5

Rektor Uniwersytetu może ustanowić w roku akademickim dni lub godziny wolne od zajęć.

§ 6

Dziekan może zawiesić zajęcia na wydziale w danym dniu lub w określonych godzinach. Decyzja dziekana, o której mowa w zdaniu poprzednim, dotyczy wszystkich zajęć, w tym odbywanych poza wydziałem.

§ 7

Dziekan określa na nowy rok akademicki plan zajęć oraz zasady podziału studentów na grupy zajęciowe z uwzględnieniem aktów wewnętrznych Uniwersytetu.

§ 8

Studia są prowadzone na określonym kierunku, poziomie i profilu na podstawie programu studiów.

§ 9

Program studiów nie może przewidywać więcej niż 8 egzaminów w roku akademickim, w tym nie więcej niż 5 egzaminów w semestrze, z wyłączeniem egzaminu dyplomowego.

§ 10

Wybrane przez studenta zajęcia do wyboru stają się dla niego zajęciami obowiązkowymi.

§ 11

1. W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na odbywanie przez studenta części studiów na innej uczelni, określając efekty uczenia się i punkty ECTS, które należy osiągnąć na innej uczelni, oraz termin ich zaliczenia.
2. Podstawą decyzji, o której mowa w ust. 1, jest wykaz zajęć, który student przedkłada dziekanowi po uzgodnieniu go z pełnomocnikiem dziekana właściwym w sprawach wymiany studenckiej.
3. W szczególnie uzasadnionym przypadku dziekan może zwolnić studenta z zaliczania zajęć objętych programem studiów w okresie odbywania przez studenta studiów na innej uczelni.

§

12

1. Władze Uniwersytetu zobowiązane są do podejmowania działań zmierzających do stwarzania studentom z niepełnosprawnościami warunków do pełnego udziału w procesie kształcenia, na zasadach określonych w odrębnych zarządzeniach rektora Uniwersytetu.
2. Studenci z niepełnosprawnościami mogą sporządzać dla własnych potrzeb notatki z zajęć z zastosowaniem środków technicznych odpowiednich dla ich niepełnosprawności.

2. Indywidualna organizacja studiów i indywidualny tok studiów

§ 13

1. W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na indywidualną organizację studiów.

2. Indywidualna organizacja studiów uprawnia studenta do uczestnictwa w zajęciach oraz zaliczania zajęć na warunkach i w terminach uzgodnionych indywidualnie z prowadzącymi zajęcia, w granicach danego roku akademickiego, jak również może uprawniać do nieuczestniczenia w zajęciach, co jednak nie zwalnia studenta z obowiązku ich zaliczenia.
3. Student, o którym mowa w ust. 2, powinien najpóźniej w terminie 14 dni przed terminem zaliczenia lub egzaminu dla ogółu grupy, zgłosić się do osoby prowadzącej zajęcia w celu ustalenia terminu zaliczenia.
4. W przypadku, gdy w ramach zgody na indywidualną organizację studiów student otrzymał uprawnienie do nieuczestniczenia w zajęciach, powinien zgłosić się do osoby prowadzącej zajęcia w terminie 14 dni od uzyskania decyzji w celu ustalenia warunków zaliczenia.
5. Za szczególnie uzasadnione przypadki, o których mowa w ust. 1, uważa się zwłaszcza:
 - 1) długotrwałą lub przewlekłą chorobę studenta;
 - 2) udział w projektach badawczych;
 - 3) realizację więcej niż jednego programu studiów;
 - 4) działalność w organach uczelni, w tym organach samorządu studenckiego.

§ 14

Studentce w ciąży i studentowi będącemu rodzicem dziekan udziela zgody na odbywanie studiów stacjonarnych według indywidualnej organizacji studiów zgodnie z zasadami określonymi w § 13 ust. 2-4.

§ 15

W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na jednoczesną realizację 2 kolejnych lat studiów. Jednoczesna realizacja 2 kolejnych lat studiów nie stanowi indywidualnej organizacji studiów, o której mowa w § 13 ust. 1.

§ 16

1. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów z bardzo dobrymi wynikami w nauce, rada ds. kształcenia szkoły dziedzinowej może zezwolić na indywidualny tok studiów, wyznaczając:
 - 1) treść indywidualnego programu studiów, który nie może prowadzić do obniżenia liczby punktów ECTS, efektów uczenia się wymaganych dla określonego kierunku, poziomu i profilu kształcenia;
 - 2) opiekuna naukowego, którym może być profesor albo doktor habilitowany.
2. Wniosek o zezwolenie na indywidualny tok studiów powinien wskazywać:
 - 1) wybranego opiekuna wraz z jego pisemną zgodą na opiekę naukową;
 - 2) wykaz zajęć składających się na indywidualny program studiów;
 - 3) zgodę innych wydziałów albo uczelni na zaliczenie zajęć, z których student zamierza uzyskać zaliczenie, jeżeli wnosi on o ich uwzględnienie w indywidualnym programie studiów.

3. Wniosek, o którym mowa w ust. 1, może również złożyć student I roku studiów drugiego stopnia, który ukończył studia pierwszego stopnia z bardzo dobrymi wynikami w nauce.

§ 17

Indywidualne studia międzydziedzinowe, indywidualne studia międzyobszarowe oraz studia realizowane w wyniku potwierdzenia efektów uczenia się odbywają się na zasadach określonych w regulaminie, z uwzględnieniem odrębnych w tym przedmiocie uchwał senatu.

3. Zaliczenie zajęć

§ 18

1. Dziekan wydziału prowadzącego dane zajęcia w porozumieniu z prowadzącym zajęcia lub egzaminatorem określa nie później niż na 14 dni od rozpoczęcia zajęć i niezwłocznie ogłasza w systemie USOS oraz na stronie internetowej jednostki:

- 1) warunki i tryb ich odbywania, przy czym można zobowiązać studentów I roku studiów pierwszego stopnia oraz jednolitych studiów magisterskich do obowiązkowego uczestnictwa w wykładzie;
- 2) warunki i tryb uzyskiwania zaliczenia oraz składania egzaminu.

2. Zaświadczenie lekarskie usprawiedliwia nieobecność na zajęciach. Pozostałe warunki usprawiedliwiania i odrabiania nieobecności na zajęciach określa prowadzący zajęcia.

3. Dziekan wydziału prowadzącego dane zajęcia w porozumieniu z egzaminatorem określa termin egzaminu lub zaliczenia w taki sposób, aby między ogłoszeniem terminu egzaminu lub zaliczenia a dniem egzaminu lub zaliczenia upłynęło co najmniej 30 dni, przy czym termin egzaminu poprawkowego nie może być wyznaczony później niż na 20 września.

4. Niedopełnienie obowiązków wynikających z ust. 1-3 stanowi naruszenie obowiązków pracowniczych.

§ 19

Egzaminy i zaliczenia odbywają się w miejscowości prowadzenia zajęć.

§ 20

Student przystępuje do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym przez prowadzącego terminie i obowiązany jest okazać, na żądanie egzaminatora lub prowadzącego zajęcia, dokument potwierdzający tożsamość, pod rygorem niedopuszczenia do zaliczenia albo egzaminu.

§ 21

1. Przy egzaminach i zaliczeniach stosuje się następującą skalę ocen:

- 1) bardzo dobry (*bdb*; 5,0);
- 2) dobry plus (*db plus*; 4,5);
- 3) dobry (*db*; 4,0);
- 4) dostateczny plus (*dst plus*; 3,5);
- 5) dostateczny (*dst*; 3,0);
- 6) niedostateczny (*ndst*; 2,0).

2. Przeliczenia oceny uzyskanej na innej uczelni według innej skali na ocenę według skali wskazanej w ust. 1 dokonuje dziekan.

§ 22 (*uchylono*)

§ 23

1. W przypadku, gdy student nie przystąpi do egzaminu lub zaliczenia w ustalonym terminie bez usprawiedliwionej przyczyny, egzaminator lub prowadzący zajęcia wpisuje ocenę niedostateczną (*per absentiam*). Wobec braku takiego wpisu do końca roku akademickiego, wskazaną ocenę wpisuje dziekan.
2. Usprawiedliwienie powinno być dostarczone przed terminem rozpoczęcia egzaminu. Student może przedstawić usprawiedliwienie drogą elektroniczną.

§ 24

Student może zapoznać się ze swoją ocenioną pracą pisemną w terminie 14 dni od ogłoszenia wyników w systemie USOS.

§ 25

1. Jeżeli warunkiem przystąpienia do egzaminu z zajęć jest zaliczenie innych obowiązkowych zajęć, to dopuszczenie studenta do egzaminu następuje po uprzednim zaliczeniu tych obowiązkowych zajęć.
2. W razie niedopuszczenia do egzaminu, o którym mowa w ust. 1, egzaminator wpisuje z egzaminu ocenę niedostateczną. Wobec braku takiego wpisu do końca roku akademickiego, ocenę, o której mowa w zdaniu poprzednim, wpisuje dziekan.

§ 26

W uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, złożony w terminie 21 dni od rozpoczęcia semestru, dziekan może zezwolić na zaliczanie przez studenta określonych zajęć przewidzianych w programie studiów w następnych semestrach.

§ 27

1. W przypadku potwierdzenia zbieżności uzyskanych efektów uczenia dziekan może, na wniosek studenta, uwzględnić zaliczenie zajęć i uznać punkty ECTS uzyskane przez niego w ramach studiów, odbywanych na innym kierunku lub na innej uczelni, w trybie nieobjętym porozumieniem zawartym pomiędzy tą uczelnią a Uniwersytetem lub decyzją, o której mowa w § 11.
2. Wniosek, o którym mowa w ust. 1, powinien być złożony nie później niż przed upływem 14 dni od rozpoczęcia semestru.

§ 28

Na wniosek studenta dziekan może, po zasięgnięciu opinii prowadzącego zajęcia, zaliczyć zajęcia na podstawie związanej z nimi pracy badawczej lub wdrożeniowej wykonanej przez studenta.

§ 29

W przypadku, gdy program studiów przewiduje złożenie pracy dyplomowej, uzyskanie zaliczenia z seminarium dyplomowego w ostatnim semestrze studiów następuje po złożeniu pracy dyplomowej w terminie.

§ 30

Wymagania dotyczące zajęć oraz zaliczeń i egzaminów w języku obcym, obowiązujące na danym kierunku studiów, są identyczne jak w języku polskim.

§ 30a

1. Oceny z egzaminów lub zaliczeń są wprowadzane do systemu USOS nie później niż do dnia: 31 marca (w semestrze zimowym w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym jest semestr studiów), 30 września (w semestrze letnim w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym jest semestr studiów lub w przypadku, gdy okresem rozliczeniowym jest rok studiów) danego roku akademickiego, z zastrzeżeniem ust. 2-4.
2. O ocenie z zaliczenia i egzaminu ustnego prowadzący zajęcia powiadamia studenta natychmiast po zakończeniu egzaminu lub zaliczenia. Ocena ta jest wprowadzana do systemu USOS nie później niż w ciągu 3 dni roboczych od daty egzaminu lub zaliczenia.
3. Oceny z egzaminu lub zaliczenia pisemnego są wprowadzane do systemu USOS niezwłocznie po ocenieniu prac pisemnych, jednak nie później niż w ciągu 14 dni od daty jego przeprowadzenia.
4. Jeżeli warunkiem przystąpienia do egzaminu z zajęć jest zaliczenie innych obowiązkowych zajęć, to oceny z zaliczenia tych zajęć wprowadzane są do systemu USOS nie później niż na 2 dni przed wyznaczonym terminem egzaminu.

4. Poprawkowe i komisyjne zaliczanie zajęć

§ 31

1. W przypadku otrzymania z zajęć oceny niedostatecznej, dziekan lub wskazana przez niego osoba może, na wniosek studenta, zezwolić na komisyjne zaliczenie zajęć.
2. Wniosek o komisyjne zaliczenie zajęć student może złożyć w terminie 7 dni od odmowy zaliczenia zajęć albo wpisania oceny niedostatecznej.
3. W przypadku uwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, zaliczenie odbywa się niezwłocznie przed komisją, w skład której wchodzi:
 - 1) dziekan lub osoba przez niego wskazana;
 - 2) osoba prowadząca dane zajęcia;
 - 3) inny specjalista z zakresu danego modułu (przedmiotu).
4. Na wniosek studenta zaliczenie odbywa się w obecności wskazanego przez studenta nauczyciela akademickiego wydziału lub przedstawiciela samorządu studenckiego w charakterze obserwatora.

5. W przypadku nieuwzględnienia wniosku, o którym mowa w ust. 2, dziekan wydaje uzasadnienie odmowy.

§ 32

1. W przypadku uzyskania na egzaminie oceny niedostatecznej, studentowi przysługuje jednorazowy egzamin poprawkowy, który nie może być przeprowadzony wcześniej niż przed upływem 7 dni od daty ogłoszenia wyników pierwszego egzaminu.
2. Uprawnienie, o którym mowa w ust. 1, dotyczy również zaliczenia, jednakże w przypadku skorzystania z tego uprawnienia, wyłączona jest możliwość złożenia wniosku, o którym mowa w § 31 ust. 1.

§ 33

1. W przypadku zakwestionowania przez studenta prawidłowości przebiegu egzaminu, dziekan może zezwolić na egzamin komisyjny.
2. Wniosek o egzamin komisyjny student może złożyć w terminie 7 dni od dnia ogłoszenia wyniku egzaminu.
3. Dziekan rozstrzyga wniosek, o którym mowa w ust. 2, w terminie 7 dni od dnia jego otrzymania.
4. W przypadku uwzględnienia wniosku o egzamin komisyjny, dziekan określa:
 - 1) miejsce i formę egzaminu;
 - 2) termin egzaminu, nie wcześniejszy niż 3 dni i nie późniejszy niż 14 dni od podjęcia decyzji;
 - 3) skład komisji egzaminacyjnej, którą stanowią: dziekan lub osoba przez niego upoważniona, egzaminator, który przeprowadzał poprzedni egzamin, oraz inny specjalista z zakresu modułu (przedmiotu) objętego egzaminem lub specjalności pokrewnej.
5. Na wniosek studenta egzamin odbywa się w obecności wskazanego przez studenta nauczyciela akademickiego wydziału lub przedstawiciela samorządu studenckiego w charakterze obserwatora.
6. Egzamin komisyjny może zostać zarządzony z inicjatywy dziekana. W takim przypadku postanowienia ust. 4 i 5 stosuje się odpowiednio.
7. Ocena z egzaminu komisyjnego jest ostateczna.

5. Powtarzanie zajęć

§ 34

1. Na wniosek studenta dziekan może zezwolić na powtórzenie zajęć niezaliczonych z powodu niezadowolających wyników w nauce:
 - 1) z jednoczesnym kontynuowaniem przez studenta studiów na roku wyższym, jeżeli liczba niezaliczonych przedmiotów nie przekracza 3;
 - 2) bez kontynuowania przez studenta studiów na roku wyższym.
2. W sytuacji określonej w ust. 1 pkt. 2 przepisu § 15 nie stosuje się.
3. W przypadku niezyskania zaliczenia, o którym mowa w § 29, przepisu ust. 1 pkt. 2 nie stosuje się.

4.

§ 35

1. Wniosek o powtarzanie zajęć student powinien złożyć najpóźniej w terminie 14 dni po zakończeniu roku akademickiego lub przedłużonej sesji egzaminacyjnej.
2. Zajęcia już powtarzane nie mogą być powtarzane po raz drugi.
3. Zajęcia powtarzane muszą być zaliczone w następnym roku akademickim w pełnym zakresie przewidzianym programem studiów.

§ 36

Rada programowa kierunku studiów może określić zajęcia na danym kierunku studiów, co do których nie może zostać zastosowany tryb, o którym mowa w § 34 ust. 1 pkt. 1. Ograniczenie, o którym mowa w zdaniu poprzednim, nie może obejmować więcej niż połowę wszystkich zajęć wskazanych w programie studiów.

6. Zaliczenie semestru i roku studiów

§ 37

Student zalicza semestr i rok studiów w terminach określonych przez rektora na dany rok akademicki.

§ 38

Zaliczenie semestru i roku studiów dziekan potwierdza w karcie okresowych osiągnięć studenta będącej wydrukiem z systemu USOS.

§ 39

1. Na wniosek studenta dziekan może jednokrotnie zezwolić na przedłużenie sesji egzaminacyjnej nie dłużej niż o miesiąc, z zastrzeżeniem ust. 2.
2. W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może dodatkowo zezwolić jednokrotnie na przedłużenie sesji egzaminacyjnej, jednak nie dłużej niż o miesiąc.

§ 40

1. W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na zaliczenie semestru lub roku studiów tylko na podstawie zaliczeń i egzaminów uzyskanych na innej uczelni lub na innym kierunku lub wydziale.
2. W przypadku, gdy zachodzą różnice programowe między programami studiów, odbytych na innej uczelni oraz na innym kierunku, i realizowanych na Uniwersytecie, dziekan wyznacza zajęcia uzupełniające te różnice oraz termin ich zaliczenia.

7. Praktyki studenckie

§ 41

Rada programowa kierunku studiów określa zasady organizowania, odbywania, nadzorowania i zaliczania obowiązkowych oraz nieobowiązkowych praktyk studenckich na danym kierunku studiów, z uwzględnieniem obowiązujących w tym zakresie zarządzeń rektora Uniwersytetu.

8. Urlop od zajęć

§ 42

1. W szczególnie uzasadnionym przypadku, jednak nie więcej niż dwa razy w trakcie realizowanych studiów na danym poziomie, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na długoterminowy urlop od zajęć w uczelni na okres nie dłuższy niż 12 miesięcy.
2. Udzielenie długoterminowego urlopu od zajęć przedłuża termin ukończenia studiów.

§ 43

W szczególnie uzasadnionym przypadku, na wniosek studenta, dziekan może zezwolić na udział studenta przebywającego na długoterminowym urlopie od zajęć w określonych zajęciach oraz przystępowanie do określonych zaliczeń i egzaminów.

§ 44

1. Studentce w ciąży i studentowi będącemu rodzicem dziekan udziela zgody na urlop od zajęć oraz urlop od zajęć z możliwością udziału i przystępowania do określonych zaliczeń i egzaminów.
2. Student będący rodzicem składa wniosek o urlop od zajęć, o którym mowa w ust. 1, w okresie 1 roku od dnia urodzenia dziecka.
3. Urlopu, o którym mowa w ust. 1, dla:
 - 1) studentki w ciąży udziela się na okres do dnia urodzenia dziecka,
 - 2) studenta będącego rodzicem udziela się na okres do 1 roku,- z tym, że jeżeli koniec urlopu przypada w trakcie semestru, urlop może być przedłużony do końca tego semestru.

§ 45

1. W przypadku planowanych wyjazdów krajowych lub zagranicznych organizowanych przez uczelnię, samorząd studencki lub inne uczelniane organizacje studenckie, jednak nie więcej niż dwa razy w trakcie realizowanych studiów na danym poziomie, dziekan może zezwolić na krótkoterminowy urlop od zajęć w uczelni na okres wyjazdu, jednak nie dłuższy niż 2 miesiące.
2. Udzielenie urlopu krótkoterminowego nie przedłuża terminu zaliczenia semestru lub roku.
3. Dziekan może zezwolić studentowi na urlop krótkotrwały także z uzasadnionych przyczyn o charakterze osobistym (np. śmierć członka rodziny) lub zdrowotnym.

§ 46

Nie udziela się urlopu z mocą wsteczną.

9. Zmiana studiów

§ 47

1. Na wniosek studenta, który zaliczył I rok studiów, dziekan może zezwolić na:
 - 1) zmianę specjalności na danym kierunku studiów;
 - 2) zmianę kierunku studiów;
 - 3) przeniesienie studenta na studia stacjonarne albo niestacjonarne, z zastrzeżeniem ust. 3.
2. Wniosek, o którym mowa w ust. 1, może być również złożony przez studenta I roku studiów drugiego stopnia.
3. Przeniesienie na studia stacjonarne możliwe jest wyłącznie dla studenta z bardzo dobrymi wynikami w nauce.

§ 48

W przypadku, gdy kierunek studiów, o którym mowa w § 47, prowadzony jest na innym wydziale, decyzje podejmuje dziekan tego wydziału.

§ 49

Student, za zgodą dziekana, może przenieść się na studia z innej uczelni lub uczelni zagranicznej; przepisy § 47 stosuje się odpowiednio.

§ 50

Student może przenieść się do innej uczelni za jej zgodą, pod warunkiem wypełnienia swoich obowiązków na Uniwersytecie.

10. Skreślenie z listy studentów

§ 51

Studenta skreśla się z listy studentów w przypadku:

- 1) niepodjęcia studiów;
- 2) rezygnacji ze studiów;
- 3) niezłożenia w terminie pracy dyplomowej;
- 4) niezłożenia w terminie egzaminu dyplomowego;
- 5) ukarania karą dyscyplinarną wydalenia z uczelni.

§ 52

Student może być skreślony z listy studentów w przypadku:

- 1) stwierdzenia braku udziału w obowiązkowych zajęciach;
- 2) stwierdzenia braku postępów w nauce;
- 3) nieuzyskania zaliczenia semestru albo roku w określonym terminie;
- 4) niewniesienia opłat związanych z odbywaniem studiów.

§ 53

1. Okoliczności, o których mowa w § 51 i § 52, ustala się w odrębnym postępowaniu w sprawie skreślenia studenta z listy studentów.
2. Postępowanie, o którym mowa w ust. 1, wszczynają dziekan, zawiadamiając o tym studenta.
3. Zawiadomienie, o którym mowa w ust. 2, powinno zawierać:
 - 1) oznaczenie organu wszczynającego postępowanie;
 - 2) datę wydania;
 - 3) oznaczenie adresata;
 - 4) uzasadnienie faktyczne i prawne wszczęcia postępowania;
 - 5) pouczenie o prawie złożenia wyjaśnień w terminie 14 dni od otrzymania zawiadomienia i trybie ich złożenia.
4. Przed wydaniem decyzji zawiadamia się studenta o możliwości wypowiedzenia się co do zebranych dowodów i materiałów w terminie co najmniej 7 dni od dnia otrzymania zawiadomienia.

11. Wznowienie studiów

§ 54

1. Dziekan może jednorazowo zezwolić na wznowienie studiów przez studenta, który został skreślony z listy studentów po zaliczeniu I roku studiów.
2. W decyzji o wznowieniu studiów dziekan określa rok studiów, na który student zostaje przyjęty, oraz może określić dodatkowe warunki wznowienia. W szczególności w przypadku konieczności odbywania studiów na podstawie nowego programu studiów, dziekan może zarządzić obowiązek uzupełnienia zaległości wynikających z różnic w programach studiów.
3. W przypadku ponownego skreślenia studenta, o którym mowa w ust. 1, wznowienie studiów może nastąpić:
 - 1) w formie studiów niestacjonarnych – na podstawie decyzji dziekana, z zastrzeżeniem ust. 4;
 - 2) w formie studiów stacjonarnych – na podstawie decyzji rektora.
4. Dziekan może nie wyrazić zgody na ponowne wznowienie studiów w formie studiów niestacjonarnych, o którym mowa w ust. 3, jeżeli poprzednie skreślenie studenta ze studiów nastąpiło z powodu stwierdzenia braku postępów w nauce lub niewniesienia opłat związanych z odbywaniem studiów.

§ 55

Na wniosek studenta dziekan zezwala na wznowienie studiów wyłącznie w celu przeprowadzenia egzaminu dyplomowego, jeżeli zostały spełnione warunki, o których mowa w § 63.

§ 56

Ponowne przyjęcie na studia osoby, która została skreślona z listy studentów I roku studiów, następuje wyłącznie na ogólnych zasadach rekrutacji na studia, określonych przez senat Uniwersytetu.

III. Ukończenie studiów

1. Przygotowanie i złożenie pracy dyplomowej

§ 57

Przez pracę dyplomową rozumie się pracę licencjacką albo inżynierską oraz pracę magisterską.

§ 58

1. Pracę magisterską student przygotowuje pod kierunkiem profesora albo profesora uczelni.
2. Pracę licencjacką albo inżynierską student przygotowuje pod kierunkiem nauczyciela akademickiego co najmniej ze stopniem naukowym doktora.
3. W szczególnie uzasadnionym przypadku rada programowa kierunku studiów może upoważnić do kierowania pracą magisterską nauczyciela akademickiego ze stopniem doktora zatrudnionego w grupie pracowników badawczo-dydaktycznych lub badawczych na stanowisku innym niż określone w ust. 1.
4. W przypadku, o którym mowa w ust. 3, dziekan wyznacza recenzenta w osobie profesora albo profesora uczelni.
5. W przypadku, gdy student chce wykonać pracę dyplomową pod kierunkiem nauczyciela akademickiego z innej uczelni albo pracownika spoza Uniwersytetu, rada programowa kierunku studiów może upoważnić taką osobę do współkierowania tą pracą, przy jednoczesnym powołaniu uprawnionego nauczyciela akademickiego z danej jednostki organizacyjnej do pełnienia tej funkcji z ramienia Uniwersytetu. Pracownik zewnętrzny ocenia pracę i pisze recenzję.

§ 59

1. Rektor Uniwersytetu określa zasady składania i archiwizacji prac dyplomowych z wykorzystaniem systemu Archiwum Prac Dyplomowych (APD) oraz wzór oświadczenia o samodzielnym napisaniu pracy dyplomowej i zgodności wersji elektronicznej pracy dyplomowej z wersją drukowaną.
2. Dziekan może określić szczegółowe zasady funkcjonowania Archiwum Prac Dyplomowych (APD) na danym wydziale.

§ 60

Student składa pracę dyplomową w dziekanacie nie później niż do 30 września ostatniego semestru studiów, a pracę inżynierską na studiach trwających 7 semestrów – do 31 marca. Termin ten jest terminem ostatecznym i nie ulega przedłużeniu. W przypadku, gdy termin złożenia pracy dyplomowej, o którym mowa w zdaniu pierwszym, przypada na dzień wolny od pracy, ulega on przesunięciu na następny dzień roboczy.

§ 61

Oceny pracy dyplomowej dokonuje kierujący pracą oraz powołany przez dziekana recenzent. Do recenzentów stosuje się odpowiednio postanowienia § 58.

2. Egzamin dyplomowy

§ 62

Przez egzamin dyplomowy rozumie się egzamin licencjacki albo inżynierski oraz egzamin magisterski.

§ 63

1. Warunkiem dopuszczenia do egzaminu dyplomowego jest:
 - 1) spełnienie wszystkich wymagań wynikających z programu studiów oraz zasad składania i archiwizacji prac dyplomowych, o których mowa w § 59;
 - 2) uzyskanie pozytywnych recenzji pracy dyplomowej, jeśli praca taka została przewidziana w programie studiów.
2. W przypadku, gdy jedna z recenzji pracy dyplomowej nie jest pozytywna, dziekan może zezwolić na dopuszczenie studenta do egzaminu dyplomowego. Dziekan może w tej sprawie zasięgnąć opinii drugiego recenzenta.

§ 64

1. Na wniosek promotora lub z własnej inicjatywy dziekan wyznacza recenzenta, termin egzaminu dyplomowego oraz skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy, który powinien odbyć się najpóźniej w terminie 3 miesięcy od daty złożenia pracy dyplomowej.
2. Na wniosek studenta dziekan może wyznaczyć termin egzaminu dyplomowego, przekraczający termin, o którym mowa w ust. 1.

§ 65

Rada programowa kierunku studiów określa zakres egzaminu dyplomowego oraz formę i sposób jego przeprowadzania.

§ 66

1. W skład komisji przeprowadzającej egzamin magisterski wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona;
 - 2) kierujący pracą dyplomową;
 - 3) recenzent pracy dyplomowej, a w przypadku określonym w § 63 ust. 2, również dodatkowy recenzent.
2. Jeżeli program studiów przewiduje złożenie pracy licencjackiej lub inżynierskiej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona;
 - 2) kierujący pracą dyplomową;
 - 3) recenzent pracy dyplomowej, a w przypadku określonym w § 63 ust. 2, również dodatkowy recenzent.
3. Jeżeli program studiów nie przewiduje złożenia pracy licencjackiej lub inżynierskiej, w skład komisji przeprowadzającej egzamin dyplomowy wchodzi:
 - 1) dziekan albo osoba przez niego upoważniona;
 - 2) specjaliści, reprezentujący dyscyplinę lub dyscypliny naukowe przyporządkowane do kierunku studiów, wskazani przez dziekana, w liczbie co najmniej dwóch.
4. Przewodniczącym komisji, o której mowa w ust. 1, 2 i 3, jest dziekan albo osoba przez niego upoważniona.

§ 67

Przy ocenie pracy dyplomowej oraz wyniku egzaminu dyplomowego stosuje się skalę ocen określoną w § 21 ust. 1 oraz zasadę określoną w § 70.

§ 68

1. W przypadku uzyskania oceny niedostatecznej lub nieusprawiedliwionego nieprzystąpienia do egzaminu dyplomowego w ustalonym terminie, dziekan wyznacza drugi termin egzaminu jako ostateczny.
2. Powtórny egzamin dyplomowy może odbyć się nie wcześniej niż przed upływem 1 miesiąca i nie później niż po upływie 3 miesięcy od daty pierwszego egzaminu.

3. Wynik studiów

§ 69

Ostateczny wynik studiów określa suma uzyskana przez dodanie:

- 1) na studiach, na których student zobowiązany jest złożyć pracę dyplomową:
 - a) $\frac{3}{5}$ średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) $\frac{1}{5}$ oceny pracy dyplomowej stanowiącej średnią ocen wystawionych przez promotora i recenzenta; § 21 ust. 1 oraz § 70 stosuje się odpowiednio;
 - c) $\frac{1}{5}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego.
- 2) na studiach, na których student nie jest zobowiązany do złożenia pracy dyplomowej:
 - a) $\frac{3}{4}$ średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) $\frac{1}{4}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego.
- 3) na kierunkach artystycznych, na których student zobowiązany jest złożyć pracę dyplomową:
 - a) $\frac{3}{6}$ średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) $\frac{1}{6}$ oceny pracy dyplomowej stanowiącej średnią ocen wystawionych przez promotora i recenzenta; § 21 ust. 1 oraz § 70 stosuje się odpowiednio;
 - c) $\frac{1}{6}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część teoretyczna);
 - d) $\frac{1}{6}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część artystyczna).
- 4) na kierunkach artystycznych, na których student nie jest zobowiązany do złożenia pracy dyplomowej:
 - a) $\frac{4}{6}$ średniej wszystkich uzyskanych ocen;
 - b) $\frac{1}{6}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część teoretyczna);
 - c) $\frac{1}{6}$ końcowej oceny egzaminu dyplomowego (część artystyczna).

§ 70

W dyplomie ukończenia studiów wpisuje się ich ostateczny wynik określany zgodnie z zasadą:

- 1) do 3,40 – dostateczny;
- 2) powyżej 3,40 do 3,80 – dostateczny plus;
- 3) powyżej 3,80 do 4,20 – dobry;
- 4) powyżej 4,20 do 4,60 – dobry plus;
- 5) powyżej 4,60 – bardzo dobry.

IV. Rozstrzyganie spraw studenckich

§ 71

1. Indywidualne sprawy studenckie związane z przebiegiem studiów niewymagające rozstrzygnięcia w drodze decyzji administracyjnej, dziekan rozstrzyga, na wniosek studenta, w drodze zarządzenia w formie pisemnej lub formie wiadomości elektronicznej bądź w systemie USOS.
2. Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, powinno zawierać:
 - 1) oznaczenie organu wydającego zarządzenie;
 - 2) datę wydania;
 - 3) oznaczenie adresata;
 - 4) rozstrzygnięcie;
 - 5) pouczenie o prawie odwołania oraz zasadach jego złożenia.
3. Zarządzenie, o którym mowa w ust. 1, doręcza się studentowi za potwierdzeniem odbioru, osobiście albo na pisemny wniosek studenta listem poleconym. Doręczenie listem poleconym wysyłane jest na adres wskazany przez studenta we wniosku o wydanie decyzji.
4. Od zarządzenia, o którym mowa w ust. 1, przysługuje w terminie 14 dni od dnia jego doręczenia odwołanie do rektora, które składa się za pośrednictwem organu wydającego zarządzenie. Organ ten może dołączyć do odwołania swoją opinię w sprawie.

§ 72

Student albo grupa studentów może występować przed organami Uniwersytetu w swoich sprawach objętych przebiegiem studiów za pośrednictwem pisemnie upoważnionego przedstawiciela samorządu studentów.

V. Przepisy przejściowe

§ 73

1. Decyzje podjęte na podstawie regulaminu studiów, o którym mowa w § 77, oraz na podstawie aktów prawnych wydanych na jego podstawie, pozostają w mocy, jednak nie dłużej niż do dnia 30 września 2020 r.
2. W przypadku, gdy student złożył wniosek w swojej sprawie w czasie obowiązywania regulaminu studiów, o którym mowa w § 77, to decyzja zostaje podjęta zgodnie z tym regulaminem studiów.

VI. Przepisy końcowe

§ 74

Właściwa rada podejmuje obowiązkowe uchwały, o których mowa w regulaminie, najpóźniej do dnia 30 września, a wchodzi one w życie od następnego roku akademickiego.

§ 75

Ilekcioć w Regulaminie studiów jest mowa o radzie programowej kierunku studiów, rozumie się przez to również radę programową grupy kierunków studiów.

§ 76

Postanowienia regulaminu dotyczące wydziału oraz dziekana wydziału odnoszą się odpowiednio do filii oraz dyrektora filii.

§ 77

Traci moc Regulamin studiów Uniwersytetu im. A. Mickiewicza w Poznaniu (tekst jednolity – Obwieszczenie nr 6/2015 Senatu Uniwersytetu im. A. Mickiewicza w Poznaniu z dnia 28 września 2015 r.).

§ 78

Regulamin wchodzi w życie z dniem 1 października 2019 r.

Anlage 3

Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań

(Konsolidierte Fassung der Beschlüsse des Senats der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań Nr. 222/2018/2019 vom 29. April 2019 und Nr. 296/2018/2019 vom 29. Juni 2019)

I. Anwendungsbereich sowie Anwendungsgrundsätze

§ 1

Die Studienordnung, im weiteren „Ordnung“ genannt, regelt die Organisation vom Studium und die damit verbundenen Rechte und Pflichten des Studierenden der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, im weiteren „Universität“ genannt.

§ 2

1. Diese Ordnung gilt für eine Person, die Studierendenrechte der Universität ausübt.
2. Studierendenrechte werden mit der Ablegung des im Statut der Universität inhaltlich festgelegten Gelöbnisses erworben.
3. Studierendenrechte erlöschen mit:
 - 1) Ablegen der Diplomprüfung mit einem positiven Ergebnis, mit Ausnahme von Personen, die das Studium des ersten Grades abgeschlossen haben und ihre Studierendenrechte bis zum 31. Oktober des Jahres, in dem das Studium endete, beibehalten, mit Ausnahme der folgenden Leistungen: Sozialstipendium, Stipendium für Menschen mit Behinderung, Beihilfe und Rektorstipendium.
 - 2) Wechsel der Hochschule;
 - 3) Streichung von der Studierendenliste.

II. Organisation des Studiums Allgemeine Regeln

§ 3

Das akademische Jahr dauert vom 1. Oktober bis 30. September des folgenden Kalenderjahres und besteht aus 2 Semestern.

§ 4

Bis zum 30. April bestimmt der Rektor der Universität den Anfang und das Ende der Vorlesungszeit, sowie der Prüfungsperiode im Winter- und im Sommersemester für das kommende akademische Jahr. Der Rektor der Universität bestimmt auch die geplanten Feiertage, an denen keine Lehrveranstaltungen stattfinden.

§ 5

Der Rektor der Universität kann im akademischen Jahr lehrveranstaltungsfreie Tage oder Stunden anordnen.

§ 6

Der Dekan kann an einem bestimmten Tag oder zu einer bestimmten Uhrzeit den Lehrbetrieb in der Fakultät aussetzen. Diese Entscheidung betrifft alle Lehrveranstaltungen, auch die, die außerhalb der Fakultät stattfinden.

§ 7

Mit Beachtung der internen Rechtsakte der Universität bestimmt der Dekan den Lehrveranstaltungsplan für das neue akademische Jahr sowie Regeln für die Zuordnung der Studierenden zu den Lehrveranstaltungsgruppen.

§ 8

Das Studium wird in dem jeweiligen Studiengang, Niveau und Profil auf der Basis des Studienprogramms geführt.

§ 9

Ein Studienprogramm darf nicht mehr als 8 Prüfungen in einem akademischen Jahr und nicht mehr als 5 Prüfungen in einem Semester vorsehen, mit Ausnahme der Diplomprüfung.

§ 10

Die vom Studierenden gewählten Wahlveranstaltungen gelten für ihn als Pflichtveranstaltungen.

§ 11

1. Im begründeten Fall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden das Absolvieren eines Teils des Studiums an einer anderen Hochschule genehmigen, indem er die Lerneffekte und ECTS-Punkte festlegt, die an einer anderen Hochschule zu erwerben sind, und eine Frist dafür bestimmt.
2. Grundlage der in Absatz 1 genannten Entscheidung ist eine Lehrveranstaltungsaufstellung, die dem Dekan durch den Studierenden nach Absprache mit dem Beauftragen des Dekans für den studentischen Austausch vorzulegen wird.
3. In einem begründeten Sonderfall, kann der Dekan den Studierenden während seines Studiums an einer anderen Hochschule vom Absolvieren der im Studienprogramm vorgesehenen Lehrveranstaltungen befreien.

§ 12

1. Die Leitung der Universität ist aufgrund der Anordnungen des Rektors der Universität verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, die dazu dienen, Studierenden mit Behinderung eine vollständige Teilnahme am Lehrprozess zu ermöglichen.
2. Ein Studierender mit Behinderung darf für den eigenen Bedarf Notizen in den Lehrveranstaltungen unter Anwendung der im Hinblick auf seine Behinderung notwendigen technischen Mittel anfertigen.

2. Individuelle Studienorganisation und individueller Studienverlauf

§ 13

1. In einem besonders begründeten Fall, kann der Dekan auf Antrag eines Studierenden eine individuelle Organisation des Studiums bewilligen.
2. Die individuelle Organisation des Studiums berechtigt den Studierenden, unter den mit dem für eine Lehrveranstaltung zuständigen Dozenten individuell abgestimmten Voraussetzungen und in individuell festgelegten Terminen innerhalb eines akademischen Jahres an Lehrveranstaltungen teilzunehmen und diese zu absolvieren. Ein Studierender kann auch von der Pflicht zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen befreit werden, ohne dass er von der Pflicht zum deren Absolvieren freigestellt wird.

3. Der in Abs. 2 genannte Studierende soll sich innerhalb einer Frist von 14 Tagen vor dem Termin zur Erbringung der Abschlussleistung oder der für eine Gesamtgruppe bestimmten Prüfung bei dem Dozierenden der Lehrveranstaltung melden, um den Termin für das Absolvieren festzulegen.
4. In Fall der Befreiung von der Teilnahmepflicht in Rahmen einer individuellen Organisation des Studiums, soll sich der Studierende innerhalb einer Frist von 14 Tagen ab dem Tag der Erlangung der Entscheidung bei dem Dozenten der Lehrveranstaltung melden, um die Bedingungen für das Absolvieren festzulegen
5. Als besonders begründete Fälle nach Abs. 1 gelten insbesondere:
 - 1) langdauernde oder langwierige Krankheit eines Studierenden;
 - 2) Teilnahme an Forschungsprojekten;
 - 3) Studieren in mehr als einem Studienprogramm;
 - 4) Beteiligung an Organen der Hochschule, inklusive der studentischen Selbstverwaltung.

§ 14

Der Dekan bewilligt eine individuelle Organisation des Präsenzstudiums für schwangere Studentinnen oder für studierende Eltern gem. § 13 Abs. 2-4.

§ 15

In einem besonders begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag eines Studierenden das gleichzeitige Absolvieren von 2 nacheinander folgenden Studienjahren zulassen. Das gleichzeitige Absolvieren von 2 nacheinander folgenden Studienjahren stellt keine individuelle Studienorganisation nach § 13 Abs. 1 dar.

§ 16

1. Auf Antrag eines Studierenden, der das erste Studienjahr mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen hat, kann der Fachschulrat für die Ausbildung einen individuellen Studienverlauf bewilligen, indem er folgendes anordnet:
 - 1) den Inhalt eines individuellen Lehrprogramms, das nicht zur Verringerung der ECTS-Punkte, der Lehrergebnisse für den jeweiligen Studiengang, das jeweilige Studienniveau oder das jeweilige Studienprofil führen darf;
 - 2) die Bestellung eines Professors oder eines habilitierten Wissenschaftlers als wissenschaftlichen Betreuer;
2. Der Antrag auf individuellen Studienverlauf hat folgende Angaben zu enthalten:
 - 1) die Person des gewählten Betreuers und sein schriftliches Einverständnis zur wissenschaftlichen Betreuung;
 - 2) das Verzeichnis der für den individuellen Studienprogramm festgelegten Lehrveranstaltungen;
 - 3) die Einverständniserklärung anderer Fakultäten oder Hochschulen zur Erbringung von Abschlussleistungen in Lehrveranstaltungen, die der Studierende zu absolvieren beabsichtigt, soweit der Studierende die Berücksichtigung dieser Module (Fächer) in dem individuellen Studienprogramm beantragt.
3. Den Antrag nach Absatz 1 kann auch ein Studierender des ersten Studienjahres im Studium des zweiten Grades stellen, sofern er das Studium des ersten Grades mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen hat.

§ 17

Das individuelle interdisziplinäre Studium, das individuelle bereichsübergreifende Studium sowie das unter Bestätigung der Lerneffekte durchgeführte Studium finden nach Maßgabe der in der Ordnung festgelegten Bestimmungen, unter Berücksichtigung anderweitiger Beschlüsse des Senats, statt.

3. Absolvieren der Lehrveranstaltungen

§ 18

1. Der Dekan der Fakultät, die die jeweilige Lehrveranstaltung anbietet, legt in Absprache mit dem Dozenten der Lehrveranstaltung oder mit dem Prüfer spätestens vierzehn Tage nach dem Beginn der Vorlesungszeit folgendes fest und macht es unverzüglich auf dem USOS-System sowie auf der Internetseite der Einheit bekannt:
 - 1) Voraussetzungen sowie die Art und Weise der Durchführung der Lehrveranstaltung, wobei Studierenden des ersten Studienjahres im Studium des ersten Grades sowie des einheitlichen Magisterstudiums verpflichtet werden können, an einer Vorlesung teilzunehmen;
 - 2) Voraussetzungen und Verfahren für das Erlangen einer Anrechnung sowie die Ablegung einer Prüfung;
2. Der ärztliche Attest entschuldigt eine Abwesenheit in einer Lehrveranstaltung. Die restlichen Bedingungen der Entschuldigung und Nachholen der Abwesenheit bestimmt der Dozent.
3. Der Dekan der Fakultät, die die jeweilige Lehrveranstaltung anbietet, bestimmt in Absprache mit dem Dozenten der Lehrveranstaltung den Termin der Prüfung oder Anrechnung, sodass es zwischen der Bekanntgabe des Termins der Prüfung oder Anrechnung und dem Tag der Prüfung oder Anrechnung mindestens 30 Tage gibt, wobei die Wiederholungsprüfung nicht später als am 20. September stattfinden darf.
4. Die Nichterfüllung der in Abs. 1 bis 3 geregelten Pflichten stellt die Verletzung von Arbeitnehmerpflichten dar.

§ 19

Prüfungen und Anrechnungen finden am Lehrveranstaltungsort statt.

§ 20

1. Der Studierende hat die Prüfung und die Anrechnung zu einem vom Dozenten festgelegten Termin zu erbringen und ist dazu verpflichtet, auf Aufforderung des Prüfers oder des Dozenten, zwecks Zulassung zur Prüfung oder Anrechnung ein seine Identität bestätigendes Dokument vorzuzeigen.

§ 21

1. Bei Prüfungen und Anrechnungen ist folgende Notenskala zu verwenden:
 - 1) sehr gut (bdb; 5,0)
 - 2) gut plus (db plus; 4,5);
 - 3) gut (db; 4,0);
 - 4) ausreichend plus (dst plus; 3,5);
 - 5) ausreichend (dst; 3,0);
 - 6) nicht ausreichend (ndst; 2,0).
2. Die Umrechnung der an einer anderen Hochschule und nach einer anderen Notenskala erworbenen Noten wird gemäß der Notenskala nach Absatz 1 durch den Dekan vorgenommen.

§ 22 (entfallen)

§ 23

1. Nimmt der Studierende ohne einen Entschuldigungsgrund an einer Prüfung oder an einer Anrechnung am vorgeschriebenen Termin nicht teil, trägt der Prüfer oder der zuständige Dozent die Note „nicht ausreichend“ (*per absentiam*) ein. Im Falle des Fehlens einer entsprechenden Eintragung bis zum Ablauf des akademischen Jahres wird die vorgenannte Note vom Dekan eingetragen.
2. Die Entschuldigung soll vor dem Prüfungsbeginn vorgelegt werden. Dies kann auch elektronisch erfolgen.

§ 24

Der Studierende kann in seine bewertete schriftliche Prüfungsleistung innerhalb von 14 Tagen nach der Bekanntgabe der Benotung im USOS-System Einsicht nehmen.

§ 25

1. Wenn ein vorheriges Absolvieren einer Pflichtlehrveranstaltung die Voraussetzung für die Teilnahme an einer Prüfung in einer anderen Lehrveranstaltung ist, dann erfolgt die Zulassung zur Prüfung erst nach Absolvieren der Pflichtveranstaltung.
2. Wird ein Studierender zu der im Absatz 1 genannten Prüfung nicht zugelassen, wird diesbezüglich vom Prüfer die Note „nicht ausreichend“ eingetragen. Erfolgt bis zum Ende des akademischen Jahres keine Eintragung, so wird diese vom Dekan vorgenommen.

§ 26

Auf einen innerhalb von 21 Tagen nach Semesterbeginn gestellten Antrag, kann der Dekan in begründeten Fällen zulassen, dass ein Studierender eine bestimmte, im Studienprogramm für die nächsten Semester vorgesehene Lehrveranstaltung absolviert.

§ 27

1. Auf Antrag eines Studierenden kann der Dekan bei Feststellung der Gleichwertigkeit erworbener Lerneffekte, das Absolvieren einer Lehrveranstaltung und den Erwerb der ECTS-Punkte anerkennen, wenn diese im Rahmen eines anderen Studienganges betriebenen Studiums oder an einer anderen Hochschule, jedoch nicht nach einem durch eine Hochschulvereinbarung zwischen der Universität und der anderer Hochschule vorgesehen Plan oder nicht im Wege einer im § 11 geregelten Entscheidung abgeschlossen wurde.
2. Der im Absatz 1 genannte Antrag soll spätestens innerhalb von 14 Tagen nach dem Beginn des Semesters eingereicht werden.

§ 28

Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden und nach Stellungnahme des Dozenten den Abschluss einer Lehrveranstaltung durch die Anfertigung einer mit dem Fach verbundenen Forschungsarbeit oder praxisbezogenen wissenschaftlichen Arbeit bestätigen.

§ 29

Wenn das Studienprogramm die Einreichung einer Diplomarbeit vorsieht, erfolgt der erfolgreiche Abschluss des Diplomseminars im letzten Studiensemester erst nach der Einreichung der Diplomarbeit.

§ 30

Die Voraussetzungen für die Durchführung von Lehrveranstaltungen, Anrechnungen und Prüfungen in einer Fremdsprache, die in einem Studiengang gelten, sind dieselben wie diese, die für die polnischsprachigen Lehrveranstaltungen gelten.

§ 30a

1. Die Prüfungs- oder die Anrechnungsnoten werden in das USOS-System spätestens bis zum: 31. März (betrifft Wintersemester, wenn der Abrechnungszeitraum aus einem Studiensemester besteht), 30. September (betrifft Sommersemester, wenn der Abrechnungszeitraum aus einem Studiensemester oder aus einem Studienjahr besteht) des jeweiligen akademischen Jahres, unter Vorbehalt von Abs. 2-4, eingetragen.
2. Der zuständige Dozent informiert einen Studierenden über die Benotung einer mündlichen Prüfung oder einer mündlichen Anrechnung unverzüglich nach deren Beendigung. Die Note wird spätestens innerhalb von drei Arbeitstagen, gerechnet ab dem Prüfungs- oder Anrechnungstag, in das USOS-System eingetragen.
3. Die Noten einer schriftlichen Prüfung oder einer schriftlichen Anrechnung werden unverzüglich nach der Bewertung, spätestens aber innerhalb von 14 Tagen nach deren Durchführung, in das USOS-System eingetragen.
4. Bei den Lehrveranstaltungen, bei denen die Zulassung zur Prüfung den Erwerb einer Anrechnung in einer anderen Lehrveranstaltung aus diesem Fach erfordert, werden die Anrechnungsnoten in

das USOS-System spätestens 2 Tage vor dem festgelegten Prüfungstermin für dieses Fach eingetragen.

4. Wiederholte Modulabsolvierung sowie Kommissionsprüfung

§ 31

1. Wird eine Leistung des Studierenden mit „nicht ausreichend“ bewertet, so kann der Dekan oder eine von ihm befugte Person auf Antrag des Studierenden die Durchführung einer Kommissionsprüfung genehmigen.
2. Ein Studierender kann eine Kommissionsprüfung innerhalb von sieben Tagen nach der Nichtzulassung oder Eintragung der Note „nicht ausreichend“ beantragen.
3. Wird der Antrag nach Absatz 2 bewilligt, so hat das Absolvieren vor einer Kommission unverzüglich stattzufinden; die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:
 - 1) der Dekan oder eine von ihm bestimmte Person;
 - 2) der Dozent der Lehrveranstaltung;
 - 3) ein anderer Vertreter des jeweiligen Moduls (Faches).
4. Auf Antrag des Studierenden findet das Absolvieren in Anwesenheit eines von dem Studierenden gewählten Hochschullehrers der Fakultät oder eines Vertreters der studentischen Selbstverwaltung als Beobachter statt.
5. Wird der Antrag nach Absatz 2 abgelehnt, so ist die Ablehnung von dem Dekan zu begründen.

§ 32

1. Wird eine Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, ist ein Studierender zu einer einmaligen Wiederholung der Prüfung berechtigt; diese darf jedoch nicht vor Ablauf von 7 Tagen nach der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse der ersten Prüfung durchgeführt werden.
2. Die Berechtigung nach Absatz 1 gilt auch bei einer Anrechnung. Wird jedoch dieses Recht ausgeübt, so bleibt die Möglichkeit eines Antrags nach § 31 Absatz 1 ausgeschlossen.

§ 33

1. Wird der ordnungsgemäße Ablauf der Prüfung durch den Studierenden in Frage gestellt, so kann der Dekan eine Kommissionsprüfung genehmigen.
2. Der Antrag auf eine Kommissionsprüfung kann innerhalb von 7 Tagen nach der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gestellt werden.
3. Der Dekan entscheidet über den Antrag nach Abs. 2 innerhalb von 7 Tagen nach Eingang des Antrags.
4. Wird der Antrag auf eine Kommissionsprüfung genehmigt so entscheidet der Dekan über:
 - 1) den Ort und die Form der Prüfung;
 - 2) die Prüfungsfrist; nicht früher als 3 und nicht später als 14 Tage nach der Entscheidung;
 - 3) die Zusammensetzung der Prüfungskommission, die aus dem Dekan oder einer von ihm beauftragten Person, dem Prüfer der ersten Prüfung, einem Vertreter des jeweiligen Moduls (Faches) oder einer verwandten Fachrichtung besteht.
5. Auf Antrag des Studierenden findet die Prüfung in Anwesenheit des von dem Studierenden gewählten Hochschullehrers der Fakultät oder eines Vertreters der studentischen Selbstverwaltung als Beobachter statt.
6. Eine Kommissionsprüfung kann auf Initiative des Dekans angeordnet werden. In einem solchen Fall sind Abs. 4 und 5 entsprechend anzuwenden.
7. Die im Rahmen einer Kommissionsprüfung erzielte Note ist endgültig.

5. Wiederholung einer Lehrveranstaltung

§ 34

1. Auf Antrag des Studierenden kann der Dekan die Wiederholung einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Lehrveranstaltung in folgenden Fällen genehmigen:

- 1) bei gleichzeitiger Fortsetzung des Studiums im nächsten Studienjahr, wenn die Anzahl der nicht erfolgreich abgeschlossenen Fächer weniger als 3 beträgt;
 - 2) ohne Fortsetzung des Studiums im nächsten Studienjahr.
2. In dem in Abs. 1 Pkt. 2 genannten Fall findet § 15 keine Anwendung.
 3. Im Falle des Nichtbestehens nach § 29, findet Absatz 1 Nr. 2 dieser Vorschrift keine Anwendung.

§ 35

1. Den Antrag auf Wiederholung einer Lehrveranstaltung kann der Studierende spätestens innerhalb von 14 Tagen nach der Beendigung eines Studienjahres oder einer verlängerten Prüfungsperiode stellen.
3. Wurde eine Lehrveranstaltung bereits wiederholt, so darf sie nicht mehr wiederholt werden.
4. Die zu wiederholende Lehrveranstaltung muss im nächsten akademischen Jahr erfolgreich und im durch den Studienprogramm vorgesehenen vollen Umfang abgeschlossen werden.

§ 36

Der für den Studiengang zuständige Programmrat kann diejenigen Lehrveranstaltungen im Rahmen des Studiengangs bestimmen, die nicht nach § 34 Abs. 1 Nr. 1 wiederholt werden dürfen. Dies darf jedoch nicht mehr als die Hälfte aller im Studienprogramm aufgeführten Module (Fächer) betreffen.

6. Erfolgreiche Abschluss des Semesters und des Studienjahres

§ 37

Ein Semester und ein Studienjahr werden durch einen Studierenden in den vom Rektor festgelegten Terminen abgeschlossen.

§ 38

Der Semester- und Jahresabschluss wird vom Dekan in der Leistungskarte des Studierenden (Ausdruck aus USOS) bestätigt.

§ 39

1. Auf Antrag des Studierenden kann der Dekan einmalig eine Verlängerung der Prüfungsperiode um maximal einen Monat bewilligen, unter Vorbehalt des Abs. 2.
2. In einem besonders begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden die Prüfungsperiode einmalig um einen weiteren Monat verlängern.

§ 40

1. In einem begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden den Abschluss des Semesters oder Studienjahres ausschließlich auf Grundlage der an einer anderen Hochschule, einer anderen Fakultät oder im Rahmen eines anderen Studiengangs erbrachten Prüfungen und Abschlussleistungskontrollen zulassen.
2. Bei Unterschieden zwischen den Studienprogrammen der anderen Hochschule, des anderen Studiengangs und der Universität bestimmt der Dekan über die zu ergänzenden Lehrveranstaltungen und über die Frist für deren Abschluss.

7. Studentische Praktika

§ 41

Unter Berücksichtigung der hierfür geltenden Verordnungen des Rektors der Universität bestimmt der für den Studiengang zuständige Programmrat die Regeln für Organisation, Ableistung, Aufsicht und Anerkennung von obligatorischen und fakultativen studentischen Praktika in einem bestimmten Studiengang.

8. Beurlaubung

§ 42

1. In einem begründeten Sonderfall, jedoch höchstens zwei Mal während des Studiums auf dem jeweiligen Niveau, kann der Dekan einen Studierenden auf dessen Antrag hin maximal für 12 Monate beurlauben.
2. Durch die langfristige Beurlaubung verschiebt sich der Zeitpunkt der Beendigung des Studiums.

§ 43

In einem begründeten Sonderfall kann der Dekan auf Antrag des Studierenden, der langfristig beurlaubt ist, genehmigen, dass dieser an bestimmten Lehrveranstaltungen teilnimmt sowie zu bestimmten Prüfungen und Anrechnungen zugelassen wird

§ 44

1. Der Dekan bewilligt eine Beurlaubung oder eine Beurlaubung mit Möglichkeit der Teilnahme an bestimmten Anrechnungen und Prüfungen für schwangere Studentinnen oder für studierende Eltern.
2. Ein studierender Elternteil beantragt die Beurlaubung nach Abs. 1 bis zu einem Jahr nachdem das Kind geboren wurde.
3. Die Beurlaubung nach Abs. 1 wird für folgenden Zeitraum bewilligt:
 - a. für eine schwangere Studentin bis zum Geburt des Kindes,
 - b. für einen studierenden Elternteil bis zu einem Jahr.
- Wobei wenn diese Frist während des Semesters abläuft, wird die Beurlaubung bis zum Ende dieses Semesters verlängert.

§ 45

1. Bei den durch die Universität, die studentische Selbstverwaltung oder andere universitäre studentische Organisationen geplanten und organisierten In- und Auslandsreisen kann der Dekan eine kurzfristige Beurlaubung für den Reisezeitraum im Umfang von maximal 2 Monaten bewilligen, jedoch höchstens zwei Mal während des Studiums auf dem jeweiligen Niveau.
2. Eine kurzfristige Beurlaubung führt nicht zur Verschiebung des Termins für das Absolvieren des Semesters oder des Jahres.
3. Der Dekan kann auch eine kurzfristige Beurlaubung eines Studierenden aus persönlichen (z.B. Tod des Familienmitglieds) oder gesundheitlichen Gründen bewilligen.

§ 46

Eine Beurlaubung wird nicht rückwirkend gewährt.

9. Studienwechsel

§ 47

1. Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden, der das erste Studienjahr erfolgreich abgeschlossen hat, folgendes bewilligen:
 - 1) die Spezialisierung innerhalb eines Studienganges zu wechseln;
 - 2) einen Studiengang zu wechseln;
 - 3) den Wechsel in einen Präsenz- oder Fernstudiengang, unter Vorbehalt des Abs. 3.
2. Antragsberechtigt nach Absatz 1 ist auch ein Studierender des ersten Studienjahres im Studium des zweiten Grades.
3. Der Wechsel in den Präsenzstudiengang wird nur den Studierenden mit sehr guten Leistungen ermöglicht.

§ 48

Wird der im § 47 genannte Studiengang von einer anderen Fakultät angeboten, so entscheidet der Dekan dieser Fakultät.

§ 49

Mit Bewilligung des Dekans darf der Student von einer anderen Hochschule oder einer ausländischen Hochschule wechseln; § 47 findet entsprechend Anwendung.

§ 50

Der Studierende ist berechtigt, an eine andere Hochschule zu wechseln, wenn diese zustimmt und soweit der Studierende seine Pflichten an der Universität erfüllt hat.

10. Streichung von der Studierendenliste

§ 51

Der Studierende wird von der Studierendenliste in folgenden Fällen gestrichen:

- 1) bei einer Nichtaufnahme des Studiums;
- 2) bei einem Verzicht auf ein Studium;
- 3) bei einer nicht zum vorgegebenen Termin abgegebenen Diplomarbeit;
- 4) bei einer nicht termingerechten Ablegung der Diplomprüfung;
- 5) bei einer Auferlegung einer Disziplinarstrafe in Form der Verweisung von der Universität.

§ 52

Der Studierende kann von der Studierendenliste in folgenden Fällen gestrichen werden:

- 1) bei Nichtteilnahme an Pflichtveranstaltungen;
- 2) bei Unterbleiben von Studienfortschritten;
- 3) wenn das Semester oder das Studienjahr nicht im vorgegebenen Termin erfolgreich abgeschlossen wurden;
- 4) bei Nichtbezahlung der Studiengebühren.

§ 53

1. Die Feststellung der Umstände nach § 51 und § 52 erfolgt in einem gesonderten Verfahren, dessen Gegenstand die Streichung von der Studierendenliste darstellt.
2. Das Verfahren nach Absatz 1 zur Streichung von der Studierendenliste wird von dem Dekan eingeleitet, indem er den Studierenden darüber unterrichtet.
3. Die Benachrichtigung nach Absatz 2 hat folgende Informationen zu enthalten:
 - 1) die Bezeichnung des für die Verfahrenseinleitung zuständigen Organs;
 - 2) das Datum der Benachrichtigung;

- 3) die Bezeichnung des Empfängers;
 - 4) eine tatsächliche und rechtliche Begründung für die Einleitung des Verfahrens;
 - 5) eine Belehrung über das Recht zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Benachrichtigung sowie über das sich darauf beziehende Verfahren.
4. Vor dem Erlass der Entscheidung, wird der Studierende über die Möglichkeit benachrichtigt, zu den gesammelten Beweisen und Unterlagen innerhalb von 7 Tagen ab dem Tag des Zugangs der Benachrichtigung Stellung zu nehmen.

11. Wiederaufnahme des Studiums

§ 54

1. Der Dekan kann einmalig die Wiederaufnahme des Studiums durch einen Studierenden bewilligen, der nach dem Abschluss des ersten Studienjahres von der Studierendenliste gestrichen wurde.
2. In der Entscheidung über die Wiederaufnahme des Studiums bestimmt der Dekan das Studienjahr, in welches der Studierende aufgenommen wird; der Dekan kann zusätzlich Voraussetzungen für die Wiederaufnahme benennen. Insbesondere bei der Wiederaufnahme nach einem neuen Studienprogramm kann der Dekan die Nachholung der Programmunterschiede verordnen.
3. Im Falle der erneuten Streichung im Sinne des Absatzes 1, kann die Wiederaufnahme wie folgt erfolgen:
 - a) im Rahmen eines Fernstudiums – aufgrund der Entscheidung des Dekans, unter Vorbehalt von Abs. 4;
 - b) im Rahmen eines Präsenzstudiums - aufgrund der Entscheidung des Rektors.
4. Der Dekan hat die Möglichkeit, die Wiederaufnahme des Fernstudiums nach Abs. 3 nicht zu bewilligen, wenn die Streichung von der Studierendenliste aufgrund mangelnder Lernfortschritte oder aufgrund der Nichtbezahlung der Studiengebühren erfolgt ist.

§ 55

Der Dekan kann auf Antrag des Studierenden die Wiederaufnahme ausschließlich mit dem Ziel gewähren, eine Diplomprüfung durchzuführen soweit die im § 63 genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 56

Die Wiederaufnahme einer Person, die von der Studierendenliste im ersten Studienjahr gestrichen wurde, erfolgt nach den allgemeinen, durch den Senat der Universität festgelegten Zulassungsvoraussetzungen zum Hochschulstudium.

III. Beendigung des Studiums

1. Vorbereitung und Einreichung der Diplomarbeit

§ 57

Unter einer Diplomarbeit wird eine Bachelorarbeit oder eine Ingenieursarbeit sowie eine Magisterarbeit verstanden.

§ 58

1. Bei der Anfertigung einer Magisterarbeit wird ein Studierender/eine Studierende von einem Professor oder einem Hochschulprofessor betreut.
2. Bei der Anfertigung einer Bachelor- oder Ingenieursarbeit wird ein Studierender/eine Studierende von einem promovierten Hochschullehrer betreut.
3. In einem besonders begründeten Fall, kann der für den Studiengang zuständige Programmrat einen promovierten und auf dem Gebiet der Forschung und Lehre oder Lehre angestellten Mitarbeiter beauftragen, die Betreuung einer Magisterarbeit zu übernehmen.
4. Im Falle des Abs. 3, bestimmt der Dekan einen Gutachter aus dem Kreis der Professoren und Hochschulprofessoren.
5. Möchte ein Studierender/eine Studierende seine/ihre Diplomarbeit unter der Betreuung eines Hochschullehrers von einer anderen Hochschule oder eines Mitarbeiters von außerhalb der Universität anfertigen, so kann der für den Studiengang zuständige Programmrat diese Person mit der Mitbetreuung bevollmächtigen; gleichzeitig wird ein berechtigter Hochschullehrer der entsprechenden Organisationseinheit zur Ausübung dieser Funktion im Namen der Universität bestimmt. Der externe Mitarbeiter bewertet die Arbeit und erstellt ein Gutachten.

§ 59

1. Der Rektor der Universität legt die Regeln für die Einreichung und Archivierung von Diplomarbeiten unter Verwendung des Archivsystems für Diplomarbeiten (poln. *APD*) sowie das Muster für die Erklärung über die selbstständige Anfertigung der Diplomarbeit und über das Übereinstimmen der elektronischen Fassung mit der Druckversion fest.
2. Ein Dekan kann die genaue Funktionsweise des Archivsystems für Diplomarbeiten (poln. *APD*) in der jeweiligen Fakultät festlegen.

§ 60

Ein Studierende hat seine Diplomarbeit spätestens bis zum 30. September des letzten Studiensemesters und seine Ingenieursarbeit im 7-semesterigen Studiengang bis zum 31. März im Dekanat einzureichen. Diese Frist ist endgültig und kann nicht verlängert werden. Wenn die Frist für die Einreichung der Diplomarbeit auf einen arbeitsfreien Tag fällt, wird die Frist bis zum nächsten Arbeitstag verlängert.

§ 61

Die Bewertung der Diplomarbeit wird durch den Betreuer sowie einen durch den Dekan bestellten Gutachter vorgenommen. Auf Gutachter sind die Regeln des § 58 entsprechend anzuwenden.

2. Diplomprüfung

§ 62

Unter einer Diplomprüfung wird eine Bachelorprüfung oder eine Ingenieursprüfung sowie eine Magisterprüfung verstanden.

§ 63

1. Zulassung zu einer Diplomprüfung erfolgt, wenn:
 - a) alle im Studienprogramm festgelegten Anforderungen sowie die in § 59 vorgesehenen Regeln für die Einreichung und Archivierung von Diplomarbeiten erfüllt sind;

b) eine Diplomarbeit, deren Anfertigung im Studienprogramm vorgesehen ist, positiv begutachtet wurde.

2. Ist eins von den Gutachten negativ, kann ein Studierender/eine Studierende von dem Dekan zur Diplomprüfung zugelassen werden. Der Dekan kann in dieser Angelegenheit die Stellungnahme des Zweitgutachters einholen.

§ 64

1. Auf Antrag des Betreuers oder auf eigene Initiative bestellt der Dekan einen Gutachter sowie legt den Termin der Diplomprüfung sowie die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Diplomprüfung fest, die spätestens innerhalb von 3 Monaten nach der Einreichung der Diplomarbeit stattzufinden hat.
2. Auf Antrag eines/einer Studierenden kann der Dekan den Termin der Diplomprüfung festlegen, der den in Abs. 1 erwähnten Termin überschreitet.

§ 65

Der für den Studiengang zuständige Programmrat bestimmt den Umfang und die Form der Diplomprüfung, sowie wie sie durchgeführt wird.

§ 66

5. Die Prüfungskommission bei einer Magisterprüfung setzt sich wie folgt zusammen:
 - 1) Dekan oder eine von ihm beauftragte Person;
 - 2) Betreuer der Diplomarbeit;
 - 3) Gutachter der Diplomarbeit und im Falle des § 63 Absatz 2 auch ein zusätzlicher Gutachter.
2. Sieht der Studienprogramm die Anfertigung einer Bachelorarbeit oder einer Ingenieursarbeit vor, setzt sich die Prüfungskommission bei einer Diplomprüfung wie folgt zusammen:
 - 1) Dekan oder eine von ihm beauftragte Person;
 - 2) Betreuer der Diplomarbeit;
 - 3) Gutachter der Diplomarbeit und im Falle des § 63 Absatz 2 auch ein zusätzlicher Gutachter.
3. Sieht der Studienprogramm keine Anfertigung einer Bachelorarbeit oder einer Ingenieursarbeit vor, setzt sich die Prüfungskommission bei einer Diplomprüfung wie folgt zusammen:
 - 1) Dekan oder eine von ihm beauftragte Person;
 - 2) zwei vom Dekan gewählten Experten, die das dem Studiengang zugehörige Forschungsfach oder -fächer repräsentieren.
4. Die Leitung der Kommission nach Absatz 1, 2 und 3 nimmt der Dekan oder eine von ihm beauftragte Person wahr.

§ 67

Bei der Bewertung einer Diplomarbeit und einer Diplomprüfung gelten die Notenskala nach § 21 Absatz 1 sowie die Regeln des § 70.

§ 68

1. Wurde eine Diplomprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet oder wird das Nichtantreten zu einem Diplomprüfungstermin nicht entschuldigt, bestimmt der Dekan einen zweiten Prüfungstermin. Dieser Termin ist endgültig.
2. In dem vorgenannten Fall darf der zweite Termin nicht früher als nach dem Ablauf von 1 Monat und nicht später als nach dem Ablauf von 3 Monaten, gerechnet ab dem ersten Prüfungstermin, stattfinden.

3. Ergebnis des Studiums

§ 69

Die endgültige Gesamtnote des Studiums ist durch folgende Addition festzusetzen:

1) In den Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:

- a) 3/5 des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
- b) 1/5 der Note für die Diplomarbeit, die sich aus dem Durchschnitt der beiden Einzelnoten des Betreuers sowie des Gutachters ergibt; § 21 Abs. 1 sowie § 70 finden entsprechende Anwendung;
- c) 1/5 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote.

2) In den Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende nicht verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:

- a) 3/4 des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
- b) 1/4 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote.

3) In den künstlerischen Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:

- a) 3/6 des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
- b) 1/6 der Note für die Diplomarbeit, die sich aus dem Durchschnitt der beiden Einzelnoten des Betreuers sowie des Gutachters ergibt; § 21 Abs. 1 sowie § 70 finden entsprechende Anwendung;
- c) 1/6 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (Theoretischer Teil);
- d) 1/6 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (Künstlerischer Teil);

4) In den künstlerischen Studiengängen, in denen ein Studierender/eine Studierende nicht verpflichtet ist, eine Diplomarbeit einzureichen:

- a) 4/6 des Durchschnittwertes aller Prüfungsnoten;
- b) 1/6 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (Theoretischer Teil);
- c) 1/6 der in der Diplomprüfung erzielten Abschlussnote (Künstlerischer Teil).

§ 70

In die Diplomurkunde wird das endgültige im Studium erzielte Ergebnis nach dem folgenden Prinzip eingetragen:

- 1) bis 3,40 – ausreichend;
- 2) von 3,40 bis 3,80 – ausreichend plus;
- 3) von 3,80 bis 4,20 – gut;
- 4) von 4,20 bis 4,60 – gut plus;
- 5) über 4,60 – sehr gut.

V. Entscheidungen in den studentischen Angelegenheiten

§ 71

1. Individuelle, mit dem Studienverlauf zusammenhängende studentische Angelegenheiten, die nicht durch einen Verwaltungsakt entschieden werden müssen, entscheidet der Dekan auf Antrag eines Studierenden im Wege einer schriftlichen Anordnung, in Form einer elektronischen Benachrichtigung oder im USOS-System.
2. Die Anordnung nach Absatz 1 hat Folgendes zu enthalten:
 - 1) Bezeichnung des für den Erlass der Anordnung zuständigen Organs;
 - 2) Datum der Anordnung;

- 3) Bezeichnung des Empfängers;
 - 4) Entscheidung;
 - 5) eine Rechtsbehelfsbelehrung.
3. Die Anordnung nach Absatz 1 wird dem Studierenden entweder persönlich gegen Empfangsbestätigung oder auf einen schriftlichen Antrag des Studierenden postalisch per Einschreiben zugestellt. Die Zustellung durch die Post per Einschreiben erfolgt an die durch den Studierenden im Antrag angegebene Anschrift.
 4. Gegen die Anordnung nach Abs. 1 kann innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung und über das für den Erlass der Anordnung zuständige Organ ein Widerspruch an den Rektor eingelegt werden. Das Organ kann dem Widerspruch eine Stellungnahme in der Sache hinzufügen.

§ 72

In eigenen, mit dem Studienverlauf zusammenhängenden Angelegenheiten ist ein Studierender oder eine Gruppe von Studierenden berechtigt, gegenüber den Organen der Universität durch einen schriftlich bevollmächtigten Vertreter der studentischen Selbstverwaltung aufzutreten.

VI. Übergangsbestimmungen

§ 73

1. Die Entscheidungen, die auf der Grundlage der im § 77 genannten Studienordnung oder der auf deren Grundlage erlassenen Rechtsakte erlassen wurden, bleiben in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 30. September 2020.
2. Im Fall, dass ein Studierende/eine Studierende in der Geltungszeit der im § 77 genannten Studienordnung einen Antrag in seiner/ihrer Angelegenheit gestellt hat, wird die Entscheidung auf der Grundlage dieser Ordnung getroffen.

§ 74

Die zuständigen Räte haben die durch diese Ordnung vorgesehenen Beschlüsse spätestens bis zum 30. September zu erlassen; sie treten zu Beginn des nächsten akademischen Jahres in Kraft.

§ 75

Der in dieser Ordnung verwendete Begriff des für den Studiengang zuständigen Programmrates umfasst auch den für die Studiengangsgruppen zuständigen Programmrat.

§ 76

Bestimmungen dieser Ordnung bezüglich der Fakultät und des Dekans der Fakultät erstrecken sich entsprechend auf die Filiale und den Leiter der Filiale.

§ 77

Die Studienordnung der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań (Konsolidierte Fassung – Bekanntmachung des Senats der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań Nr. 6/2015 vom 28. September) tritt außer Kraft.

§ 78

Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.

Aufgrund von § 19 Absatz 2 Satz 1, § 22 Absatz 2 Satz 1, § 23 Absatz 1 Satz 2 und § 72 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 28.04.2014 (GVBl. I/14, Nr. 18), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.06.2019 (GVBl. I/19, Nr. 20, S. 3) in Verbindung mit § 1 Absatz 1 der Verordnung über die Gestaltung von Prüfungsordnungen zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit von Studium, Prüfungen und Abschlüssen (Hochschulprüfungsverordnung – HSPV) vom 04.03.2015 (GVBl. II/15, Nr. 12), geändert durch Verordnung vom 07.07.2020 (GVBl.II/20, Nr. 58), in Verbindung mit § 13 Absatz 5 Nr. 1 der Grundordnung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 04.09.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr.02/2020, S. 1), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 06.11.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Nr. 02/2020, S. 14), in Verbindung mit § 1 Absatz 2 der Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge (ASPO) in der Neufassung vom 27.01.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 01/2016, Seite 3), geändert durch Satzung vom 02.11.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 1/2017, Satz 1), erlässt der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) folgende:¹

Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Bachelor of German and Polish Law

vom 26. Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Geltungsbereich
§ 2	Ziel des Studiums
§ 3	Bachelor-Grad
§ 4	Fehlende Teilzeiteignung
§ 5	Studienbeginn
§ 6	Studiendauer
§ 7	Aufbau des Studiums
§ 8	Prüfungsausschuss
§ 9	Prüferinnen und Prüfer, Gutachterinnen und Gutachter
§ 10	Anerkennungsprüfung
§ 11	Studienbegleitende Prüfungsleistungen
§ 12	Bachelorarbeit
§ 13	Wiederholung von Prüfungen

§ 14	Fristen und verpflichtende Studienfachberatung
§ 15	Täuschung
§ 16	Bewertung von Prüfungen, Bildung der Gesamtnote
§ 17	Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und Diploma Supplement
§ 18	Endgültiges Nichtbestehen des Studiums
§ 19	Inkrafttreten

Anlage 1: Modulplan
Anlage 2: Studienverlaufsplan
Anlage 3: Muster einer
Studienverlaufsvereinbarung

§ 1 Geltungsbereich (zu § 1 Abs. 1 ASPO)

Die Bestimmungen der Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge (ASPO) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Neufassung vom 27.01.2016 in der Fassung der ersten Änderungssatzung vom 2.11.2016, werden für den Studiengang Bachelor of German and Polish Law an der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) wie folgt ergänzt und konkretisiert.

§ 2 Ziel des Studiums (zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ASPO)

(1) ¹Den Studiengang Bachelor of German and Polish Law bietet die Juristische Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) in engem Zusammenhang mit dem von ihr gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam Mickiewicz-Universität Poznań (AMU) betriebenen einheitlichen fünfjährigen juristischen Masterstudiengang (gemeinsames Jurastudium) an. ²Mit dem Bachelorabschluss wird ein erster berufsqualifizierender Abschluss erworben, der auch zur Aufnahme eines weiteren Studiums berechtigt.

(2) Durch das bestandene Bachelorstudium sollen die Studierenden nachweisen, dass sie über Grundkenntnisse des deutschen und des polnischen Rechts verfügen.

§ 3 Bachelor-Grad (zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und § 2 Abs. 1 ASPO)

Aufgrund des erfolgreich abgeschlossenen Bachelorstudiums wird der akademische Grad „Bachelor of Laws (LL.B.)“ verliehen.

¹ Die Präsidentin hat mit Verfügung vom 16.09.2021 ihre Genehmigung erteilt.

§ 4
Fehlende Teilzeiteignung
(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 ASPO)

Der Studiengang Bachelor of German and Polish Law ist aufgrund des Erfordernisses einer engen Zusammenarbeit mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU nicht teilzeitgeeignet und kann deshalb nicht in Form eines Teilzeitstudiums absolviert werden.

§ 5
Studienbeginn
(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ASPO)

Das Studium kann nur jeweils zum Wintersemester aufgenommen werden.

§ 6
Studiendauer
(zu § 5 Abs. 1 Satz 1 ASPO)

Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Zeit für die Anfertigung und Verteidigung der Bachelorarbeit sechs Fachsemester.

§ 7
Aufbau des Studiums
(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6, § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 ASPO)

(1) ¹Das Studium umfasst 17 Module und die Bachelorarbeit. ²Mit dem Bachelorabschluss sind 180 ECTS-Punkte zu erbringen. ³Grundsätzlich finden die Veranstaltungen zum deutschen Recht in deutscher Sprache und an der EUV in Frankfurt (Oder) statt, die Veranstaltungen zum polnischen Recht in polnischer Sprache und im Collegium Polonicum (CP) in Stubice.

(2) ¹Das Studienprogramm besteht aus Pflicht- und Wahlpflichtteilen.

²Zum Pflichtteil gehören die Module 1 (mit Ausnahme vom Grundlagenfach DE) bis 14 mit den folgenden Inhalten:

- polnische Grundlagenfächer,
- Grundlagen des deutschen und polnischen Privat-, Straf- und Öffentlichen Rechts,
- Völkerrecht und Europarecht,
- vertiefende Lehrveranstaltungen zum polnischen Öffentlichen Recht.

³Zum Wahlpflichtteil gehören Grundlagenfächer (DE) im Modul 1 sowie die Module 15 bis 17 mit folgenden Inhalten:

- Grundlagenseminare,
- Rechtsvergleichende Seminare.

⁴Im Wahlpflichtteil wird der fachliche Anteil des Studiums um praxisrelevante Bestandteile in Form von außerfachlichen und überfachlichen Qualifikationen ergänzt.

⁵Die Einzelheiten des Inhalts der Module, des Studienablaufs, der zu erbringenden

Prüfungsleistungen sowie die genaue Verteilung der ECTS-Credits ergeben sich aus den Anlagen 1 (Modulplan) und 2 (Studienverlaufsplan) zu dieser Ordnung. ⁶Der Inhalt der Modulbeschreibungen, der unter folgendem Link² enthalten ist, richtet sich nach § 4 Abs. 2 ASPO. ⁷Die Ausgestaltung des Lehrangebots gilt vorbehaltlich eventueller organisatorischer Änderungen.

(3) ¹Den Studierenden steht es grundsätzlich frei, in welcher Reihenfolge sie die Prüfungsleistungen ablegen. ²Sie müssen aber bei gleichzeitiger Einschreibung in den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ (gemeinsames Jurastudium) die dortigen Regelungen einhalten. ³Die in den Modulbeschreibungen aufgeführten Angaben zum Turnus der Lehrveranstaltungen gilt es zu beachten. ⁴Der in der Anlage 2 beigefügte Studienverlaufsplan gibt eine sinnvolle Gestaltung des Studiums vor.

(4) ¹In dem Modul 16 (Grundlagenseminar) muss jeweils eine von drei Lehrveranstaltungen gewählt und mit einer Seminararbeit und einem Vortrag absolviert werden. ²Im Rahmen dieses Moduls werden Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens zur Vorbereitung auf die Bachelorarbeit vermittelt. ³In dem Modul 17 (Rechtsvergleichendes Seminar) müssen die Studierenden eins von drei Seminaren wählen, in dessen Rahmen sie ihre Bachelorarbeit schreiben, die sie in einem Vortrag verteidigen.

(5) ¹Das Modul 15 (Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen) setzt sich aus den Modulen 15 a und 15 b zusammen.

a) Modul 15 a (Juristische Fachsprache – Deutsch oder Polnisch):

Studierende mit polnischer Hochschulzugangsberechtigung sollen den Kurs „Juristische Fachsprache Deutsch“, Studierende mit der deutschen Hochschulzugangsberechtigung den Kurs „Juristische Fachsprache Polnisch“ absolvieren.

b) Modul 15 b (Schlüsselqualifikationen/ Fremdsprache):

¹Studierende können entweder eine polnische und eine deutsche Schlüsselqualifikation oder eine Fremdsprache (kein Polnisch und kein Deutsch) auf dem Niveau B 2 GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen) absolvieren. ²Falls sie sich für das Absolvieren einer Fremdsprache entschieden haben, müssen sie im anschließenden Masterstudium zwei Schlüsselqualifikationen (PL und DE) absolvieren.

² https://www.rewi.europa-uni.de/de/studium/deutschpolnischesjurastudium/verlauf_modul/bachelor/index.html

³Die bei den außerfachlichen und überfachlichen Qualifikationen im Modul 15 absolvierten Studienleistungen werden als Studienleistung mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

§ 8

Prüfungsausschuss

(zu § 9, insbesondere Abs. 1 Satz 3 ASPO)

(1) ¹Für die Organisation und die Durchführung der Prüfungen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, wird ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Dieser ist auch für den Studiengang Master of German and Polish Law zuständig. ³Soweit Prüfungen in polnischer Sprache erfolgen, obliegen deren Organisation und Durchführung dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss wird aus drei der Fakultät angehörenden Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen, einem akademischen Mitarbeiter oder einer akademischen Mitarbeiterin sowie jeweils einem Vertreter oder einer Vertreterin der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals gebildet. ²Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses können Stellvertreter oder Stellvertreterinnen gewählt werden. ³Dem Prüfungsausschuss gehört darüber hinaus der oder die von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU ernannte Leiter oder Leiterin des gemeinsamen Jurastudiums an. ⁴Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses können auch Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, die dienstlich mit Prüfungsangelegenheiten des Studiengangs befasst sind, insbesondere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Dekanats, des Prüfungsamtes sowie des Collegium Polonicum, hinzugezogen werden.

§ 9

Prüferinnen und Prüfer, Gutachter und Gutachterinnen

(zu § 10 Abs. 3 S. 2, § 11 Abs. 1, § 17 Abs. 3 und 4 ASPO)

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und Prüferinnen für Prüfungen, die von der Fakultät der EUV verantwortet werden, sowie die Gutachter und Gutachterinnen der Bachelorarbeit. ²Die Bestellung der Prüfer und Prüferinnen sowie Gutachter und Gutachterinnen kann durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses übertragen werden.

(2) ¹Neben den in § 11 ASPO erwähnten sind zur Abnahme von Prüfungen auch Personen befugt, die an der Fakultät für Recht und Verwaltung der UAM eine Professur innehaben und dort zur selbstständigen Lehre berechtigt sind oder wer ansonsten als Gastdozent oder Gastdozentin im Rahmen des gemeinsamen Jurastudiums tätig wird, sofern diese ebenfalls zur Prüfungsabnahme befugten Personen

selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Zum Prüfer oder zur Prüferin kann durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses außerdem bestellt werden, wer die erste juristische Prüfung oder die Prüfung zum Magister des polnischen Rechts („magister prawa“) bestanden hat. ³Für die Gutachter und Gutachterinnen der Bachelorarbeit gehen die Regelungen gemäß § 17 Abs. 3 ASPO den Bestimmungen dieser Vorschrift vor.

§ 10

Anerkennungsprüfung

(zu § 10 Abs. 3 S. 2 und § 12, insbesondere Abs. 6 Satz 3 und 4 ASPO)

(1) Lehnt der Prüfungsausschuss die Anerkennung von Leistungen nach § 12 Abs. 1 Satz 1 ASPO ab, wird auf schriftlichen Antrag der oder des betreffenden Studierenden an den Prüfungsausschuss eine Anerkennungsprüfung durchgeführt, sofern die oder der Studierende im Antrag glaubhaft macht, die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten anderweitig erworben zu haben.

(2) ¹Die Anerkennungsprüfung ist eine Hochschulprüfung nach § 21 BbgHG. ²Abs. 1 gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind. ³Die Anerkennungsprüfung wird von einem prüfungsberechtigten Hochschullehrer oder einer prüfungsberechtigten Hochschullehrerin der Juristischen Fakultät im Sinne des § 9 Abs. 1 durchgeführt. ⁴Die Bestellung des Prüfers oder der Prüferin erfolgt durch den Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann. ⁵Die Prüfungsform wird vom Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen kann, in Absprache mit dem Prüfer oder der Prüferin unter Berücksichtigung der entsprechenden Qualifikationsziele festgelegt. ⁶Für die Prüfungsformen und den Prüfungsumfang gelten die Bestimmungen in § 14 ASPO (Klausur 90 Min.) und § 15 ASPO (mündliche Prüfung 15 Min.). ⁷§ 16 ASPO (häusliche Arbeit) gilt unter der Maßgabe, dass der Prüfer oder die Prüferin nach Satz 3 die Bearbeitungszeit und den Umfang festlegt. ⁸Bei Bestehen der Prüfung mit mindestens „ausreichend“ gilt die Leistung als anerkannt.

§ 11

Studienbegleitende Prüfungsleistungen

(zu § 13 Abs. 2 und 3 Satz 2 und 3, § 23 Abs. 7 ASPO)

(1) ¹Für jede Prüfung ist eine Anmeldung innerhalb der jeweils festgelegten und elektronisch oder durch Aushang angekündigten Fristen erforderlich. ²Die Anmeldung erfolgt grundsätzlich über die eingesetzten elektronischen Systeme, sofern nicht ausnahmsweise ein anderes Verfahren durchgeführt wird. ³Bei fehlender Anmeldung

ist eine Teilnahme an der betreffenden Prüfung ausgeschlossen; eine trotzdem erbrachte Prüfungsleistung wird nicht bewertet.

(2) ¹Für jedes Modul wird eine Modulabschlussnote vergeben. ²Werden in einem Modul mehrere Prüfungsleistungen verlangt, so bildet das Prüfungsamt aus den erzielten Einzelnoten eine Modulabschlussnote, wobei es die Noten im Verhältnis der für die betreffenden Lehrveranstaltungen angesetzten ECTS-Credits gewichtet.

(3) ¹Prüfungen werden in der Regel von denjenigen Dozenten oder Dozentinnen abgenommen, die die betreffende Lehrveranstaltung abhalten, in deren Rahmen die Prüfungsleistung erfolgt. ²Sie können bei den Korrekturen durch von ihnen bestimmte geeignete Personen unterstützt werden. ³Ein während eines Prüfungsverfahrens aus zwingenden Gründen notwendig werdender Prüferwechsel ist zulässig. ⁴Die Bestellung der Prüfer und Prüferinnen erfolgt nach § 9 Abs. 1.

§ 12

Bachelorarbeit

(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7, § 17 Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5 S. 1, Abs. 9 Satz 1 und 3, Abs. 12 Satz 1 ASPO)

¹Die Bachelorarbeit wird im Rahmen eines Rechtsvergleichenden Seminars (Modul 17) erstellt. ²Voraussetzung für die Zulassung zur Bachelorarbeit ist, dass die Studierenden mindestens 129 ECTS-Credits der für den erfolgreichen Abschluss des Studienganges insgesamt erforderlichen 180 ECTS-Credits nachweisen können. ³Die Zulassung ist innerhalb des durch Aushang oder elektronisch bekanntgegebenen Anmeldezeitraums beim Prüfungsamt zu beantragen. ⁴Die Bachelorarbeit soll in deutscher Sprache abgefasst werden und 30 Seiten nicht überschreiten. ⁵Das Thema der Bachelorarbeit wird von dem jeweiligen Dozenten oder der jeweiligen Dozentin als Betreuer oder Betreuerin der Arbeit ausgegeben und dem Prüfungsamt mitgeteilt. § 17 Abs. 3 ASPO ist dabei zu beachten. ⁶Die entsprechenden Betreuer oder Betreuerinnen werden vor dem Anmeldezeitpunkt in geeigneter Form publik gemacht, um den Studierenden die Auswahlmöglichkeit nach § 17 Abs. 4 Satz 1 ASPO zu eröffnen.

(2) ¹Die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit beträgt 6 Wochen. ²Sie hat einen Umfang von 12 ECTS-Credits. ³Die Bearbeitungszeit kann im Falle der Erkrankung auf begründeten Antrag gem. § 17 Abs. 11 ASPO vom Prüfungsausschuss, der diese Zuständigkeit auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann, verlängert werden. ⁴Für die Beantragung einer Verlängerung der Bearbeitungszeit in anderen Fällen gilt § 17 Abs. 10 ASPO. ⁵Die Arbeit muss fristgemäß in ausgedruckter und elektronischer Form, die auf Plagiat überprüfbar ist, beim Prüfungsamt der EUV

eingereicht werden. ⁶Bei Versäumen der Frist wird die Arbeit mit "nicht ausreichend" (0 Punkte) bewertet.

(3) ¹Die Bachelorarbeit soll innerhalb von vier Wochen nach ihrer Abgabe von zwei Gutachtern oder Gutachterinnen bewertet werden. ²Die Erstbegutachtung obliegt in der Regel dem Betreuer oder der Betreuerin der Bachelorarbeit. ³Der Zweitgutachter oder die Zweitgutachterin wird auf Vorschlag des Betreuers oder der Betreuerin vom Prüfungsausschuss bestellt. ⁴Die Bestellung der Gutachter und Gutachterinnen erfolgt nach § 9 Abs. 1 unter Maßgabe des § 9 Abs. 2.

§ 13

Wiederholung von Prüfungen

(zu § 17 Abs. 16 Satz 1, § 25 Abs. 1, 2 und Abs. 3 S. 1 und 3 ASPO)

¹Studierende, die Prüfungen nicht bestanden haben, können innerhalb der zeitlichen Vorgaben des § 14 Abs. 1 alle angebotenen Wiederholungsmöglichkeiten nach den folgenden Sätzen dieser Vorschrift nutzen, es sei denn, die Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden (§ 18) oder der oder die Studierende wurde exmatrikuliert. ²Für jede Prüfung müssen mindestens zwei Wiederholungen angeboten werden. ³Bei gleichzeitiger Einschreibung in den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ sind allerdings für jenen Studiengang die dortigen Regelungen zu beachten. ⁴Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann nur einmal mit einem neuen Thema wiederholt werden. ⁵Die Wiederholung von Prüfungen zu den von der AMU verantworteten Lehrveranstaltungen richtet sich nach der Studienordnung der AMU in der jeweils geltenden Fassung.

§ 14

Fristen und verpflichtende Studienfachberatung

(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 8, § 3 Abs. 3 und § 6, insbesondere Abs. 1 Satz 1 und Abs. 6 ASPO)

(1) Haben die Studierenden die für die erfolgreiche Beendigung des Studiums vorgesehene 180 ECTS-Credits nicht bis zum Ende des zehnten Fachsemesters erworben und gegenüber dem Prüfungsamt nachgewiesen, so ist der oder die Studierende verpflichtet, an einer Studienfachberatung nach § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 bis 7 ASPO teilzunehmen.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn Studierende die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten haben. Insoweit gilt § 19 Abs. 1 ASPO.

(3) ¹Die Studienfachberatung im Sinne des Abs. 1 erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses. ²Die Studierenden werden nach dem Beginn des elften Fachsemesters zur

Studienfachberatung schriftlich eingeladen.
³Die Beratung erfolgt in Form eines persönlichen Gesprächs. ⁴Ziel der Beratung ist der Abschluss einer Studienverlaufsvereinbarung im Sinne des § 6 Abs. 3 ASPO. ⁵Die Vereinbarung ist spätestens zum Ende der Vorlesungszeit des elften Fachsemesters abzuschließen. ⁶In Anlage 3 ist eine Musterstudienverlaufsvereinbarung enthalten.

(4) ¹Im Falle der Nichteinhaltung der Studienverlaufsvereinbarung aus triftigem Grund ist der Nachweis des triftigen Grundes unmittelbar nach Bekanntwerden und in schriftlicher Form an den Prüfungsausschuss zu erbringen. ²Im Falle von Krankheit als triftigem Grund ist diese mit amtsärztlichem Attest nachzuweisen. ³Die Berücksichtigung sonstiger triftiger Gründe muss schriftlich und unter Vorlage entsprechender Nachweise beantragt werden. ⁴Die vorgelegten Gründe werden vom Prüfungsausschuss geprüft. ⁵Bei Anerkennung der Gründe wird eine neue Studienverlaufsvereinbarung abgeschlossen.

**§ 15
Täuschung
(zu § 21 Abs. 2 Satz 2 ASPO)**

(1) Über das Vorliegen von Täuschungsversuchen im Sinne von § 21 Abs. 1 ASPO entscheidet der Prüfungsausschuss, der diese Zuständigkeit auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann, nach Feststellung der jeweiligen Prüfenden und nach Anhörung der Studierenden.

(2) In minder schweren Fällen kann von der Verhängung einer Sanktion abgesehen werden.

**§ 16
Bewertung von Prüfungen,
Bildung der Gesamtnote
(zu § 23 Abs. 1 Satz 3 lit. b, Abs. 4 Satz 1,
Abs. 5 Satz 4, Abs. 7 und § 26 Abs. 1 Satz
1 und 5 ASPO)**

(1) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen und der Bachelorarbeit sind regelmäßig folgende Noten zu verwenden:

18 - 16 Punkte	sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung
15 - 13 Punkte	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
12 - 10 Punkte	vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung

9 - 7 Punkte	befriedigend	eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen in jeder Hinsicht entspricht
6 - 4 Punkte	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch durchschnittlichen Anforderungen genügt
1 - 3 Punkte	mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
0 Punkte	ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung

(2) Polnische Benotungen von Prüfungsleistungen werden wie folgt umgerechnet:

Polnische Note	Deutsche Note
(5) bardzo dobry mit Zusatz "celujący" (ausgezeichnet)	sehr gut (18 Punkte)
(5) bardzo dobry	sehr gut (17 Punkte)
(4+) dobry plus	gut (14 Punkte)
(4) dobry	vollbefriedigend (11 Punkte)
(3+) dostateczny plus	befriedigend (8 Punkte)
(3) dostateczny	ausreichend (5 Punkte)
(2) niedostateczny	nicht ausreichend (0 Punkte)

(3) ¹Die Gesamtnote setzt sich zu 25 % aus der Note der Bachelorarbeit und zu 5 % aus der Note ihrer Verteidigung sowie zu 70 % aus den Modulabschlussnoten für die studienbegleitenden Prüfungsleistungen zusammen. ²Dabei werden die Modulabschlussnoten im Verhältnis der für die betreffenden Module angesetzten ECTS-Credits gewichtet.

§ 17

Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und Diploma Supplement

(zu § 27 Abs. 2, 3 und 4 ASPO)

Über das erfolgreich bestandene Bachelorstudium wird den Studierenden mit dem Zeugnis ein Diploma Supplement und eine Urkunde ausgehändigt, welche die Verleihung des Grades eines „Bachelor of Laws (LL.B.)“ beurkundet.

§ 18

Endgültiges Nichtbestehen des Studiums (zu § 28 ASPO)

¹Das Bachelorstudium ist endgültig nicht bestanden, wenn

1. eine Modulprüfung nach den Vorschriften der AMU endgültig nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt,
2. die Bachelorarbeit im Wiederholungsversuch nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt.

²Der Bescheid über das endgültige Nichtbestehen des Bachelorstudiums wird durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses erlassen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

§ 19

Inkrafttreten

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) in Kraft und gilt mit Wirkung vom 01.10.2021.

(2) Die Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Bachelor of German and Polish Law vom 6. Juli 2016 tritt am 30.09.2024 außer Kraft. Studierende die ihr Bachelorstudium bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen haben, setzen ihr Studium nach dieser Studien- und Prüfungsordnung fort.

Anlage 1

Modulplan für den Studiengang *Bachelor of German and Polish Law*

Modul 1: Grundlagen der Rechtswissenschaft

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Einführung in die Rechtswissenschaft (PL)	1	30	60	90	3	Prüfung
Grundlagenfach PL (Römisches Recht und Tradition des Europäischen Privatrechts)	2	30	90	120	4	Prüfung
Grundlagenfach PL (Geschichte der Staatsform und des polnischen Rechts)	2	30	90	120	4	Prüfung
Grundlagenfach DE ³	2/3	30	60	90	3	Klausur
Insgesamt		120	300	420	14	3 Prüfungen und 1 Klausur

Modul 2: Grundlagen des deutschen Zivilrechts I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Zivilrecht: GK I	1	90	240	360	12	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK I (Arbeitsgemeinschaft)	1	30	-	-	*	
Deutsches Zivilrecht: GK II	2	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK II (Arbeitsgemeinschaft)	2	30	-	-	*	
Insgesamt		210	420	630	21	2 Klausuren

Modul 3: Grundlagen des deutschen Zivilrechts II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Zivilrecht: GK III	3	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Zivilrecht: GK III (Arbeitsgemeinschaft)	3	30	-	-	*	
Insgesamt		90	180	270	9	1 Klausur

³ Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl, z.B.: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtstheorie.
 * Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

Modul 4: Grundlagen des polnischen Zivilrechts I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil	3	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium)	3	30	-	-	*	Leistungskontrolle ⁴
Polnisches Zivilrecht I: Schuldrecht	4	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium)	4	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		120	240	360	12	2 Prüfungen

Modul 5: Grundlagen des polnischen Zivilrechts II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Zivilrecht II: Sachenrecht	5	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium)	5	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Polnisches Zivilrecht II: Erb- und Familienrecht	6	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium)	6	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		120	240	360	12	2 Prüfungen

Modul 6: Grundlagen des deutschen Strafrechts

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Strafrecht: GK I	1	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Strafrecht: GK I (Arbeitsgemeinschaft)	1	30	-	-	*	
Deutsches Strafrecht: GK II	2	30	120	180	6	Klausur
Deutsches Strafrecht: GK II (Arbeitsgemeinschaft)	2	30	-	-	*	
Insgesamt		150	300	450	15	2 Klausuren

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

⁴ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung.

Modul 7: Grundlagen des polnischen Strafrechts

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Strafrecht	3/4	60	120	240	8	Prüfung
Polnisches Strafrecht (Konversatorium)	3/4	60	-	-	*	Leistungskontrolle ⁵
Insgesamt		120	120	240	8	1 Prüfung

Modul 8: Grundlagen des deutschen Öffentlichen Rechts I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Öffentliches Recht: GK I	3	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK I (Arbeitsgemeinschaft)	3	30	-	-	*	
Deutsches Öffentliches Recht: GK II	4	60	180	270	9	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK II (Arbeitsgemeinschaft)	4	30	-	-	*	
Insgesamt		180	360	540	18	2 Klausuren

Modul 9: Grundlagen des deutschen Öffentlichen Rechts II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Öffentliches Recht: GK III	5	30	120	180	6	Klausur
Deutsches Öffentliches Recht: GK III (Arbeitsgemeinschaft)	5	30	-	-	*	
Insgesamt		60	120	180	6	1 Klausur

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

⁵ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung.

Modul 10: Grundlagen des polnischen Öffentlichen Rechts I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Verfassungsrecht	1	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Verfassungsrecht (Konversatorium)	1	30	-	-	*	Leistungskontrolle ⁶
Insgesamt		60	120	180	6	1 Prüfung

Modul 11: Grundlagen des polnischen Öffentlichen Rechts II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Verwaltungsrecht	5	30	120	180	6	Prüfung
Polnisches Verwaltungsrecht (Konversatorium)	5	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		60	120	180	6	1 Prüfung

Modul 12: Vertiefung im polnischen Öffentlichen Recht I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht	6	45	105	180	6	Prüfung
Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht (Konversatorium)	6	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		75	105	180	6	1 Prüfung

Modul 13: Vertiefung im polnischen Öffentlichen Recht II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Wirtschaftsrecht	6	30	120	150	5	Prüfung
Insgesamt		30	120	150	5	1 Prüfung

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

⁶ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung.

Modul 14: Internationales Recht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Völkerrecht (DE)	3	30	60	90	3	Klausur
Europarecht (DE)	5	60	180	270	9	Klausur
Europarecht (Arbeitsgemeinschaft) (DE)	5	30	-	-	*	
Insgesamt		120	240	360	12	2 Klausuren

Modul 15: Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen

Modul 15 a: Juristische Fachsprache (Deutsch oder Polnisch)

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Juristische Fachsprache Deutsch	1	30	60	90	3	Prüfung
Juristische Fachsprache Polnisch	1	30	60	90	3	Prüfung
Insgesamt		30	60	90	3	1 Prüfung

Modul 15 b: Schlüsselqualifikationen/Fremdsprache

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Schlüsselqualifikation PL (Sprache der Gesetzgebung und der Rechtsprechung)	4	30	60	90	3	Prüfung
Schlüsselqualifikation DE	6	30	60	90	3	Prüfung
Fremdsprache B2 ⁷	10	60	120	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	120	180	6	1 bis 2 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

⁷ Zwei Schlüsselqualifikationen dürfen mit einem Fremdsprachenkurs B2 (60 h) ersetzt werden. Dann müssen aber im Masterstudium die Schlüsselqualifikationen regulär absolviert werden.

Modul 16: Grundlagenseminar⁸

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebote- ne Prüfungen
Grundlagenseminar Öffentliches Recht	4	30	240	270	9	Seminar
Grundlagenseminar Zivilrecht	4	30	240	270	9	Seminar
Grundlagenseminar Strafrecht	4	30	240	270	9	Seminar
Insgesamt		30	240	270	9	Seminararbeit und Vortrag

Modul 17: Rechtsvergleichendes Seminar⁹ und Bachelorabschluss

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebote- ne Prüfungen
Rechtsvergleichendes Seminar Öffentliches Recht	6	30	330	360	12	Seminar
Rechtsvergleichendes Seminar Zivilrecht	6	30	330	360	12	Seminar
Rechtsvergleichendes Seminar Strafrecht	6	30	330	360	12	Seminar
Insgesamt		30	330	360	12	Bachelorarbeit und Vortrag

Insgesamt		1665	3735	5400	180	
------------------	--	-------------	-------------	-------------	------------	--

⁸ Eins der drei Grundlagenseminare muss absolviert werden.

⁹ Eins der drei rechtsvergleichenden Seminare muss absolviert werden. Im Rahmen des Seminars wird die Bachelorarbeit vorbereitet.

Anlage 2: Studienverlaufsplan für den Studiengang *Bachelor of German and Polish Law*

I. STUDIENJAHR

1. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Einführung in die Rechtswissenschaft (PL)</i>	30	3	+
<i>Juristische Fachsprache (Deutsch oder Polnisch)</i>	30	3	+
<i>Polnisches Verfassungsrecht</i>	30	6	+
<i>Polnisches Verfassungsrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Deutsches Zivilrecht: GK I</i>	90	12	+
<i>Deutsches Zivilrecht: GK I (AG)</i>	30	*	
<i>Deutsches Strafrecht: GK I</i>	60	9	+
<i>Deutsches Strafrecht: GK I (AG)</i>	30	*	
Insgesamt:	330	33	5 Prüfungen

2. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Grundlagenfach PL (Römisches Recht und Tradition des Europäischen Privatrechts)</i>	30	4	+
<i>Grundlagenfach PL (Geschichte der Staatsform und des polnischen Rechts)</i>	30	4	+
<i>Grundlagenfach DE¹⁰</i>	30	3	+
<i>Deutsches Zivilrecht: GK II</i>	60	9	+
<i>Deutsches Zivilrecht: GK II (AG)</i>	30	*	
<i>Deutsches Strafrecht: GK II</i>	30	6	+
<i>Deutsches Strafrecht: GK II (AG)</i>	30	*	
Insgesamt:	210/240	23/26	4 oder 5 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

¹⁰ Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl, z.B.: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtstheorie.

II. STUDIENJAHR

3. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilrecht I: Allgemeiner Teil</i>	30	6	+
<i>Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK I</i>	60	9	+
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK I (AG)</i>	30	*	
<i>Deutsches Zivilrecht: GK III</i>	60	9	+
<i>Deutsches Zivilrecht: GK III (AG)</i>	30	*	
<i>Polnisches Strafrecht</i>	30	0	im SoSe
<i>Polnisches Strafrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Völkerrecht (DE)</i>	30	3	+
<i>Grundlagenfach DE¹¹</i>	30	3	+
Insgesamt:	330/360	27/30	4 oder 5 Prüfungen

4. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilrecht I: Schuldrecht</i>	30	6	+
<i>Polnisches Zivilrecht I (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Polnisches Strafrecht</i>	30	8	+
<i>Polnisches Strafrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK II</i>	60	9	+
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK II (AG)</i>	30	*	
<i>Grundlagenseminar Zivilrecht/Strafrecht/Öffentliches Recht¹²</i>	30	9	+
<i>Schlüsselqualifikation PL (Sprache der Gesetzgebung und der Rechtsprechung)</i>	30	3	+
Insgesamt:	270	35	5 Prüfungen

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

¹¹ Alternativ im 2. oder 3. FS, zur Wahl: Deutsche oder Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Grundlagen der Europäischen Integration, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie (falls angeboten), Rechtstheorie.

¹² Eins von drei Grundlagenseminaren muss erfolgreich absolviert werden.

III. STUDIENJAHR

5. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilrecht II: Sachenrecht</i>	30	6	+
<i>Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Polnisches Verwaltungsrecht</i>	30	6	+
<i>Polnisches Verwaltungsrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK III</i>	30	6	+
<i>Deutsches Öffentliches Recht: GK III (AG)</i>	30	*	
<i>Europarecht (DE)</i>	60	9	+
<i>Europarecht (AG) (DE)</i>	30	*	
Insgesamt:	270	27	4 Prüfungen

6. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilrecht II: Erb- und Familienrecht</i>	30	6	+
<i>Polnisches Zivilrecht II (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht</i>	45	6	+
<i>Polnisches Verwaltungsverfahrenrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Polnisches Wirtschaftsrecht</i>	30	5	+
<i>Rechtsvergleichendes Seminar: Öffentliches Recht/Zivilrecht/Strafrecht¹³</i>	30	12	+
<i>Schlüsselqualifikation DE</i>	30	3	+
<i>Fremdsprache B2</i>	60	6 ¹⁴	+
Insgesamt:	225	32	5 Prüfungen

Insgesamt: 1665 Stunden, 180 ECTS

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

¹³ Eins von drei rechtsvergleichenden Seminaren muss erfolgreich absolviert werden. Im Rahmen des Seminars wird die Bachelorarbeit vorbereitet.

¹⁴ Zwei Schlüsselqualifikationen dürfen mit einem Fremdsprachenkurs B2 (60 h) ersetzt werden. Dann müssen aber im Masterstudium die Schlüsselqualifikationen regulär absolviert werden.

Anlage 3:
Muster einer Studienverlaufsvereinbarung
(gem. § 14 Abs. 3 SPO Bachelor GPL)

Name:

Matrikelnummer:

Studiengang:

angestrebter Abschluss:

Bereits erbrachte ECTS: _____

Fehlende ECTS: _____

Noch zu erbringende Prüfungsleistungen aufgrund der Analyse des bisherigen Studienverlaufs:

Semester	Modul / Veranstaltung	ECTS

Individuelle Vereinbarungen zur Erreichung des Studienziels:

Frist für die erfolgreiche Beendigung des Studiums: _____

Hinweis:

Falls die in der obigen Studienverlaufsvereinbarung festgelegten Anforderungen bis zum festgesetzten Zeitpunkt in zu vertretender Weise nicht erfüllt werden, ist der Studierende gem. § 14 Abs. 5 Satz 2 Ziffer 2 BbgHG zu exmatrikulieren.

Der Vereinbarung wird durch den Studierenden/die Studierende und den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Studiengänge Bachelor/Master of German and Polish Law zugestimmt.

Datum, Unterschrift

Studierender/Studierende

Datum, Unterschrift

Vorsitzender/Vorsitzende des Prüfungsausschusses
für die Studiengänge Bachelor/Master GPL

Abgabe im Prüfungsamt nach der Unterzeichnung!

Aufgrund von § 19 Absatz 2 Satz 1, § 22 Absatz 2 Satz 1, § 23 Absatz 1 Satz 2 und § 72 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 28.04.2014 (GVBl. I/14, Nr. 18), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05.06.2019 (GVBl. I/19, Nr. 20, S. 3) in Verbindung mit § 1 Absatz 1 der Verordnung über die Gestaltung von Prüfungsordnungen zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit von Studium, Prüfungen und Abschlüssen (Hochschulprüfungsverordnung – HSPV) vom 04.03.2015 (GVBl. II/15, Nr. 12), geändert durch Verordnung vom 07.07.2020 (GVBl. II/20, Nr. 58), in Verbindung mit § 13 Absatz 5 Nr. 1 der Grundordnung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) vom 04.09.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr.02/2020, S. 1), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 06.11.2019 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Nr. 02/2020, S. 14), in Verbindung mit § 1 Absatz 2 der Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge (ASPO) in der Neufassung vom 27.01.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 01/2016, Seite 3), geändert durch Satzung vom 02.11.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Nr. 1/2017, Satz 1), erlässt der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) folgende:¹

Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Master of German and Polish Law

vom 26. Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Geltungsbereich
§ 2	Ziele des Studiums
§ 3	Master-Grad
§ 4	Fehlende Teilzeiteignung
§ 5	Studienbeginn
§ 6	Studiendauer
§ 7	Aufbau des Studiums
§ 8	Prüfungsausschuss
§ 9	Prüfer und Prüferinnen, Gutachter und Gutachterinnen
§ 10	Studienbegleitende Prüfungsleistungen
§ 11	Anerkennungsprüfung
§ 12	Masterarbeit
§ 13	Wiederholung von Prüfungen
§ 14	Fristen und verpflichtende Studienfachberatung
§ 15	Täuschung
§ 16	Bewertung von Prüfungen und Bildung der Gesamtnote

- § 17 Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und
Diploma Supplement
- § 18 Endgültiges Nichtbestehen der
Masterprüfung
- § 19 Inkrafttreten

- Anlage 1: Modulplan
- Anlage 2: Studienverlaufsplan
- Anlage 3: Muster einer
Studienverlaufsvereinbarung

§ 1 Geltungsbereich (zu § 1 Abs. 1 ASPO)

Die Bestimmungen der Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge (ASPO) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Neufassung vom 27.01.2016 in der Fassung der ersten Änderungssatzung vom 2.11.2016 werden für den Studiengang Master of German and Polish Law an der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) wie folgt konkretisiert oder ergänzt.

§ 2 Ziele des Studiums (zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ASPO)

(1) Den konsekutiven Studiengang Master of German and Polish Law bietet die Juristische Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (EUV) in engem Zusammenhang mit dem von ihr gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam- Mickiewicz-Universität Poznań (AMU) betriebenen einheitlichen fünfjährigen juristischen Magisterstudiengang (gemeinsames Jurastudium) an.

(2) Durch das bestandene Masterstudium sollen die Studierenden nachweisen, dass sie über vertiefte Kenntnisse des deutschen und des polnischen Rechts verfügen.

§ 3 Master-Grad (zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und § 2 Abs. 2 ASPO)

Aufgrund des erfolgreich abgeschlossenen Masterstudiums wird der akademische Grad „Master of Laws (LL.M.)“ verliehen.

§ 4 Fehlende Teilzeiteignung (zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 ASPO)

Der Studiengang ist aufgrund des Erfordernisses einer engen Zusammenarbeit mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU nicht teilzeitgeeignet und kann deshalb nicht in Form eines Teilzeitstudiums absolviert werden.

¹ Die Präsidentin hat mit Verfügung vom 16.09.2021 ihre Genehmigung erteilt.

§ 5
Studienbeginn
(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 ASPO)

¹Das Studium beginnt im Wintersemester. ²Einschreibungen können davon abweichend in begründeten Fällen auch zum Sommersemester vorgenommen werden.

§ 6
Studiendauer
(zu § 5 Abs. 1 Satz 2 und 3 ASPO)

Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Zeit für die Anfertigung der Masterarbeit vier Semester.

§ 7
Aufbau des Studiums
(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6, § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 ASPO)

(1) ¹Das Studium umfasst 8 Module und die Masterarbeit. ²Mit dem Masterabschluss sind 120 ECTS-Punkte zu erbringen.³Grundsätzlich finden die Veranstaltungen zum deutschen Recht in deutscher Sprache an der EUV in Frankfurt (Oder) statt, die Veranstaltungen zum polnischen Recht in polnischer Sprache am Collegium Polonicum (CP) in Stubice.

(2) ¹Das Studienprogramm besteht aus Pflicht- und Wahlpflichtteilen.

²Zum Pflichtteil gehören die Module 1 bis 5 sowie das Modul 8 mit den folgenden Inhalten:

- vertiefende Lehrveranstaltungen zum deutschen und polnischen Zivil- und Öffentliches Recht sowie Vertiefung zum polnischen Strafrecht,
- Strukturvergleiche des deutschen und polnischen Zivilrechts, Strafrechts und Öffentliches Rechts.

³Zum Wahlpflichtteil gehören die Module 6 und 7 mit folgenden Inhalten:

- individuelle Vertiefung im polnischen und deutschen Recht
- außerfachliche und überfachliche Qualifikationen, die den fachlichen Anteil des Studiums um praxisrelevante Bestandteile ergänzen.

⁴ Die Einzelheiten des Inhalts der Module, des Studienablaufs, der zu erbringenden Prüfungsleistungen sowie die genaue Verteilung der ECTS-Credits ergeben sich aus den Anlagen 1 (Modulplan) und 2 (Studienverlaufsplan) zu dieser Ordnung. ⁵Der Inhalt der Modulbeschreibungen, der unter folgendem Link² enthalten ist, richtet sich nach § 4 Abs. 2 ASPO. ⁶Die Ausgestaltung des Lehrangebots gilt vorbehaltlich eventueller organisatorischer Änderungen.

(3) ¹Den Studierenden steht es grundsätzlich frei, in welcher Reihenfolge sie die Prüfungsleistungen ablegen. ²Sie müssen aber bei gleichzeitiger Einschreibung in den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU betriebenen

deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ die dortigen Regelungen einhalten. ³Die in den Modulbeschreibungen aufgeführten Angaben zum Turnus der Lehrveranstaltungen gilt es zu beachten. ⁴Der in der Anlage beigefügte unverbindliche Studienverlaufsplan gibt eine sinnvolle Gestaltung des Studiums vor.

(4) ¹Das Modul 6 (Individuelle Vertiefung) ermöglicht den Studierenden eine interessengerechte Spezialisierung. ²Die Juristische Fakultät der EUV und die Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU bieten weitere vertiefende Lehrveranstaltungen zum deutschen, polnischen und internationalen Zivil-, Straf- und Öffentliches Recht an. ³Die konkreten Angebote werden zu Beginn des jeweiligen Semesters bekanntgegeben. ⁴Die Studierenden müssen jeweils zwei deutsche und zwei polnische Wahlpflichtveranstaltungen ihrer Wahl absolvieren.

(5) ¹Das Modul 7 (Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen) setzt sich aus den Modulen 7 a und b zusammen.

a) Modul 7 a (Schlüsselqualifikationen/ Fremdsprache):

¹Studierende können entweder eine polnische und eine deutsche Schlüsselqualifikation oder eine Fremdsprache (kein Polnisch und kein Deutsch) auf dem Niveau B 2 GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen) absolvieren. ²Alternativer Fremdsprachenerwerb kommt aber nur dann in Betracht, wenn im vorherigen Bachelorstudium zwei Schlüsselqualifikationen (DE und PL) absolviert worden sind.

b) Modul 7 b (Praktikum):

¹Das Praktikum soll innerhalb von sechs Wochen absolviert werden und einen zeitlichen Umfang von 240 Stunden haben. ²Für die Durchführung und Anerkennung von Praktika erlässt der Prüfungsausschuss eine Richtlinie.

²Die bei den außerfachlichen und überfachlichen Qualifikationen im Modul 7 absolvierten Studienleistungen werden als Studienleistung mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

§ 8
Prüfungsausschuss
(zu § 9, insbesondere Abs. 1 Satz 3 ASPO)

(1) ¹Für die Organisation und die Durchführung der Prüfungen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, wird ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Dieser ist auch für den Studiengang Bachelor of German and Polish Law zuständig. ³Soweit Prüfungen in polnischer Sprache erfolgen, obliegen deren Organisation und Durchführung dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss wird aus drei der Fakultät angehörenden Hochschullehrern oder Hochschullehrerinnen, einem akademischen

² https://www.rewi.europa-uni.de/de/studium/deutschpolnischesjurastudium/verlauf_modul/master/index.html

Mitarbeiter oder einer akademischen Mitarbeiterin sowie jeweils einem Vertreter oder einer Vertreterin der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals gebildet. ²Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses können Stellvertreter oder Stellvertreterinnen gewählt werden. ³Dem Prüfungsausschuss gehört darüber hinaus der oder die von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU ernannte Leiter oder Leiterin des gemeinsamen Jurastudiums an. ⁴Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses können auch Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, die dienstlich mit Prüfungsangelegenheiten des Studiengangs befasst sind, insbesondere Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Dekanats, des Prüfungsamtes sowie des Collegium Polonicum, hinzugezogen werden.

§ 9
Prüfer und Prüferinnen,
Gutachter und Gutachterinnen
(zu § 10 Abs. 3 Satz 2, § 11 Abs. 1,
§ 17 Abs. 3 und 4 ASPO)

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und Prüferinnen für Prüfungen, die von der Juristischen Fakultät der EUV verantwortet werden, sowie die Gutachter und Gutachterinnen der Masterarbeit. ²Die Bestellung der Prüfer und Prüferinnen sowie Gutachter und Gutachterinnen kann durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses übertragen werden.

(2) ¹Neben den in § 11 Abs. 1 ASPO in Verbindung mit § 21 Abs. 5 BbgHG erwähnten sind zur Abnahme von Prüfungen auch Personen befugt, die an der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU eine Professur innehaben und dort zur selbstständigen Lehre berechtigt sind oder wer ansonsten als Gastdozent oder Gastdozentin im Rahmen des gemeinsamen Jurastudiums tätig wird, sofern diese ebenfalls zur Prüfungsabnahme befugten Personen selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Zum Prüfer oder zur Prüferin kann durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses außerdem bestellt werden, wer die erste juristische Prüfung oder die Prüfung zum Magister des polnischen Rechts („magister prawa“) bestanden hat. ³Für die Gutachter und Gutachterinnen der Masterarbeit gehen die Regelungen des § 12 Abs. 4 diesen Bestimmungen vor.

§ 10
Studienbegleitende Prüfungsleistungen
(zu § 13 Abs. 2 und 3 Satz 2 und 3,
§ 23 Abs. 7 ASPO)

(1) ¹Für jede Prüfung ist eine Anmeldung innerhalb der jeweils festgelegten und elektronisch oder durch Aushang angekündigten Fristen erforderlich. ²Die Anmeldung erfolgt grundsätzlich über die eingesetzten elektronischen Systeme, sofern nicht ausnahmsweise ein anderes Verfahren durchgeführt wird. ³Bei fehlender Anmeldung ist eine Teilnahme an der betreffenden

Prüfung ausgeschlossen; eine trotzdem erbrachte Prüfungsleistung wird nicht bewertet.

(2) ¹Für jedes Modul wird eine Modulabschlussnote vergeben. ²Werden in einem Modul mehrere Prüfungsleistungen verlangt, so bildet das Prüfungsamt aus den erzielten Einzelnoten eine Modulabschlussnote, wobei es die Noten im Verhältnis der für die betreffenden Lehrveranstaltungen angesetzten ECTS-Credits gewichtet.

(3) ¹Prüfungen werden in der Regel von denjenigen Dozenten oder Dozentinnen abgenommen, die die betreffende Lehrveranstaltung abhalten, in deren Rahmen die Prüfungsleistung erfolgt. ²Sie können bei den Korrekturen durch von ihnen bestimmte geeignete Personen unterstützt werden. ³Ein während eines Prüfungsverfahrens aus zwingenden Gründen notwendig werdender Prüferwechsel ist zulässig. ⁴Die Bestellung der Prüfer und Prüferinnen erfolgt nach § 9 Abs. 1.

§ 11
Anerkennungsprüfung
(zu § 10 Abs. 3 Satz 2 und § 12, insbesondere
Abs. 6 Satz 3 und 4 ASPO)

(1) Lehnt der Prüfungsausschuss die Anerkennung von Leistungen nach § 12 Abs. 1 Satz 1 ASPO ab, wird auf schriftlichen Antrag des oder der betreffenden Studierenden an den Prüfungsausschuss eine Anerkennungsprüfung durchgeführt, sofern der oder die Studierende im Antrag glaubhaft macht, die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten anderweitig erworben zu haben.

(2) ¹Die Anerkennungsprüfung ist eine Hochschulprüfung nach § 21 BbgHG. ²Abs. 1 gilt auch für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind. ³Die Anerkennungsprüfung wird von einem prüfungsberechtigten Hochschullehrer oder einer prüfungsberechtigten Hochschullehrerin der Juristischen Fakultät im Sinne des § 9 Abs. 1 durchgeführt. ⁴Die Bestellung des Prüfers oder der Prüferin erfolgt durch den Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann. ⁵Die Prüfungsform wird vom Prüfungsausschuss, der diese Kompetenz auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen kann, in Absprache mit dem Prüfer oder der Prüferin unter Berücksichtigung der entsprechenden Qualifikationsziele festgelegt. ⁶Für die Prüfungsformen und den Prüfungsumfang gelten die Bestimmungen in § 14 ASPO (Klausur mindestens 90 Min.) und § 15 ASPO (mündliche Prüfung mindestens 15 Min.). ⁷§ 16 ASPO (häusliche Arbeit) gilt unter der Maßgabe, dass der Prüfer oder die Prüferin nach Satz 3 die Bearbeitungszeit und den Umfang festlegt. ⁸Bei Bestehen der Prüfung mit mindestens „ausreichend“ gilt die Leistung als anerkannt.

§ 12

Masterarbeit

(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7, § 10 Abs. 3 Satz 2, § 17 Abs. 3, Abs. 4, Abs. 7 Satz 4, Abs. 8 Satz 2, Abs. 9 Satz 2 und 3, § 12 Abs. 1 Satz 1 ASPO)

(1) ¹Die Masterarbeit soll in deutscher oder polnischer Sprache abgefasst werden. ²Sie besteht aus einer wissenschaftlichen Abhandlung zu einem Thema des deutschen, polnischen, Europa- oder Völkerrechts.

(2) ¹Als Masterarbeit im Sinne dieser Ordnung gilt auch eine an der AMU im Rahmen des gemeinsamen juristischen Magisterstudiengangs der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU und der Juristischen Fakultät der EUV und nach näherer Maßgabe der an der AMU geltenden Regelungen geschriebene Magisterarbeit. ²Die erfolgreiche Verteidigung der Magisterarbeit ist dem Prüfungsamt durch Vorlage einer Bescheinigung der AMU und eines Exemplars der Arbeit nachzuweisen.

(3) ¹Für eine Masterarbeit, die nicht nach Abs. 2 geschrieben wird, gilt § 17 ASPO. ²Das Thema wird nach der Zulassung von dem Betreuer oder der Betreuerin ausgegeben. ³Der Umfang der Masterarbeit beträgt 30 ECTS-Credits und die Bearbeitungsfrist für die Masterarbeit sechs Monate; sie kann im Falle der Erkrankung auf begründeten Antrag gem. § 17 Abs. 11 ASPO vom Prüfungsausschuss, der diese Zuständigkeit auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann, verlängert werden. ⁴Für die Beantragung einer Verlängerung der Bearbeitungszeit in anderen Fällen gilt § 17 Abs. 10 ASPO. ⁵Die Masterarbeit ist fristgerecht in zwei gebundenen Exemplaren und einer elektronischen Version, die auf Plagiat überprüfbar ist, beim Prüfungsamt der EUV abzugeben.

(4) ¹Die Masterarbeit ist von zwei Gutachtern oder Gutachterinnen aus dem Fachgebiet, auf das sich die Masterarbeit bezieht, zu bewerten. ²Die Bewertung der Masterarbeit soll innerhalb von sechs Wochen erfolgen. ³Die Erstbegutachtung erfolgt durch den Betreuer oder die Betreuerin, welche gem. § 17 Abs. 3 Satz 2 ASPO Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen der den Studiengang verantwortenden Fakultäten in dem Fachgebiet sind, auf das sich die Masterarbeit bezieht, und eine eigenverantwortliche selbständige Lehrtätigkeit an der EUV ausüben. ⁴Der Zweitgutachter oder die Zweitgutachterin wird vom Prüfungsausschuss nach § 9 Abs. 1 bestellt. ⁵Er oder sie muss ebenfalls die Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 ASPO und § 9 Abs. 2 erfüllen.

§ 13

Wiederholung von Prüfungen

(zu § 17 Abs. 16 Satz 1, § 25 Abs. 1, 2 und Abs. 3 S. 1 und 3 ASPO)

¹Studierende, die Prüfungen nicht bestanden haben, können innerhalb der zeitlichen Vorgaben des § 14 Abs. 1 alle angebotenen Wiederholungsmöglichkeiten nach den folgenden Sätzen

dieser Vorschrift nutzen, es sei denn, die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden (§ 18) oder der oder die Studierende wurde exmatrikuliert. ²Für jede Prüfung – außer der Masterarbeit – müssen mindestens zwei Wiederholungen angeboten werden. ³Eine nicht bestandene Masterarbeit kann nur einmal mit einem neuen Thema wiederholt werden. ⁴Bei gleichzeitiger Einschreibung in den gemeinsam mit der Fakultät für Recht und Verwaltung der AMU betriebenen deutsch-polnischen Studiengang „Magister des Rechts“ sind für jenen Studiengang die dortigen Regelungen zu beachten. ⁵Die Wiederholung von Prüfungen zu den von der AMU verantworteten Lehrveranstaltungen richtet sich nach der Studienordnung der AMU in der jeweils geltenden Fassung.

§ 14

Fristen und verpflichtende Studienfachberatung

(zu § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 8, § 3 Abs. 3 und § 6, insbesondere Abs. 1 Satz 1 und Abs. 6 ASPO)

(1) ¹Haben die Studierenden die für die erfolgreiche Beendigung des Studiums vorgesehenen 120 ECTS-Credits nicht bis zum Ende des achten Fachsemesters erworben und gegenüber dem Prüfungsamt nachgewiesen, so ist der oder die Studierende verpflichtet, an einer Studienfachberatung nach § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 bis 7 ASPO teilzunehmen. ²Dies gilt nicht, wenn die Überschreitung der Frist von den Studierenden nicht zu vertreten ist.

(2) ¹Die Studienfachberatung im Sinne des Abs. 1 Satz 1 erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses. ²Die Studierenden werden nach dem Beginn des neunten Fachsemesters zu der Studienfachberatung schriftlich eingeladen. ³Die Beratung erfolgt in Form eines persönlichen Gesprächs. ⁴Ziel dieser Studienfachberatung ist der Abschluss einer Studienverlaufsvereinbarung im Sinne des § 6 Abs. 3 ASPO. ⁵Die Vereinbarung ist spätestens zum Ende der Vorlesungszeit des neunten Fachsemesters abzuschließen. ⁶In Anlage 3 ist eine Musterstudienverlaufsvereinbarung enthalten.

(3) ¹Im Falle der Nichteinhaltung der Studienverlaufsvereinbarung aus triftigem Grund ist der Nachweis des triftigen Grundes unmittelbar nach Bekanntwerden und in schriftlicher Form an den Prüfungsausschuss zu erbringen. ²Im Falle von Krankheit als triftigem Grund ist diese mit amtsärztlichem Attest nachzuweisen. ³Die Berücksichtigung sonstiger triftiger Gründe muss schriftlich und unter Vorlage entsprechender Nachweise beantragt werden. ⁴Die vorgelegten Gründe werden vom Prüfungsausschuss geprüft. ⁵Bei Anerkennung der Gründe wird eine neue Studienverlaufsvereinbarung abgeschlossen.

§ 15

Täuschung

(zu § 21 Abs. 2 Satz 2 ASPO)

(1) Über das Vorliegen von Täuschungsversuchen im Sinne von § 21 Abs. 1 ASPO entscheidet der

Prüfungsausschuss, der diese Zuständigkeit auf seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende übertragen kann, nach Feststellung der jeweiligen Prüfenden und nach Anhörung der Studierenden.

(2) In minder schweren Fällen kann von der Verhängung einer Sanktion abgesehen werden.

§ 16

Bewertung von Prüfungen und Bildung der Gesamtnote

(zu § 23 Abs. 1 Satz 3 lit. b, Abs. 5 Satz 4, Abs. 7 und § 26 Abs. 1 Satz 1 ASPO)

(1) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen und der Masterarbeit sind regelmäßig folgende Noten zu verwenden:

18 - 16 Punkte	sehr gut	eine besonders hervorragende Leistung
15 - 13 Punkte	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
12 - 10 Punkte	vollbefriedigend	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
9 - 7 Punkte	befriedigend	eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen in jeder Hinsicht entspricht
6 - 4 Punkte	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch durchschnittlichen Anforderungen genügt
1 - 3 Punkte	mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
0 Punkte	ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung

(2) Polnische Benotungen von Prüfungsleistungen werden wie folgt umgerechnet:

Polnische Note	Deutsche Note
(5) bardzo dobry mit Zusatz "celujący" (ausgezeichnet)	sehr gut (18 Punkte)
(5) bardzo dobry	sehr gut (17 Punkte)
(4+) dobry plus	gut (14 Punkte)
(4) dobry	vollbefriedigend (11 Punkte)
(3+) dostateczny plus	befriedigend (8 Punkte)

(3) dostateczny	ausreichend (5 Punkte)
(2) niedostateczny	nicht ausreichend (0 Punkte)

(3) ¹Die Mastergesamtnote setzt sich aus der Gesamtnote der Modulabschlussnoten der Module 1 bis 6 und 8 sowie der Note für die Masterarbeit zusammen. ²Die Gewichtung der Modulabschlussnoten und der Masterarbeit erfolgt nach § 26 Abs. 1 Satz 1 ASPO.

§ 17

Ausstellung von Urkunde, Zeugnis und Diploma Supplement (zu § 27 ASPO)

Über das erfolgreich bestandene Masterstudium wird den Studierenden mit dem Zeugnis und Diploma Supplement eine Urkunde ausgehändigt, welche die Verleihung des Grades eines „Master of Laws (LL.M.)“ beurkundet.

§ 18

Endgültiges Nichtbestehen der Masterprüfung (zu § 28 ASPO)

¹Das Masterstudium ist endgültig nicht bestanden, wenn

1. eine Modulprüfung nach den Vorschriften der AMU endgültig nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt,
 2. die Masterarbeit im Wiederholungsversuch nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt.
- ²Der Bescheid über das endgültige Nichtbestehen des Masterstudiums wird durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses erlassen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

§ 19

Inkrafttreten

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) in Kraft und gilt mit Wirkung vom 01.10.2021.

(2) ¹Die Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Master of German and Polish Law vom 6. Juli 2016 tritt am 30.09.2026 außer Kraft. ²Studierende die ihr Masterstudium bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen haben, setzen ihr Studium nach dieser Studien- und Prüfungsordnung fort.

Anlage 1: Modulplan für den Studiengang *Master of German and Polish Law*

Modul 1: Vertiefung im deutschen Zivilrecht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Deutsches Gesellschaftsrecht	1	30	150	180	6	Klausur
Insgesamt		30	150	180	6	1 Klausur

Modul 2: Vertiefung im polnischen Zivilrecht I

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Arbeits- und Sozialrecht	1	30	120	150	5	Prüfung
Polnisches Gesellschaftsrecht	1	30	120	150	5	Prüfung
Insgesamt		60	240	300	10	2 Prüfungen

Modul 3: Vertiefung im polnischen Zivilrecht II

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Zivilprozessrecht	1/2	60	120	210	7	Prüfung
Polnisches Zivilprozessrecht (Konversatorium)	2	30	-	-	*	Leistungskontrolle ³
Insgesamt		90	120	210	7	1 Prüfung

Modul 4: Vertiefung im polnischen Strafrecht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Strafprozessrecht	2	45	105	180	6	Prüfung
Polnisches Strafprozessrecht (Konversatorium)	2	30	-	-	*	Leistungskontrolle
Insgesamt		75	105	180	6	1 Prüfung

* Zu den AGen und Konversatorien sind keine ECTS-Punkte zugewiesen, da sie eine Begleitveranstaltung zu den Vorlesungen darstellen. Die für die Vorlesung vorgesehenen Punkte bekommt man erst mit Absolvierung beider Veranstaltungen. Daher ist die gesamte Arbeitsbelastung bei der Vorlesung die Summe von Präsenz- und Selbststudiumstunden von der Vorlesung sowie Präsenzstunden der AG/Konversatorium.

³ Das Bestehen der Leistungskontrolle zu den Konversatorien ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung.

Modul 5: Vertiefung im polnischen Öffentlichen Recht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Polnisches Finanzrecht	2	30	120	150	5	Prüfung
Insgesamt		30	120	150	5	1 Prüfung

Modul 6: Individuelle Vertiefung

Modul 6a: Individuelle Vertiefung im polnischen Recht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Wahlpflichtveranstaltung (PL)	1, 2, 3	30	150	180	6	Prüfung
Wahlpflichtveranstaltung (PL)	1, 2, 3	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	300	360	12	2 Prüfungen

Modul 6 b: Individuelle Vertiefung im deutschen Recht

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Wahlpflichtveranstaltung (DE)	1, 2, 3	30	150	180	6	Prüfung
Wahlpflichtveranstaltung (DE)	1, 2, 3	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	300	360	12	2 Prüfungen

Modul 7: Außerfachliche und überfachliche Qualifikationen

Modul 7 a: Schlüsselqualifikationen/Fremdsprache

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Schlüsselqualifikation PL (Mediation im polnischen Zivil- und Strafrecht)	4	30	60	90	3	Prüfung
Schlüsselqualifikation DE	4	30	60	90	3	Prüfung
Fremdsprache B2 ⁴	4	60	120	180	6	Prüfung
Insgesamt		60	120	180	6	1 bis 2 Prüfungen

⁴ Zwei Schlüsselqualifikationen dürfen mit einem Fremdsprachenkurs B2 (60 h) ersetzt werden – nur aber, wenn die Schlüsselqualifikationen im Bachelorstudium regulär absolviert worden sind.

Modul 7 b: Praktikum

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Praktikum	1	90	0	90	3	
Praktikum	2	90	0	90	3	
Praktikum	3	60	0	60	2	
Insgesamt		240	0	240	8	

Modul 8: Rechtsvergleichung

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Öffentliches Recht	3	30	150	180	6	Prüfung
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Zivilrecht	3	30	150	180	6	Prüfung
Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Strafrecht	3	30	150	180	6	Prüfung
Insgesamt		90	450	540	18	3 Prüfungen

Masterarbeit

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Semester	Präsenz- stunden	Selbst- studium	Arbeits- belastung	ECTS- Credits	Angebotene Prüfungen
Masterarbeit	3, 4	0	900	900	30	
Insgesamt		0	900	900	30	

Insgesamt		795	2805	3600	120	
------------------	--	------------	-------------	-------------	------------	--

Anlage 2: Studienverlaufsplan für den Studiengang *Master of German and Polish Law*

I. STUDIENJAHR

1. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilprozessrecht</i>	30	0	im SoSe
<i>Polnisches Arbeits- und Sozialrecht</i>	30	5	+
<i>Polnisches Gesellschaftsrecht</i>	30	5	+
<i>Deutsches Gesellschaftsrecht</i>	30	6	+
<i>Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL)</i>	30	6	+
<i>Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL)</i>	30	6	+
<i>Praktikum</i>	90	3	
Insgesamt:	270	31	5 Prüfungen

2. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Polnisches Zivilprozessrecht</i>	30	7	+
<i>Polnisches Zivilprozessrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Polnisches Finanzrecht</i>	30	5	+
<i>Polnisches Strafprozessrecht</i>	45	6	+
<i>Polnisches Strafprozessrecht (Konversatorium)</i>	30	*	
<i>Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL)</i>	30	6	+
<i>Praktikum</i>	90	3	
Insgesamt:	285	27	4 Prüfungen

II. STUDIENJAHR

3. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Öffentliches Recht</i>	30	6	+
<i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Zivilrecht</i>	30	6	+
<i>Strukturvergleich des deutschen und polnischen Rechts – Strafrecht</i>	30	6	+
<i>Wahlpflichtveranstaltung (DE oder PL)</i>	30	6	+
<i>Praktikum</i>	60	2	
Insgesamt:	180	26	4 Prüfungen

4. Semester

Bezeichnung der Lehrveranstaltung	Zahl der Stunden	ECTS-Credits	Prüfungen
<i>Schlüsselqualifikation DE</i>	30	3	+
<i>Schlüsselqualifikation PL (Mediation im polnischen Zivil- und Strafrecht)</i>	30	3	+
<i>Fremdsprache B2</i>	60	6 ⁵	+
<i>Masterarbeit</i>		30	
Insgesamt:	60	36	1 bis 2 Prüfungen

Insgesamt: 795 Stunden, 120 ECTS

⁵ Zwei Schlüsselqualifikationen dürfen mit einem Fremdsprachenkurs B2 (60 h) ersetzt werden – nur aber, wenn die Schlüsselqualifikationen im Bachelorstudium regulär absolviert worden sind.

Anlage 3:
Muster einer Studienverlaufsvereinbarung
(gem. § 14 Abs. 2 SPO Master GPL)

Name:

Matrikelnummer:

Studiengang:

angestrebter Abschluss:

Bereits erbrachte ECTS: _____

Fehlende ECTS: _____

Noch zu erbringende Prüfungsleistungen aufgrund der Analyse des bisherigen Studienverlaufs:

Semester	Modul / Veranstaltung	ECTS

Individuelle Vereinbarungen zur Erreichung des Studienziels:

Frist für die erfolgreiche Beendigung des Studiums: _____

Hinweis:

Falls die in der obigen Studienverlaufsvereinbarung festgelegten Anforderungen bis zum festgesetzten Zeitpunkt in zu vertretender Weise nicht erfüllt werden, ist der Studierende gem. § 14 Abs. 5 Satz 2 Ziffer 2 BbgHG zu exmatrikulieren.

Der Vereinbarung wird durch den Studierenden/die Studierende und den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Studiengänge Bachelor/Master of German and Polish Law zugestimmt.

Datum, Unterschrift

Studierender/Studierende

Datum, Unterschrift

Vorsitzender/Vorsitzende des Prüfungsausschusses
für die Studiengänge Bachelor/Master GPL

Abgabe im Prüfungsamt nach der Unterzeichnung!